Free21
Credible news mounted on paper

Magazin
Nr. 1, 10. Jg., Februar 2023
Im Netz: www.free21.org

Planlos – Europa ohne Zukunft

Ist der Krieg in der Ukraine wirklich der unprovozierte, brutale Angriff Putins? Ist das westliche Narrativ eine Tatsachenbeschreibung oder eine Coverstory? Wohin driftet Europa durch seine Reaktion? *Reflexionen zum Ukraine-Krieg von Leo Ensel*

ab Seite 4

1

Der aktuelle **Elektrizitätskrieg**

2

Die derzeitige russische Taktik ist das absolute Gegenteil der von Napoleon entwickelten Militärtheorie der konzentrierten Kraft,
schreibt Pepe Escobar.

▶ SEITE 22

Bürgergeld kommt – **Notlagen bleiben**

3

Die hohe Kunst, die Vereinbarkeit von Existenzsicherung und Zwang zur Arbeit zukunftsweisend und respektvoll zu gestalten beschreibt
Suitbert Cechura

▶ SEITE 26

Rathenau – **Fähiger Außenminister**

4

Deutschland war schon einmal abgeschnitten vom eurasischen Markt – Rathenau bezahlte für sein Eintreten für Deutschland mit dem Leben.
Von Herrmann Ploppa

▶ SEITE 39

Free21
Credible news mounted on paper
Magazin
Nr. 1, 10. Jg., Februar 2023

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.
Free21 funktioniert als Netzwerkprojekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung, die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, das frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei,
Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin,
E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Redaktion: Dirk Pohlmann

ViSdPR: Dirk Pohlmann,
c/o Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin,
Telefon: +49 176 579 12 654
E-Mail: redaktion@free21.org

Lizenz: CC BY-NC-ND 4.0.
Alle Artikel auf Free21.org können (sofern nicht anders angegeben) für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei genutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Bildrechte auf Seite 1 dieses Magazins:
Bild 1: ©Shooft.
Bild 2: Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0
Bild 3: Wikipedia User „High Contrast", Wikimedia Commons, CC-BY-3.0-DE
Bild 4: Gemeinfrei

KRIEG

4 **Der Krieg fiel nicht vom Himmel**

Ist der Krieg in der Ukraine wirklich der unprovozierte, brutale Angriff von Putin auf seinen friedlichen Nachbarn? Ist das westliche Narrativ eine Tatsachenbeschreibung oder eine Coverstory? *Reflexionen zum Ukraine-Krieg von Leo Ensel*

32 **Das US-Imperium betrachtet Ukrainer und Russen als Laborratten für Waffentests**

Ähnlich wie einst Spanien im Bürgerkrieg ein Testgebiet für nazideutsche Waffen und Taktiken war, ist die Ukraine jetzt ein Testgebiet für westliche Waffenfabrikanten. Was die sogar unumwunden zugeben, *beschreibt Caitlin Johnstone.*

GEOPOLITIK

11 **Polen träumt davon, seine Armee zur größten Europas ausbauen**

Unser östliche Nachbar hat mittlerweile die Rolle der alten Bundesrepublik in der NATO als wichtigster Frontstaat übernommen. Und die meisten polnischen Parteien wollen Polen zur stärksten westlichen Streitmacht in Europa machen, *berichtet Frédéric Zalewski.*

22 **Der Elektrizitätskrieg**

Der Krieg in der Ukraine ist in eine neue Phase getreten. Laut den westlichen Medien stünde ein Sieg der Ukraine angeblich bevor oder sei zumindest möglich, würden nur genug Waffen geliefert werden. Warum diese Einschätzung für propagandistische Desinformation zu halten ist, *beschreibt Pepe Escobar.*

MEDIEN

14 **Medienplattformen werden staatlich zensiert – der Nachweis ist da!**

Der freie Westen definierte sich einst vor allem über Meinungs- und Pressefreiheit. Mittlerweile kann davon keine Rede mehr sein. Die Regierungen in den Five-Eye-Staaten und der EU setzen immer deutlicher auf eine staatliche Kontrolle des Meinungsmarktes. *Von Norbert Häring*

16 **Infragestellung der offiziellen Geschichten zu offiziellen Geschichten**

Wie vernünftig ist es, die offizielle Version einer Nachricht als Wahrheitsstandard zu werten und andere Narrative sofort als Verschwörungstheorie zu verdächtigen? Wie wissenschaftlich ist die Forderung, der medial herrschenden Wissenschaft zu folgen? *Hinterfragt von Tim Hayward*

34 **Embedded Journalism**

Der mit Lügen vorbereitete Golfkrieg 2003 war die Geburtsstunde einer manipulativen staatlichen Lenkung der journalistischen Berichterstattung, des Embedded Journalism. Er hat sich als Erfolgsmodell erwiesen. Er wird in der EU und im Westen auf alle Bereiche der Berichterstattung ausgedehnt, *meint Colin Meier.*

INNENPOLITIK

26 **Hartz IV geht, das Bürgergeld kommt – die Notlagen bleiben**

Hartz IV war die unrühmlichste politische Entscheidung der Regierung Schröder, der Abgesang auf die sozialdemokratische Gesellschaftsethik, die Machtübernahme des Neoliberalismus in der sozialen Marktwirtschaft. Die Geschichte des Versagens ist nicht zu Ende, ein neues Kapitel droht. *Von Suitbert Cechura*

GESCHICHTE

39 **Der fähige Außenminister**

Es muss nicht immer Baerbock sein. Weil es fraglich ist, ob es schon mal eine schlechtere Außenminister(in) im demokratischen Deutschland gab, ist es sinnvoll, an den vielleicht besten Außenminister der letzten gut 100 Jahre zu erinnern: Den 1922 ermordeten Walther Rathenau. *Von Hermann Ploppa*

Gegen die Wand

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

unbemerkt von den deutschen Medien ist der Ukrainekrieg in eine neue Phase eingetreten.

Zum Einen, weil eine Offensive Russlands mit massiven Kräften bevorsteht. Die begrenzte Militäroperation ist zum Krieg ausgeweitet worden und ähnelt jetzt mehr der US-Kriegführung im Irak oder in Syrien, bei der ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung abgesehen von der Energieversorgung auch die Wasserversorgung vernichtet wurde. Es ist klar, dass die Ukraine den Krieg nicht gewinnen kann, auch wenn Sie in der unsäglichen Spiegel-, T-Online-, Tagesschau-, Focus- oder Bild-Kriegspropaganda nur vernehmen, dass der Leopard 2 dön Endsög an der Ostfront bröngen wörde.

Zum Anderen hat die RAND Corporation, einer der einflussreichsten Think-Tanks der USA, jetzt ein Papier veröffentlicht, über das die dreisten deutschen Hurra-Journalisten erneut lieber schweigen. Es trägt den Titel: „Avoiding a long war. US policy and the trajectory of the Russia Ukraine conflict“ (Einen langen Krieg vermeiden. US-Politik und der Verlauf des Russland-Ukraine-Konfliktes). Die RAND Corporation hatte bereits 2019 mit ihrer Studie „Extending Russia“ (Russland überdehnen) das Drehbuch für die Kriegspolitik der USA gegen Russland geschrieben.

Der entscheidende Satz in diesem aktuellen Papier lautet: „Die Kosten und Risiken eines langen Krieges in der Ukraine sind erheblich und sie überwiegen die möglichen Vorteile für die Vereinigten Staaten.“ Die Analyse hat sich anscheinend geändert. Noch vor einem halben Jahr war der Plan der USA und ihrer NATO-Vasallen, Russland mit Sanktionen zu ruinieren und so einen Regime Change herbeizuführen. Danach sollte Russland in mehrere neue Staaten aufgeteilt werden, eine Jugoslawisierung, die als Dekolonialisierung bezeichnet wird.

Diese Politik ist gescheitert, die USA sind international zunehmend isoliert, der globale Süden formiert sich gerade neu. Nun hat sich Europa mit seiner „Right or Wrong, my Hegemon“-Politik in die wohl schlechtmöglichste Position manövriert – mit Deutschland als Vorreiter der praktischen Dummheit. Außerden hat unsere Regierung die Wirtschaft schwer geschädigt und die diplomatischen Verbindungen zu Russland auf Jahrzehnte zerstört (nicht nur wegen der Minsk 1- und Minsk 2-Farce). Und die Nicht-Reaktion auf die Zerstörung von Nordstream 2 hat Scholz und Baerbock international der Lächerlichkeit preisgegeben.

Das alles ist eine Symphonie der Planlosigkeit. Den außenpolitischen Interessen der USA zu dienen – und koste es die eigene Existenz – ist keine zukunftsfähige Politik. Sicher, sie hilft den Mitgliedern der politischen und medialen Elite mit ihren Anbindungen an die US-Thinktanks Posten in den europäischen und deutschen Apparaten zu ergattern. Die bestehen fast ausschließlich aus Vertretern dieser Spezies, die darüber hinaus zuverlässig dissidente Denker per Cancel Culture eliminieren. All das ist Opportunismus und Verantwortungslosigkeit, aber keine Strategie.

Der nüchterne Bericht der RAND Corporation belegt, dass Geo-Strategen in den USA in der Lage sind, Tatsachen zu erfassen und treffende Analysen zu schreiben. In Europa und insbesondere Deutschland wird geostrategisches Denken als Verschwörungsideologie denunziert, bereits der Versuch ist strafbar.

Wie sorgen wir dafür, dass die Schuldigen für dieses Desaster dafür Verantwortung übernehmen müssen?

Dirk Pohlmann, Chefredakteur Free21

Free21 Übersetzer/in

Free21 wird international!
Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **translate@free21.org**

Dieser Vortrag vom 3011.2022 wurde zuerst am 13.12.2022 auf www.youtube.com unter der URL ‹https://www.youtube.com/watch?v=2XmE8xid05M› veröffentlicht, Lizenz: Leo Ensel, Free21, CC BY-NC-ND 4.0

Die Staats- und Regierungschefs von Belarus, Russland, Deutschland, Frankreich und der Ukraine in Minsk am 11.2.2015. (Foto: www.Kremlin.ru, Wikimedia Commons, CC BY 4.0)

Reflexionen zum **Ukrainekrieg** – Der Krieg fiel nicht vom Himmel

(Ein Vortrag vom 30. November 2022 in Bremen)

Ich widme diesen Vortrag dem Bremer Stefan Semken, der unfassbar viel für die deutsch-russische Freundschaft getan hat und der zum Glück diesen schrecklichen Krieg nicht mehr erleben musste!

Autor: Leo Ensel

ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt „Postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa“. Er ist Autor einer Reihe von Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative und der Rekonstruktion des Vertrauens.

Vorbemerkung

Egal wie man zum Krieg in der Ukraine stehen mag – in meinen Augen ist es ein völkerrechtswidriger Überfall Russlands –, der Krieg hat eine jahrzehntelange Vorgeschichte, die in unseren Leitmedien nahezu völlig ausgeblendet wird und die man sehr unterschiedlich erzählen kann. (Und was dann, wie wir sehen werden, zu sehr unterschiedlichen Konsequenzen auf der Handlungsebene führt.)

Genau das werde ich heute Abend machen. Ich werde Ihnen die Geschichte zweimal erzählen. Einmal so, wie sie in unseren Leitmedien zwar auch nicht explizit erzählt, allerdings permanent dunkel-raunend unterschwellig angedeutet wird. Und einmal so, dass auch das Handeln anderer Akteure ins Blickfeld gerät. – Und dabei wird sich herausstellen: Es gab keinen linearen Weg in diesen Krieg! Der Krieg Russlands gegen die Ukraine fiel nicht nur nicht vom Himmel, es gibt – sehr zurückhaltend formuliert – eine große Mitschuld des Westens, vor allem von USA und NATO.

Vor einiger Zeit konnte man es im Deutschlandfunk mal wieder hören: „Im Sommer 2008 wurde Georgien von Russland überfallen.“ [1]

Sie, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, werden jetzt vielleicht sagen: „Das stimmt doch gar nicht! Seit über zwölf Jahren ist doch durch eine unabhängige Fact Finding Commission [2] im Auftrag der EU unter Vorsitz der renommierten Schweizer Diplomatin Heidi Tagliavini längst eindeutig geklärt, dass georgisches Militär in der Nacht vom 7. auf

Publiziert auf Free21 am 27.01.2023, 06:00 Uhr

Karte der Donbass-Region in der Ukraine, erstellt am 13.3.2022. (Zeichnung: Goran_tek-en, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-4.0)

den 8. August 2008 eine Großoffensive gegen Südossetien mit Panzern, Kampfjets, Raketenwerfern und Streubomben auf die schlafende Zivilbevölkerung und auf die dort stationierten russischen Friedenstruppen startete. 162 Zivilisten und 14 Angehörige russischer Friedenstruppen sind damals dabei ums Leben gekommen."

Fake News als ‚Factum'

Tja, da haben Sie recht. Dennoch ändert das nichts daran, dass bis auf den heutigen Tag selbst in renommierten deutschen Leitmedien wie der ZEIT [3] oder den Tagesthemen [4] unwidersprochen behauptet werden kann, Russland sei der Aggressor gewesen! Eine Fake News, die sich längst als ‚Factum' durchgesetzt hat.

Und eine beeindruckende Leistung des mit allen amerikanischen PR-Wassern gewaschenen damaligen georgischen Präsidenten Michail Saakaschwili, der es fertigbrachte, einen Krieg zu beginnen und sich anschließend – mit wohlwollendem Rückenwind aus den westlichen Medien, versteht sich – der Welt auch noch als verfolgte Unschuld zu präsentieren. Für Russland dagegen, das den Krieg mit einem völlig überzogenen Strike Back tief in georgisches Kernland militärisch zwar gewonnen, publizistisch aber haushoch verloren hatte, ein Desaster! Schließlich lautet seitdem die westliche Erzählung – wie kürzlich in einer Sendung bei Arte mit dem bezeichnenden Titel „Die Rückkehr des russischen Bären" [5] wieder aufgewärmt –, Saakaschwili sei im Sommer 2008 „den Russen in die Falle gelaufen".

Die Konsequenzen ließen nicht lange auf sich warten: Die USA griffen dem, von Russland angegriffenen' schuldlosen kleinen Land im Kaukasus mit Militärhilfen großzügig unter die Arme, die Tür zu einer künftigen NATO-Mitgliedschaft bleibt nach wie vor offen und Russland hat seitdem in der westlichen Öffentlichkeit wieder das Image eines unberechenbaren potenziellen Aggressors.

Man versteht, warum der Kampf um die Deutung genauso erbittert geführt wird wie militärische Schlachten: Die Deutung, die sich heute durchsetzt – bzw. mit der geballten Macht der Leitmedien, oft mit Unterstützung professioneller Propaganda-Think-Tanks, durchgesetzt wird –, bestimmt die Handlungen von morgen.

Die konstruierte Kausalität

Womit wir beim russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine angelangt wären: Auf der Ebene der Fakten ist unbestreitbar: Russland hat am 24. Februar völkerrechtswidrig die Ukraine angegriffen; es hat zahlreiche Militäranlagen im ganzen Land zerstört; russische Truppenverbände rückten zeitweise gegen Städte wie Mykolajiw, Charkiw, Sumy, Tschernihiw und die Hauptstadt Kiew vor; Städte wie Cherson und Melitopol im Süden sowie der gesamte Oblast Lugansk wurden eingenommen; zivile Einrichtungen wurden und werden beschossen und modernste Waffensysteme wie die Hyperschallrakete „Kinschal" erlebten in einem zynischen „realen Feldversuch" ihre Feuertaufe.

Russland attackiert seit dem ukrainischen Attentat auf die Krim-Brücke – die ihrerseits die kriegs- und lebenswichtige Verbindung zwischen der Halbinsel und dem russischem Festland darstellt – systematisch in zahlreichen ukrainischen Städten die Elektrizitäts- und Heizungskraftwerke und versucht so, massiven Druck auf die Zivilbevölkerung auszuüben. Die Zahl der getöteten ukrainischen Zivilisten geht mittlerweile vermutlich in die Tausende, Millionen Menschen sind auf der Flucht, die Hafenstadt Mariupol und andere ukrainische Städte liegen zu großen Teilen in Trümmern.

Ende September annektierte Russland die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk im Donbass sowie die Oblaste Cherson und Saporischschja (Saporoschje) im Südosten der Ukraine, von denen übrigens außer dem Oblast

Lugansk drei Gebiete noch nicht einmal in Gänze unter russischer Kontrolle stehen. Zuvor hatte Präsident Putin am 21. September im Rahmen einer Teilmobilmachung die Einberufung von 300.000 Reservisten angekündigt.

Die Frage ist: Wie deuten, wie interpretieren wir diese Fakten? In welche Geschichte ordnen wir sie ein? Genauer: Welche Geschichte konstruieren wir um sie herum? Noch genauer: Nach welcher – tatsächlichen oder vorgeblichen – Kausalität ordnen wir welche Ereignisse aus der Vergangenheit zu einer (zumindest logisch stringend aussehenden) Vorgeschichte der aktuellen Kriegshandlungen und welche mögliche Folgerungen ziehen wir daraus für ‚Putins' mutmaßliches morgiges Verhalten und die übermorgigen westlichen Konsequenzen? Mit anderen Worten: Nach welchen Kriterien konstruieren wir die sogenannten Narrative?

Diese Fragen sind entscheidend, denn die Folgen der jeweiligen Narrative auf der Handlungsebene werden sich – wie die mit publizistischer Gewalt durchgesetzte (Fake)-Interpretation des Georgienkrieges ja gezeigt hat – gravierend unterscheiden und die künftige Politik des Westens vermutlich auf Jahrzehnte bestimmen.

Bezogen auf Russlands Aggression gegen die Ukraine bieten sich aus westlicher Perspektive im Prinzip zwei höchst unterschiedliche Deutungen an. Die erste, die die westliche Berichterstattung aktuell erdrückend dominiert, möchte ich „Highway to War" nennen. Ihr liegt implizit eine ganze Reihe unbewiesener Unterstellungen zugrunde, die ich hier als Frage formuliere.

„Highway to War" …

Hat Präsident Putin von Beginn seiner ‚Herrschaft' an – also seit über zwei Jahrzehnten – auf diesen Moment hingearbeitet? Zeigt er jetzt sein wahres Gesicht? Will er die Sowjetunion wiederherstellen? Sind als Nächstes das Baltikum, Polen und Moldau dran? Stehen russische Truppen übermorgen wieder vorm Brandenburger Tor?

Aus welchen Motiven handelt er? Machtgier? Unstillbarer Hass auf den Westen und seine Werte? Will er als „Wladimir der Große" in die Geschichte eingehen? Kriegt er den Hals nicht voll? Ist er etwa krank? Realitätsblind? Narzisstisch? Größenwahnsinnig? Am Ende gar verrückt?

Verteidigt die Ukraine unter Wolodimir Selenski nicht nur das eigene Land, sondern vielmehr heldenhaft unsere westlichen Werte? Die Freiheit Europas? Uns?

Stehen EU und NATO im Allgemeinen und Deutschland im Speziellen – natürlich wegen Krieg und Holocaust – der Ukraine gegenüber in einer besonderen moralischen Verantwortung, Pflicht, gar Bringschuld? (Eine Klaviatur, die der ukrainische Präsident und sein endlich abgezogener forscher Botschafter in Deutschland, virtuos bespielten und bespielen.)

Folgt man dieser in groben Strichen skizzierten Erzählung, dass Putin nun endlich das realisiert, was er (angeblich) bereits seit Jahren oder Jahrzehnten anstrebte, so liegen die Konsequenzen auf der Hand. Es sind exakt diejenigen, die gerade ohne den geringsten innergesellschaftlichen Widerstand in den EU- und NATO-Staaten flächendeckend durchgesetzt werden: Astronomische Aufrüstungsprogramme und nahezu selbstmörderische Sanktionsorgien – die angesichts rapide ansteigender Inflation und Energiepreise in erster Linie auf Kosten immer größerer Kreise der eigenen Bevölkerung gehen; eine Remilitarisierung des Denkens und Handelns; Abbruch nahezu sämtlicher politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Kontakte mit der Russischen Föderation und ihren Menschen sowie eine die Grenze des Absurden überschreitende Ächtung und Exklusion von allem, was nur noch im Entferntesten etwas mit Russland zu tun hat.

Dazu einige Stichworte: Ausladung russischer Fachärzte von internationalen Fachkonferenzen, Entlassung oder Ausladung politisch unliebsamer prominenter Kulturschaffender [6] – zumindest wenn sie den geforderten Distanzierungserklärungen nicht nachkommen sollten –, Verbannung russischer Waren aus den Supermärkten [7] und die Ächtung russischer Namen auch bei etablierten Produkten des täglichen Lebens (ist Ihnen schon aufgefallen, dass die berühmten Buchstaben-Kekse „Russisches Brot" seit Neuestem „Bahlsen ABC" heißen?) bis hin zu einem weltweiten Importverbot [8] russischer Katzen durch die International Federation of Felines und zum Ausschluss [9] russischer Katzen von den Wettbewerben der International Cat Federation …

Zugleich verlangt die „Highway to War"-Erzählung aber auch gebieterisch eine Neubewertung der Vergangenheit: Wenn nämlich Putin schon immer auf den Krieg gegen die Ukraine und womöglich noch Schlimmeres abzielte, dann erweisen sich natürlich all diejenigen, die bis vor Kurzem noch dafür geworben hatten, die russische Perspektive zumindest mal zur Kenntnis zu nehmen, als „geistige Brandstifter" [10], bestenfalls als „nützliche Idioten" [11], die nun öffentlich Abbitte und Buße zu leisten haben. Die ehemalige ARD-Moskaukorrespondentin Gabriele Krone-Schmalz – die gerade mal wieder massiv unter Beschuss geraten ist –, der von seinem Posten als Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums zurückgetretene Matthias Platzeck, der Ex-Vorsitzende des NATO-Militärausschusses General Harald Kujat, der langjährige SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi, die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot oder Sarah Wagenknecht von der ‚Linken' können von diesen Anschuldigungen ein Lied singen.

Soweit der aktuell nahezu unangefochten herrschende mediale Narrativ eines „Highway to War", der in der Retrospektive eine Linearität konstruiert, die geradewegs in den gegenwärtigen Krieg hineinführt.

… or „Road with many Crossroads"?

Eine mögliche andere Erzählung der Vorgeschichte dieses Krieges, der ich folgen würde – die aktuell allerdings postwendend mit dem Totschlag-Vorwurf der Russland- und damit Angriffskriegsverteidigung kaltgestellt wird –, nenne ich „Road with many Cross-

Publiziert auf Free21 am 27.01.2023, 06:00 Uhr

Gruppenbild in der WDR-Sendung „Maischberger“ - Gabriele Krone Schmalz (3. von links), Sarah Wagenknecht (3. von rechts) - am 21.03.2018. (Foto:© Superbass, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-4.0)

roads“. Sie würde in folgende Richtung gehen: Auf der endlos langen Straße bis zu dem Punkt, an dem wir heute stehen, hat es zahllose Kreuzungen, viele potenzielle Abbiegungen gegeben, bei denen die Geschichte einen ganz anderen Verlauf genommen hätte, hätte der Westen rechtzeitig russische Sicherheitsbedürfnisse respektiert.

Diese Erzählung ginge zurück bis ins Frühjahr 1990, in die Zeit der Verhandlungen [12] mit Michail Gorbatschow, als es um die künftige Bündniszugehörigkeit [13] eines wiedervereinten Deutschland ging und in denen der damalige amerikanische Außenminister James Baker im Februar 1990 Gorbatschow zusicherte, die NATO würde sich im Falle eines Beitritts des wiedervereinten Deutschlands „keinen Inch weit nach Osten ausdehnen“ [14]. Diese Erzählung würde als Referenzrahmen für die folgende Zeit die „Charta von Paris“ zugrundelegen, die im November 1990 den Kalten Krieg für beendet erklärte, mit ihrem epochalen Satz:

> „Sicherheit ist unteilbar, und die Sicherheit eines jeden Teilnehmerstaates ist untrennbar mit der aller anderen verbunden“.

Sie würde dann an den nassforsch-triumphalistischen Satz des damaligen US-Präsidenten George H.W. Bush vom 28. Januar 1992 – also einen Monat nach dem Untergang der Sowjetunion – erinnern: „By the grace of God America won the Cold War!“ (Ein Satz, mit dem Sie bis auf den heutigen Tag jeden – jeden! – Russen auf die Palme bringen können …) Sie würde die Bedenken [15], berücksichtigen, die Boris Jelzin in den Neunziger Jahren wiederholt gegenüber dem damaligen US-Präsidenten Bill Clinton im Vorfeld der ersten NATO-Osterweiterung 1999 äußerte: Schon 1994 hatte Jelzin für diesen Fall vor einem „Kalten Frieden“ gewarnt und im März 1997 dann gedroht, spätestens mit einem NATO-Beitritt der Ukraine würde für Russland eine rote Linie überschritten. (By the way: Sie sehen hier, (1) wie alt diese Option für den Westen bereits ist und (2) wie alt die russischen Ängste vor dieser Option sind. Geäußert vom Westfreund Jelzin – Jahre bevor Wladimir Putin in Moskau an die Macht kam!)

Die andere Erzählung würde die Bedeutung der trotzdem realisierten insgesamt fünf NATO-Ost-Erweiterungen mit 14 neuen Mitgliedern für das russische Sicherheitsbedürfnis herausarbeiten: 1999 (Polen, Tschechien, Ungarn; hier wurde zur Beruhigung Russlands die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet; übrigens durften diese Staaten wenige Tage nach ihrem NATO-Beitritt gleich beim völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien mitmachen …); 2004 (die drei Baltischen Staaten, die Slowakei, Rumänien, Bulgarien und Slowenien; hier wurde Russland erst gar nicht mehr gefragt), 2009 (Kroatien und Albanien), 2017 (Montenegro) und 2020 (Nord-Mazedonien). (Die geplante NATO-Nord-Erweiterung um Schweden und Finnland ist dagegen eine direkte Folge des russischen Überfalles auf die Ukraine. Man sieht hier deutlich, wie kontraproduktiv dieser Überfall für die russischen Sicherheitsinteressen selbst ist!)

Die „Road with many Crossroads“-Erzählung würde sich mit dem Bruch der „Charta von Paris“ (und damit auch von der viel zitierten „Regelbasierten Weltordnung“) durch den Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999 – keine zwei Wochen nach der ersten NATO-Ost-Erweiterung – beschäftigen. (Kein Bild bringt den dadurch provozierten Beginn der Abkehr Russlands vom Westen deutlicher auf den Punkt als die 180-Grad-Kehrtwende des Flugzeugs des damaligen russischen Ministerpräsidenten Primakow, der – über dem Atlantik, auf dem Wege nach Washington – seiner Crew die Rückkehr nach Moskau befahl, als er von der Bombardierung Belgrads durch die NATO erfuhr.) Das Gleiche würde für die völkerrechtswidrige Aggression der von den USA und Großbritannien angeführten „Koalition der Willigen“ gegen den Irak im März 2003 – die Zahl der Toten geht in die Hunderttausende – gelten.

Die alternative Erzählung würde in Erinnerung rufen, dass sich Putin trotz allem noch im März des Jahres 2000 in einem Interview mit der BBC einen Beitritt Russlands zur NATO durchaus vorstellen konnte, „solange Russlands Interessen Berücksichtigung finden und es ein gleichberechtigter Partner ist.“ Sie würde auch daran erinnern, dass Russland beim Krieg des Westens in Afghanistan,

zeitweise logistische Unterstützung leistete und den US-Truppen in Zentralasien für ihren Kampf gegen die Taliban und Al Quaida Nachschublinien durch russisches Territorium, ja sogar einen amerikanischen Militärstützpunkt in Russland gestattete: ausgerechnet in Lenins Geburtsstadt Uljanowsk!

Diese Erzählung würde auch endlich mal die Tatsache in den Vordergrund rücken, dass die USA bereits seit Mitte der Neunziger Jahre [16] unter dem Etikett „Rapid Trident“ (früher: „Peace Shield“) jährlich auf dem Gebiet der Westukraine Manöver mit ukrainischen Truppen durchführen, zuletzt [17] vom 20. September – 1. Oktober letzten Jahres zusammen mit Soldaten aus Ländern wie Bulgarien, Kanada, Georgien, Deutschland, Großbritannien, Italien, Jordanien, Moldawien, Pakistan und Polen. Dasselbe gilt für die Marinemanöver „Sea Breeze“ [18] der USA seit 1997 vor der Küste der Ukraine im Schwarzen Meer. Marineinfanteristen übten damals – zwei Jahre, bevor Putin an die Macht kam und genau anderthalb Jahrzehnte vor dem Euro-Maidan – in den Regionen Odessa und Mykolajiw Landeoperationen unter Einsatz von Schiffen, Flugzeugen und Panzern. Im Sommer 2021 waren mittlerweile Einheiten aus nicht weniger als 32 Staaten beteiligt. (Bitte stellen Sie sich einmal kurz vor, was im Westen los wäre, wenn Russland jährlich zusammen mit Soldaten aus Belarus, Serbien, China, Kuba, Venezuela, dem Iran und anderen Staaten Truppenübungen in Mexiko oder Marinemanöver im gleichnamigen Golf vor der Küste Floridas unternehmen würde!)

Diese Geschichte würde die von den USA nicht unterzeichneten bzw. gekündigten Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge unter die Lupe nehmen: Und zwar vom A-KSE-Vertrag über die Abrüstung konventioneller Streitkräfte in Europa (der von Russland, Weißrussland, der Ukraine und Kasachstan ratifiziert wurde, aber nicht von den westeuropäischen Staaten und den USA), dem ABM-Vertrag zur Begrenzung strategischer Raketenabwehrsysteme (Juni 2002), dem INF-Vertrag über die Vernichtung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen (August 2019) bis hin zur Kündigung des Open-Skies-Treaty (November 2020). Sie würde die Bedeutung des globalen amerikanischen Raketen‚abwehr‘systems Aegis mit seinen angriffsfähigen Modulen unmittelbar vor der russischen Haustür in Rumänien und Polen würdigen. (Es ist in der Öffentlichkeit übrigens immer noch zu wenig bekannt, dass die beiden genannten Module nur die Spitze eines Eisberges sind: eines in Wirklichkeit weltumspannenden [19], im Wesentlichen auf Kriegsschiffen stationierten amerikanischen Raketenabwehrschilds, an dem sich auch Länder wie Norwegen, Dänemark, Spanien, Australien, Japan, Südkorea und Kanada beteiligen.)

Gebiet Uljanowsk Novy Horod (New Chita) am 1.9.2009. (Foto: Ssr, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0)

Und diese Erzählung würde die diversen vom Westen offen oder klandestin unterstützten Regime-Change-Versuche in Osteuropa und im postsowjetischen Raum von Serbien, Georgien, Kirgistan bis hin zum Euromaidan 2013/14 in Kiew – laut Victoria Nuland investierten die USA fünf Milliarden Dollar für einen Stimmungsumschwung in der Ukraine – nicht vergessen.

Sie würde auch die beiden großen Reden Putins in Deutschland nochmals genauer studieren: 2001, zwei Wochen nach 9/11 vor dem Deutschen Bundestag [20] – damals ein wahres Liebeswerben um eine intensive deutsch-russische Zusammenarbeit – und im Februar 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz [21], nun eine deutliche, aber sachlich begründete Warnung vor dem amerikanischen Unilateralismus und einem neuen Wettrüsten. Das Gleiche würde für die russischen Vorschläge eines Gemeinsamen Sicherheitsraumes von Vancouver bis Wladiwostok (der damalige Präsident Medwedew im Juni 2008; der Vorschlag wurde westlicherseits noch nicht mal ignoriert) und einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland (Wladimir Putin in einem Gastbeitrag in der Süddeutschen Zeitung am 25. November 2010 [22]) gelten.

Diese Erzählung würde schließlich ins Gedächtnis rufen, dass Kiew seit über acht Jahren den Donbass belagert und beschießt, bislang um die 14.000 Tote – für die die Kiewer Propaganda übrigens ausschließlich Russland verantwortlich macht – und systematisch die Infrastruktur zerstört (Wasserversorgung, Heiz- und Elektrizitätswerke, Krankenhäuser, Sportanlagen etc. – also genau das, was Russland nun seit dem Angriff auf die Krimbrücke jetzt in der Ukraine macht). Und dass Kiew über sechseinhalb Jahre lang seinen zentralen Verpflichtungen aus dem Minsk II-Abkommen – Verabschiedung einer Verfassungsreform

Publiziert auf Free21 am 27.01.2023, 06:00 Uhr

Gespräche im Normandie-Format in Minsk (Februar 2015): Angela Merkel, Francois Hollande, Petro Poroschenko und Wladimir Putin nehmen an den Gesprächen über eine Regelung der Situation in der Ukraine teil. (Foto: www.Kremlin.ru, Wikimedia Commons, CC BY 4.0)

bis Ende 2015 (!) im Sinne einer Dezentralisierung unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Gebiete Donezk und Lugansk („Südtirol-Lösung") – nicht nachkam und dies vom Westen offensichtlich geduldet, wenn nicht gefördert wurde! (‚Böse Zungen' behaupteten ja schon länger, was Ex-Bundeskanzlerin Merkel kürzlich offiziell einräumte [23]: Es ging darum, Zeit zu gewinnen, um die ukrainische Armee in der Zwischenzeit fit zu machen.)

Die „Highway to War"-Erzählung würde schließlich daran erinnern, dass der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj am 24. März 2021 – also genau elf Monate vor dem russischen Überfall – das Dekret Nr. 117 [24] unterzeichnete, das die „Strategie zur De-Okkupation und Wiedereingliederung des vorübergehend besetzten Gebiets der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol" des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine vom 11. März in Kraft setzte. In dem Dekret wurde die Vorbereitung von Maßnahmen angekündigt, um „die vorübergehende Besetzung" der Krim und des Donbass zu beenden; die ukrainische Regierung erhielt den Auftrag, einen entsprechenden „Aktionsplan" zu entwickeln. – Die Erzählung würde ebenfalls daran erinnern, dass die USA und die Ukraine am 30. August 2021 einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit [25] und am 10. November 2021 einen Vertrag über „Strategische Partnerschaft" [26] unterzeichneten. Hier hieß es u.a. wörtlich:

> „Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, die Bemühungen der Ukraine zur Bekämpfung der bewaffneten Aggression Russlands zu unterstützen, unter anderem durch die Aufrechterhaltung von Sanktionen und die Anwendung anderer relevanter Maßnahmen bis zur Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen."

Und schließlich würde die Erzählung ins Gedächtnis rufen, dass wenige Tage vor Kriegsbeginn Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verstärkte Angriffe Kiewer Truppen auf die Rebellengebiete im Donbass verzeichneten. [27]

Man sieht: Russlands Krieg gegen die Ukraine, der starke Züge eines Stellvertreterkrieges zwischen Russland und den USA auf dem Territorium der Ukraine trägt, fiel nicht vom Himmel! Überall an

Quellen:

[1] Deutschlandfunk Öffentlicher Rundfunk. Barbara Schmidt-Mattern „Georgische Schriftstellerin: Viele Parallelen zwischen der Ukraine und Georgien", am 22.3.2022: *<https://www.deutschlandfunk.de/interview-mit-schriftstellerin-nino-haratischwili-zum-krieg-in-der-ukraine-dlf-5f910ec1-100.html>*

[2] RFE/RL deutsch Radio Freies Europa, Ahto Lobjakas „EU Report On 2008 War Tilts Against Georgia", am 30.9.2009: *<https://www.rferl.org/a/EU_Report_On_2008_War_Tilts_Against_Georgia/1840447.html>*

[3] Die Zeit Wochenzeitung, Steffen Dobbert „Lobbyist Pofalla in Putins Diensten", am 24.11.2017: *<https://www.zeit.de/politik/2017-11/petersburger-dialog-deutschland-russland-ronald-pofalla>*

[4] Tagesschau Nachrichtensendung, tagesthemen „10. Jahrestag des russisch-georgischen Krieges", am 7.8.2018 *<https://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/tt-6175.html>* (18:42)

[5] You Tube Videoplattform, Frugutel Pestalozzis,ARTE Doku „Putin - Die Rückkehr des russischen Bären", in 2021: *<https://www.youtube.com/watch?v=lwjzF_EO-i0>* (08:43)

[6] First Things Magazin, Gary Saul Morson „The Cancellation of Russian Culture" („Die Aufhebung der russischen Kultur"), am 14.3.2022: *<https://www.firstthings.com/web-exclusives/2022/03/the-cancellation-of-russian-culture>*

[7] Tagesschau Nachrichtensendung, Redaktion „Boykott russischer Produkte Supermärkte verbannen Wodka", am 1.3.2022: *<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/supermaerkte-russland-produkte-krieg-101.html>*

[8] Consortium News Magazin, Joe Lauria „Ban on Russian Cats - This is the extent of voluntary reaction to events in Ukraine." („Verbot russischer Katzen Dies ist das Ausmaß der freiwilligen Reaktion auf die Ereignisse in der Ukraine.", am 3.3.2022: *<https://consortiumnews.com/2022/03/03/ban-on-russian-cats/>*

[9] Washingtonpost Tageszeitung, Jennifer Hassan „International Cat Federation bans Russian cats from competitions" („International Cat Federation verbietet russischen Katzen von Wettbewerben"), am 3.3.2022: *<https://www.washingtonpost.com/world/2022/03/03/russia-cat-ban-ukraine-war/>*

[10] F.A.Z.Frankfurter Allgemeine Zeitung, Patrick Bahners „Starautorin Krone-Schmalz : Putins Ramsch", am 8.3.2022: *<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/beck-verlag-druckt-bestseller-von-krone-schmalz-nicht-mehr-nach-17859050.html>*

[11] Cicero Magazin, JULIAN REICHELT „Russland und der Westen - Putins Propaganda in Deutschland", am 7.3.2022: *<https://www.cicero.de/innenpolitik/russland-und-der-westen-putins-propaganda-in-deutschland>*

[12] National Security Archive Forschungseinrichtung, Svetlana Savranskaya und Tom Blanton „NATO Expansion: What Gorbachev Heard" („NATO-Erweiterung: Was Gorbatschow hörte"), am 12.12.2017: *<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>*

[13] Deutschlandfunk, Andreas von Westphalen „Russland und die Deutsche Einheit 1990 - Die Wurzeln des Misstrauens", am 10.12.2019: *<https://www.hoerspielundfeature.de/russland-und-die-deutsche-einheit-1990-die-wurzeln-des-100.html>*

[14] National Security Archive Forschungseinrichtung, Svetlana Savranskaya und Tom Blanton „NATO Expansion: What Gorbachev Heard" („NATO-Erweiterung: Was Gorbatschow hörte"), am 12.12.2017: *<https://nsarchive.gwu.edu/briefing-book/russia-programs/2017-12-12/nato-expansion-what-gorbachev-heard-western-leaders-early>*

Quellen:

[15] Deutschlandfunk, Andreas von Westphalen „Russland und der Westen während Jelzin und Clinton - Die Samen des Misstrauens“, am 26.4.2022: <*https://www.hoerspielundfeature.de/russland-und-der-westen-waehrend-jelzin-und-clinton-die-100.html*>

[16] Pentagon Verteidigunsministerium USA, „Rapid Trident” („Schneller Dreizack“), in 2009: <*https://pentagonbrief.wordpress.com/2008/09/16/rapid-trident-2008/*>

[17] Republicworld.com Nachrichtenmagazin, Apoorva Kaul „Rapid Trident 2021: Military Exercise Involving Troops From 15 Countries Begins In Ukraine” („Rapid Trident 2021: Militärübung mit Truppen aus 15 Ländern beginnt in der Ukraine“), am 21.9.2021: <*https://www.republicworld.com/world-news/europe/rapid-trident-2021-military-exercise-involving-troops-from-15-countries-begins-in-ukraine.html*>

[18] Wikipedia freie Enzyklopädie, diverse Autoren (unbekannt) „Sea Breeze – Manöver”, zuletzt bearbeitet am 3.7.2022: <*https://de.wikipedia.org/wiki/Sea_Breeze_(Manöver)*>

[19] Wikipedia freie Enzyklopädie, diverse Autoren (unbekannt) „Aegis Combat System”, zuletzt bearbeitet am 3.12.2022: <*https://en.wikipedia.org/wiki/Aegis_Combat_System*>

[20] Bundestag Parlament BRD Mediathek, Rede von Wladimir Putin vor den Deutschen Bundestag, am 25.9.2001: <*https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/putin/putin-196934*>

[21] You Tube Videoplattform, radio24 „Wladimir Putins kontroverse Ansprache an der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007”, am 12.3.2016: <*https://www.youtube.com/watch?v=VPyZX_Na5Hk*>

[22] Süddeutsche Zeitung, Wladimir Putin „Plädoyer für Wirtschaftsgemeinschaft: Von Lissabon bis Wladiwostok”, am 25.11.2010: <*https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908*>

[23] Der Spiegel Magazin, Alexander Osang „Ein Jahr mit Ex-Kanzlerin Merkel »Das Gefühl war ganz klar: Machtpolitisch bist du durch«“, am 24.11.2022: <*https://www.spiegel.de/panorama/ein-jahr-mit-ex-kanzlerin-angela-merkel-das-gefuehl-war-ganz-klar-machtpolitisch-bist-du-durch-a-d9799382-909e-49c7-9255-a8aec-106ce9c*>

[24] Berliner Zeitung, Redaktion „Nato und Ukraine: „Wir bleiben wachsam“

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine könnte sich erneut zuspitzen.“, am 6.4.2021: <*https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ukraine-li.150872*>

[25] Verteidigungsministerium USA „Fact Sheet – U.S.-Ukraine Strategic Defense Framework” („Faktenblatt – Strategischer Verteidigungsrahmen zwischen den USA und der Ukraine“), am 31.8.2021: <*https://media.defense.gov/2021/Aug/31/2002844632/-1/-1/0/US-UKRAINE-STRATEGIC-DEFENSE-FRAMEWORK.PDF*>

[26] U.S. Aussenministerium „U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership” („US-Ukraine-Charta über strategische Partnerschaft“), am 10.11.2021: <*https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/*>

[27] Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, „OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine (SMM) Daily Report 40/2022” („Tagesbericht 40/2022 der OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM)“), am 21.2.2022: <*https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/512683*>

[28] ostexperte.de Nachrichtenmagazin, Leo Ensel „Stoltenbergs Erklärung auf dem digitalen Meeting der NATO-Außenminister”, am 12.1.2022: <*https://ostexperte.de/im-westen-nichts-neues/*>

dieser endlos langen Straße gab es über drei Jahrzehnte lang Kreuzungen.

Es hat keinen linearen Highway in diesen russischen Angriffskrieg gegeben, auch wenn die westlichen Leitmedien uns das seit über neun Monaten tagtäglich einhämmern!

Sehr wahrscheinlich war die allerletzte Chance eines noch rechtzeitigen Abbiegens Mitte Dezember letzten Jahres, als Russland seine Sicherheitsinteressen – zugegebenermaßen in gereiztem ultimativen Ton und diplomatisch höchst kontraproduktiv als Paket verschnürt – in Briefen [28] gegenüber der NATO und den USA unmissverständlich formulierte. Niemand weiß, wann genau Putin definitiv die Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine, d.h. zur Verwandlung der als Drohkulisse aufmarschierten russischen Truppen in eine Aggressionsarmee, getroffen hat. Es spricht – ich drücke mich jetzt sehr vorsichtig aus – vieles dafür, dass dieser Krieg heute nicht stattfinden würde, wenn der Westen spätestens auf die Briefe vom 17. Dezember flexibler reagiert hätte!

Die Alternativen

Die Konsequenzen der jeweiligen Deutungen liegen auf der Hand und diejenige, die sich durchsetzt, wird die westliche Politik der nächsten Jahrzehnte bestimmen.

Setzt sich die „Highway to War“-Geschichte durch – wofür zurzeit so gut wie alles spricht –, dann stehen wir unmittelbar vor einer erneuten Spaltung des europäischen Kontinents, inklusive eines neuen, diesmal rund tausend Kilometer weiter östlichen Eisernen Vorhanges, der Neuauflage des atomaren Wettrüstens mit immer zielgenaueren Trägersystemen bei immer kürzeren Vorwarnzeiten, kurz: vor einem Kalten Krieg 2.0, der angesichts der höchst instabilen geo-politischen Rahmenbedingungen und der Tatsache, dass sich kaum noch ein relevanter Akteur an Regeln hält, erheblich gefährlicher sein wird als der erste. Den Worst Case mag man sich nicht ausmalen!

Würde sich jedoch allen Erwartungen zum Trotz doch noch die Erkenntnis durchsetzen, dass ohne die Berücksichtigung auch russischer Sicherheitsinteressen eine friedliche Zukunft auf unserem Kontinent nicht möglich ist; dass alle Akteure also verpflichtet sind, die aktuell völlig verfahrene Lage nun als Ausgangspunkt für einen kompletten Restart im Sinne einer neuen Europäischen Sicherheitskonferenz, eines „Helsinki 2.0“, zu nutzen, mit dem Ziel einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur auf der Basis des Prinzips der Gemeinsamen Sicherheit – sollte sich also diese Erkenntnis wider alle Wahrscheinlichkeit doch noch durchsetzen, dann hätte die Welt vielleicht noch eine Chance.

Wir haben die Wahl.

Vorher allerdings wird es erst einmal darum gehen, das Kämpfen, das Zerstören, das Töten, das Morden so schnell wie möglich zu stoppen und sich auf einen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen zu einigen. Militärs sagen ja, dass in Kriegen die Chancen auf Verhandlungen immer dann steigen, wenn beide Seiten sich in eine Patt-Situation hineinmanövriert haben. Hoffen wir also, dass es möglichst bald wieder in der Ukraine zu einer militärischen Pattsituation kommen wird! Und spätestens bei den möglichst bald darauf folgenden Friedensverhandlungen werden alle Seiten Federn lassen müssen. Getreu dem Motto eines berühmten, mittlerweile sehr alten außenpolitischen Experten und ehemaligen Diplomaten: „Es geht nicht um Gerechtigkeit für eine Seite, sondern um ausgewogene Ungerechtigkeit für alle!“ Dieser Satz stammt von – gehen Sie bitte in Deckung! – Henry Kissinger.

Das mag sich hart anhören, aber – und ich zitiere nochmals einen bekannten Mann mit jahrzehntelanger politischer Erfahrung: „Die Lage ist so, wie sie ist. Wir haben keine andere!“ Das war – bitte gehen Sie nochmals in Deckung! – von Konrad Adenauer.

Ich danke Ihnen.

Publiziert auf Free21 am 27.01.2023, 06:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 26.10.2022 auf www.theconversation.com unter der URL ‹https://theconversation.com/poland-dreams-of-building-europes-largest-army-against-backdrop-of-russias-war-against-ukraine-192580› veröffentlicht. Lizenz: CC-0

Foto von der Militärparade „Strong in Alliances“, die anlässlich der Feierlichkeiten zum 3. Mai organisiert wurde am 3. Mai 2019 (Foto: Piotr Drabik, flickr.com, CC BY-SA 2.0)

Vor dem Hintergrund von Russlands Ukraine-Krieg:

Polen träumt davon, seine Armee **zur größten Europas** auszubauen

Autor: Frédéric Zalewski

Frédéric Zalewski ist Maître de Conférences in Politikwissenschaft an der Universität Paris Nanterre und unterrichtet vergleichende Politik, politische Soziologie und die Sozialgeschichte der staatssozialistischen Regime.

Mit seiner Unterstützung für die Ukraine in schwerer Zeit hat Polen bei anderen europäischen Regierungen Punkte gemacht. Kurz nach dem Einmarsch Russlands, Ende Februar, nahm Polen Hunderttausende von Flüchtlingen auf und trommelte für Unterstützung zur Bewaffnung Kiews. Im März reiste Polens Premierminister zusammen mit seinem tschechischen und slowenischen Amtskollegen nach Kiew [1]. Drei Monate später zogen Deutschland, Frankreich und Italien nach und bestätigten damit Polens Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), nach der sich die europäische Führung nach Osten verschoben hat. Auch die härtere Haltung Warschaus gegenüber Russland [3] scheint zunehmend gerechtfertigt, da der Konflikt die Sicherheitsfragen an der Ostflanke der NATO berührt.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat aber auch weniger liberale Ambitionen geweckt. Wiederholt hat der polnische Verteidigungsminister die Absicht geäußert, sein Sicherheitsbudget bis 2023 mehr als zu verdoppeln [4]. Damit soll eine „große Armee“ aufgebaut werden, die einem bewaffneten Angriff Russlands standhalten kann.

Europas mächtigste Armee

Nach Ansicht von Analysten könnten diese Pläne die polnische Armee zur stärksten in Europa machen. Die französische Verteidigungswebsite Méta Défense [5] hebt eine „spektakuläre Verstärkung der Gesamtkapazität der polnischen Armee hervor, die bis zum Ende des Jahrzehnts 1.500 moderne Panzer, ebenso viele Infanterie-Kampffahrzeuge, 1.200 mobile Artillerieeinheiten und mehrere Tausend leichte gepanzerte Fahrzeuge umfassen könnte. Damit würde sie die Waffenkapazität der französischen, deutschen, britischen, italienischen, niederländischen und belgischen Streitkräfte zusammen übertreffen“.

Quellen:

[1] Le Monde Magazin, Unbekannt „Visite surprise à Kiev de trois premiers ministres européens“ („Überraschungsbesuch von drei europäischen Premierministern in Kiew“), am 16.3.2022: <*https://www.lemonde.fr/international/article/2022/03/16/visite-surprise-a-kiev-de-trois-premiers-ministres-europeens_6117720_3210.html*>

[2] The Telegraph Nachrichtenmagazin, Con Coughlin „Poland is now the true leader of free Europe“ („Polen ist jetzt der wahre Führer des freien Europas“), am 28.4.2022: <*https://www.telegraph.co.uk/news/2022/04/28/poland-now-true-leader-free-europe/*>

[3] Euronews Nachrichtenmagazin, Unbekannt „Exclusive: Poland's PM on Ukraine war, 'imperial' Russia, and 'short-sighted' EU states“ („Exklusiv: Polens Premierminister über den Ukraine-Krieg, "imperiales" Russland und "kurzsichtige" EU-Staaten“), am 5.5.2022: <*https://www.euronews.com/my-europe/2022/05/05/exclusive-poland-s-pm-on-ukraine-war-imperial-russia-and-short-sighted-eu-states*>

[4] Opex360 Online-Journal, spezialisiert auf militärische Nachrichten, Laurent Lagneau „La Pologne va plus que doubler ses dépenses militaires en 2023“ („Polen wird seine Militärausgaben bis 2023 mehr als verdoppeln“), am 31.8.2022: <*http://www.opex360.com/2022/08/31/la-pologne-va-plus-que-doubler-ses-depenses-militaires-en-2023/*>

[5] Online-Magazin Verteidigungsnachrichten, Redaktion „Pologne et Corée du Sud s'associent sur le long terme pour une coopération industrielle défense ambitieuse“ („Polen und Südkorea schließen langfristige Partnerschaft für eine ehrgeizige verteidigungsindustrielle Zusammenarbeit“), am 26.7.2022: <*https://meta-defense.fr/2022/07/26/pologne-et-coree-du-sud-sassocient-sur-le-long-terme-pour-une-cooperation-industrielle-defense-ambitieuse/*>

[6] Verteidigungsministerium Polen Homepage, Redaktion „New divisions of the Polish Army equipped with modern weapons will be established“ („Neue Divisionen der polnischen Armee, die mit modernen Waffen ausgestattet sind, werden eingerichtet.“), am 13.6.2022: <*https://www.gov.pl/web/national-defence/new-divisions-of-the-polish-army-equipped-with-modern-weapons-will-be-established*>

[7] Verteidigungsministerium Polen Homepage „Polish Defence in the Perspective of 2032Polish Defence in the Perspective of 2032“ („Polnische Verteidigung in der Perspektive des Jahres 2032“), Datum unbekannt: <*https://www.gov.pl/web/national-defence/polish-defence-in-the-perspective-of-2032*>

[8] Le Point Wochenmagazin , Quelle AFP „L'artillerie de précision modifie l'équilibre en Ukraine, selon des experts“ („Präzisionsartillerie verändert laut Experten das Gleichgewicht in der Ukraine“), am 15.7.2022: <*https://www.lepoint.fr/monde/l-artillerie-de-precision-modifie-l-equilibre-en-ukraine-selon-des-experts-15-07-2022-2483421_24.php*>

[9] Reuters Nachrichtenagentur, Soo-Hyang Choi „Poland buy S.Korean rocket launchers after tank, howitzer sales“ („Polen kauft koreanische Raketenwerfer nach Panzer- und Haubitzenverkäufen“), am 19.10.2022: <*https://www.reuters.com/world/europe/poland-expected-buy-skorean-rocket-launchers-after-tank-howitzer-sales-2022-10-19/*>

[10] FlightGlobal Nachrichten und Informationen Luft- und Raumfahrt, Dominic Perry „Poland to buy almost 100 Apaches as defence spending accelerates“ („Polen kauft fast 100 Apaches, um die Verteidigungsausgaben zu erhöhen“), am 8.9.2022: <*https://www.flightglobal.com/helicopters/poland-to-buy-almost-100-apaches-as-defence-spending-accelerates/150126.article*>

[11] E-International Relations (E-IR) Website zu internationalen Beziehungen und internationaler Politik, Sandrina Antunes und Isabel Camisão „Introducing Realism in International Relations Theory“ („Einführung in den Realismus in der Theorie der internationalen Beziehungen“), am 27.2.2018: <*https://www.e-ir.info/2018/02/27/introducing-realism-in-international-relations-theory/*>

Die Regierung will voraussichtlich 3 % des Staatshaushalts für die Verteidigung ausgeben und ihre Landstreitkräfte von vier auf sechs Divisionen [6] aufstocken. Das entspricht einer Verstärkung von derzeit 115.000 Soldaten auf künftig 300.000. Auch die Feuerkraft soll deutlich erhöht werden. Präventivschläge schließt die nationale Verteidigungspolitik [7] aus, zielt aber auf die Abschreckung von bewaffneten Angriffen.

Warschau setzt nicht nur auf den Kauf vorhandener Technologie, sondern strebt auch Partnerschaften an, um die polnische Rüstungsindustrie zu stärken. Geplant ist der Erwerb von US-Panzern und -Hubschraubern sowie von HIMARS-Raketen, die sich bei den Kämpfen in der Ukraine als äußerst wirksam erwiesen haben [8].

Weitere Verträge wurden mit Südkorea [9] unterzeichnet, darunter über die Lieferung von Panzern und Haubitzen, sowie kürzlich die Bestellung von 288 Artillerie-Raketenwerfern. Noch wichtiger ist, dass diese Käufe aus Seoul offenbar Technologietransfers und Kooperationsvereinbarungen beinhalten, die die Autonomie der polnischen Rüstungsindustrie erhöhen würden. Möglicherweise könnte diese dann sogar mit der westeuropäischer Länder konkurrieren.

Die Verteidigungsindustrie in der EU wurde seit langem systematisch zugunsten US-amerikanischer, britischer und südkoreanischer Ausrüstungen vernachlässigt (Polen wechselte von Airbus zur italienischen Marke Leonardo, nur um sie dann zugunsten von Boeing-Apache-Hubschraubern fallen zu lassen [10]).

Die PiS bevorzugt Ausrüstung aus Übersee

Diese Pläne stehen im Einklang mit der „geopolitischen Ideologie“ der Realisten [11], die die PiS und große Teile der polnischen konservativen Landschaft bestimmen. Sie veranschaulichen auch die Position des Landes zu Europa.

Für die polnische Rechte ist seit Anfang der 1990er Jahre die Mitgliedschaft in der NATO wichtiger als die EU-Mitgliedschaft, wohingegen die Liberalen und Gemäßigten der politischen Integration Europas offener gegenüberstanden. Lange Zeit wurden diese Diskrepanzen durch Polens allgemeines Interesse an Mitgliedschaft in internationalen Organisationen Europas und der westlichen Welt verwischt, treten jetzt aber immer deutlicher hervor.

Für die PiS-Partei scheint die EU von nachrangiger Bedeutung zu sein, insbesondere angesichts der Neigung des Bündnisses, Polen zu konfrontieren, wenn seine Regierung vermeintlich gegen europäische Grundsätze verstößt. Die neuen Rüstungsgeschäfte mit Südkorea sind ein klares Zeichen dafür, dass die PiS-Regierung in Verteidigungsfragen nicht mehr auf die EU angewiesen ist und keine Solidarität nach innen zeigen will.

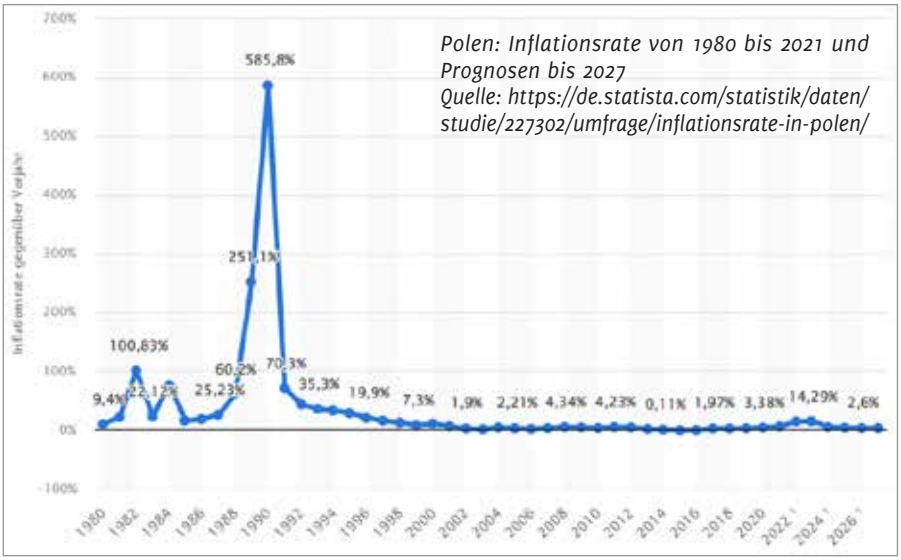
Diese Entwicklung könnte mit Versuchen [Polens; Anm. d. Red.] aus dem Januar zusammenhängen, ein neues Bündnis mit der Ukraine und dem Vereinigten Königreich zu schaffen [12]. Offensichtlich sieht PiS die EU lediglich als Sprungbrett auf dem Weg zur liberalen Globalisierung, und nicht als ein Mittel zur Integration und neuen Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.

Vollständige Wiederbewaffnung

In der polnischen Opposition sind die Nachrichten über den Ausbau des Militärs auf Kritik gestoßen [13]. Die Oppositionsparteien unterstützten einhellig eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets auf 3 % des Staatshaushalts [14], aber Jarosław Kaczyński, Präsident der PiS und amtierender Regierungschef, möchte, dass dieser Anteil in Zukunft auf 5 % steigt [15].

Mehrere frühere Verteidigungsminister hatten sich dahingehend geäußert, dass der derzeitige Ansatz der lokalen Industrie schaden wird [16]. Ein älterer Skandal um die in Frankreich hergestellten Caracal-Hubschrauber [17] aus dem Jahr 2016 ist ebenfalls wieder aufgetaucht, nachdem alte E-Mails der Regierung durchgesickert waren. Denen zufolge war eine Verleumdungskampagne gegen die französische Ausrüstung geplant [18]. Diese Airbus-Hubschrauber sollten zwischen 2017 und 2022 an Polen geliefert werden, während 96 neue US-Apaches gera-

Publiziert auf Free21 am 01.01.2023, 6:00 Uhr



Polen: Inflationsrate von 1980 bis 2021 und Prognosen bis 2027
Quelle: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/227302/umfrage/inflationsrate-in-polen/

de erst in Betrieb genommen wurden und bisher nur 18 Lieferungen bestätigt sind. All dies geschah außerhalb des üblichen Ausschreibungsverfahrens.

Inzwischen prangern Oppositionsführer offen die Europafeindlichkeit der PiS an, wodurch Risse im einstigen pro-atlantischen Konsens zutage treten. Falls die Opposition bei den Wahlen 2023 als Sieger hervorgeht, will sie die Rüstungsaufträge der Regierung überprüfen. Hat sie versprochen.

Könnten die Pläne noch revidiert werden?

Die derzeitige Wiederaufrüstungspolitik findet im Vorfeld einer Wahl statt, zu der laut Umfragen [20] erhebliche Verluste der PiS erwartet werden. Das Land hat mit fast 16,4 die höchste Inflation [21] seit den 1990er Jahren. Auch verschiedene andere Krisen, darunter die Umweltkatastrophe der Oder [22], wurden von der Regierung schlecht gemanagt.

Der explosionsartige Anstieg der Energiepreise für Privathaushalte sowie die Kohleknappheit [23] dürften vor allem jene Gruppen treffen, die am ehesten für die PiS stimmen. Das sind z. B. ältere Menschen, Bewohner ländlicher und wirtschaftlich schwacher Regionen, und jene, die an Wahlen eher selten teilnehmen. Angesichts dieser schwierigen Situation versucht die PiS mit ihrer Verteidigungsposition und nationalistischen Rhetorik alte Gräben wieder aufzureißen. Indem sie vor allem die antideutsche Karte spielt, befördert sie die Polarisierung in der Politik [24]. Die PiS hat es sogar geschafft, die Frage der deutschen Reparationen für die Zerstörungen, die Polen im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurden, wieder in den Vordergrund zu rücken [25].

Aber diese Wahlkampftricks sind allzu offensichtlich und funktionieren vielleicht nicht mehr so gut wie in der Vergangenheit.

Quellen:

[12] Kafkadesk Nachrichtenmagazin für Zentraleuropa, Kafkadesk Krakau Büro „UK proposes "European Commonwelth" with Poland, Ukraine, and Baltics“ („Großbritannien schlägt "Europäische Gemeinsamkeit" mit Polen, der Ukraine und den baltischen Staaten vor“), am 30.5.2022: *<https://kafkadesk.org/2022/05/30/uk-proposes-european-commonwealth-with-poland-ukraine-and-baltics/>*

[13] TVN24 polnischer Nachrichtensender, momo//now „"Dlatego trzeba wygrać wybory". Liderzy opozycji i byli prezydenci razem na konferencji“ („Deshalb muss man Wahlen gewinnen". Oppositionsführer und ehemalige Präsidenten gemeinsam auf der Konferenz“), am 20.9.2022: *<https://tvn24.pl/polska/warszawa-spotkanie-liderow-opozycji-donalda-tuska-wladyslawa-kosiniaka-kamysza-szymona-holowni-i-wlodzimierza-czarzastego-6120960>*

[14] DziennikZbrojny.co.uk militärisches Portal, Tomasz Dmitruk „Nawet 137 mld PLN na obronność w 2023 roku“ („Bis zu 137 Mrd. PLN für Verteidigung im Jahr 2023“), am 30.5.2022: *<http://dziennikzbrojny.pl/aktualnosci/news,1,11684,aktualnosci-z-polski,nawet-137-mld-pln-na-obronnosc-w-2023-roku>*

[15] EURACTIV Nachrichtenportal, Aleksandra Krzysztoszek „Poland to spend 5% of GDP on defence“ („Polen will 5% des BIP für Verteidigung ausgeben“), am 18.7.2022: *<https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/poland-to-spend-5-of-gdp-on-defence/>*

[16] Defence24.pl polnisches Online-Portal zu den Themen Streitkräfte, Rüstungsindustrie und Geopolitik, Jakub Palowski „Prezes HSW złożył rezygnację“ („Der CEO der HSW ist zurückgetreten“), am 5.8.2022: *<https://defence24.pl/przemysl/prezes-hsw-zlozyl-rezygnacje>*

[17] La Tribune französische Tageszeitung, Michel Cabirol „Hélicoptères Caracal : quand la Pologne fâche tout rouge la France“ („Caracal-Hubschrauber: Wenn Polen Frankreich ganz rot ärgert“), am 7.10.2016: *<https://www.latribune.fr/entreprises-finance/industrie/aeronautique-defense/helicopteres-caracal-quand-la-pologne-fache-tout-rouge-la-france-605889.html>*

[18] Gazeta Wyborcza polnische Tageszeitung, Paweł Wroński „Jak mówić o klęsce caracali. Medialna instrukcja w mailach Dworczyka“ („Wie kann man über das Debakel der Caracals sprechen? Medienhinweise in Dworczyks E-Mails“), am 11.1.2022: **https://wyborcza.pl/7,75398,27990878,jak-mowic-o-klesce-caracali-medialna-instrukcja-w-mailach-dworczyka.html**

[19] Gazeta Wyborcza polnische Tageszeitung, Paweł Wroński „PO chce po wygranych wyborach przejrzeć wojskowe kontrakty Błaszczaka“ („PO will nach Wahlsieg Blaszczaks Militärverträge überprüfen“), am 5.8.2022: *<https://wyborcza.pl/7,75398,28760915,po-chce-po-wygranych-wyborach-przejrzec-wojskowe-kontrakty-blaszczaka.html>*

[20] Politico Wochenzeitung, Redaktion „Poland — National parliament voting intention“ („Polen - Nationales Parlament – Wahlabsicht“), am 25.11.2022: *<https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/poland/>*

[21] Reuters Nachrichtenagentur, Redaktion „Polish inflation could rise in September, finance minister says“ („Laut Finanzminister könnte die polnische Inflation im September steigen“), am 22.9.2022: *<https://www.reuters.com/markets/europe/polish-inflation-could-rise-september-finance-minister-says-2022-09-24/>*

[22] ARTE Fernsehsender, Dokumentation „Catastrophe de l Oder la Pologne en eaux troubles“ („Katastrophe an der Oder - Polen in unruhigen Wassern“), am 24.8.2022: *<https://www.arte.tv/fr/videos/110698-000-A/catastrophe-de-l-oder-la-pologne-en-eaux-troubles/>*

[23] TVN24 polnischer Nachrichtensender, mp/ams „Kilkumilionowa luka na rynku węgla. Ekspert podaje liczby“ („Mehrere Millionen Pfund Lücke auf dem Kohlemarkt. Experte nennt Zahlen“), am 23.9.2022: *<https://tvn24.pl/biznes/z-kraju/wegiel-braki-w-polsce-lukasz-horbacz-z-izby-gospodarczej-sprzedawcow-polskiego-wegla-podaje-liczby-6126542>*

[24] Good Word News Magazin, Eleon „Poland's Kaczynski raises the German threat“ („Polens Kaczynski macht die deutsche Bedrohung deutlich), am 10.6.2022: *<https://goodwordnews.com/polands-kaczynski-raises-the-german-threat>*

[25] Le Monde Magazin, Le Monde mit AFP „La Pologne veut « négocier » avec Berlin des réparations pour les pertes liées à la seconde guerre mondiale, qu'elle estime à 1 300 milliards d'euros“ („Polen will mit Berlin über Reparationen für die Verluste aus dem Zweiten Weltkrieg "verhandeln", die es auf 1,3 Billionen Euro schätzt.“), am 1.9.2022: *<https://www.lemonde.fr/international/article/2022/09/01/la-pologne-veut-negocier-avec-berlin-des-reparations-pour-les-pertes-liees-a-la-seconde-guerre-mondiale-qu-elle-estime-a-1-300-milliards-d-euros_6139858_3210.html>*

Medienplattformen werden **staatlich zensiert** – der Nachweis ist da!

Staatlich und halbstaatlich finanzierte Faktenchecker und andere behaupten, die sozialen Medien würden nicht zensiert, weil Zensur nur sei, was vom Staat ausgeht, nicht was private Medienplattformen unternehmen. Doch inzwischen ist bewiesen, dass Staaten direkt am Zensurprozess beteiligt sind. Das wirft ein besonderes Licht auf die Kampagne gegen den neuen Twitter-Eigner Elon Musk, der die Zensur auf gesetzwidrige Inhalte beschränken will.

(Grafik: Christian Dorn, Pixabay.com, Pixabay License)

Autor: Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 02.12.2022 auf https://norberthaering.de/ unter der URL ‹https://norberthaering.de/propaganda-zensur/twitter-facebook-zensur/› veröffentlicht. Lizenz: © Norbert Häring

Die „Faktenchecker" des Bayerischen Rundfunks, die sich selbst mit dem albernen Namen „Faktenfuchs" belegt haben, schrieben 2021 [1]:
„Immer wieder wird der Vorwurf laut, dass es Zensur in Deutschland gäbe, wenn man regierungskritische Inhalte äußere – ob in sozialen Medien oder generell in Medien. (…) Doch was ist Zensur eigentlich? Wie steht es um die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit in Deutschland? Und wird in sozialen Medien „zensiert"? Zensur wird klassischerweise als die staatliche Kontrolle von Äußerungen definiert. (…) In Deutschland ist die Zensurfreiheit im Grundgesetz festgelegt. In Artikel 5, Absatz 1 steht: „Eine Zensur findet nicht statt."

Das wird dann noch mit einigen Expertenstimmen unterfüttert, bevor man sich der spannenden Frage zuwendet, ob es nicht auch Zensur ist, wenn der Staat die Plattformen stark drängt, vieles zu zensieren, auch gesetzeskonforme Meinungen und Informationen. Der Antwort auf diese Fragen weicht der Faktenfuchs sehr länglich aus, bevor er dann auf einen Folgebeitrag [2] verweist, in dem er nach langer Vorrede wortreich-verquast zugibt, dass man das schon auch als Zensur bezeichnen könne.

Auch direkte staatliche Zensur findet statt

Zuletzt hat gerade dieser Tage am 1. Dezember die Regierung Neuseelands nach längeren vergeblichen Abwehr- und Verschleppungsversuchen [3] als Antwort auf eine Transparenzanfrage zugegeben [4], dass sie einen direkten Zugang zu den Löschseiten von Facebook und Instagram hat, über die sie die Löschung oder anderweitige Verbreitungsunterdrückung von Inhalten beauftragen kann, und dies

auch nutzt. Die Anleitung zur Nutzung [5] ist im Netz zu besichtigen.

Auch andere Regierungen haben Zugang zu diesem speziell für sie eingerichteten Zensurportal der sozialen Medien, wie The Intercept am 31. Oktober als erstes Medium berichtet hat [6].

Dabei geht es nicht vor allem um gesetzeswidrige Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung oder Verleumdung, sondern um nicht näher definierte „Desinformation", vor allem zu den Themen „Covid und Impfung, Russland und Ukraine sowie Afghanistan".

Das ist direkte staatliche Zensur, auch wenn sich die Plattformen möglicherweise vereinzelten Zensuraufträgen verweigern sollten.

Meines Wissens ist (noch) nichts davon bekannt geworden, dass die deutsche Regierung dieses Löschportal auch nutzt. Anfragen in dieser Richtung müssen möglicherweise erst noch gestellt werden. Die Informationen sind ja noch recht frisch.

Musk der Zensurverweigerer: Stress mit der EU

Nachdem er jüngst Twitter übernommen hat, kündigte Elon Musk, der reichste Mensch der Welt, an, nicht-gesetzwidrige Inhalte auf dem Kurznachrichtendienst nicht mehr zu zensieren. Das hat zu fast hysterischer Kritik von etablierten Medien und von Politikern [7] an Musks „populistischem Verständnis von Meinungs- und Redefreiheit" geführt.

Für die äußerst heftigen Reaktionen, auch von behördlicher Seite, gäbe es keinen Grund, wenn es tatsächlich so wäre, wie zur Abwehr von Zensurvorwürfen immer behauptet wird, dass die Löschorgien der sozialen Medienplattformen aus eigenem Antrieb stattfinden, zur Durchsetzung ihrer rein in Eigeninitiative geschaffenen Standards für die Kommunikation auf den Plattformen.

Nachdem EU-Industriekommissar Thierry Breton zunächst Milliardenstrafen und eine mögliche Sperre [8] für Twitter angedroht hatte, mahnte Breton [9] Twitter-Chef Elon Musk am 1. Dezember in einem Videotelefonat sehr eindringlich, es gebe noch „gewaltig viel Arbeit", um Twitter an das EU-Recht anzupassen. Der Online-Dienst müsse unter anderem die Moderation der Inhalte erheblich verstärken und Desinformation mit Entschlossenheit bekämpfen.

Das vor Kurzem amtlich zu sozialen Diensten verkündete EU-Gesetz Digital Services Act (DSA), das zwischen November 2022 und Februar 2023 in Kraft tritt, erlegt den großen Plattformen unter anderem auf, gegen „systemische Risiken" vorzugehen. Es wurde von der Bürgerrechtsbewegung European Digital Rights als Gefahr für die Meinungsfreiheit [10] und Rechtsstaatlichkeit bezeichnet. Unter anderem erlaubt es der EU-Kommission einen Notstand zu erklären, der ihr sehr weitreichende Rechte gibt, Inhalte auf sozialen Medienplattformen zu zensieren. Die großen Plattformen müssen entsprechende Zensurkapazitäten vorhalten.

Dass die EU-Kommission mit Aussperren von Twitter droht, weil Musk nicht genug gegen „Desinformation" tue, zeigt, wie berechtigt diese Kritik ist. Desinformation ist etwas ganz anderes als strafbare Inhalte. Es ist ein Konzept um die Medien in den Dienst staatlicher und überstaatlicher Propagandainteressen zu stellen, sei es in Zusammenhang mit militärischen Konflikten, oder zur Durchsetzung von Impfkampagnen und Pandemiemaßnahmen.

Elon Musk kündigte nach der Übernahme von Twitter an, nicht-gesetzwidrige Inhalte auf dem Kurznachrichtendienst nicht mehr zu zensieren (Grafik: Mohamed Hassan, Pixabay.com, Pixabay License)

Quellen:

[1] BR, Elisabeth Kagermeier, Jana Heigl „#Faktenfuchs: Gibt es Zensur in Deutschland?", am 24.09.2021: <*https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gibt-es-zensur-in-deutschland-ein-faktenfuchs,SjkMngH*>

[2] BR, Bernd Oswald, Elisabeth Kagermeier, Jana Heigl „#Faktenfuchs: Wie frei kann man sich im Netz äußern?", am 24.09.2021: <*https://www.br.de/nachrichten/netzwelt/faktenfuchs-wie-frei-kann-man-sich-im-netz-aeussern,SjqnyJ1*>

[3] FYI.org.nz, Mark Wong „Access to Facebooks takedown portal - Official Information request to Department of the Prime Minister and Cabinet", am 02.11.2022: <*https://fyi.org.nz/request/21009-access-to-facebooks-takedown-portal*>

[4] The Daily Examiner, Victoria O'Brien „NZ Government Confirms Access To Facebook Censorship Portal", am 01.12.2022: <*https://www.thedailyexaminer.co.nz/nz-government-confirms-access-to-facebook-censorship-portal/*>

[5] FB Portal, Lee Fang (The Intercept) „Facebook Content Request system. Government Reporting System", 31.08.2022: <*https://www.documentcloud.org/documents/23129270-fb-portal*>

[6] The Intercept, Ken Klippenstein, Lee Fang „Truth Cops", am 31.10.2022: <*https://theintercept.com/2022/10/31/social-media-disinformation dhs/*>

[7] Tagesschau, Alexander Göbel „„Der Vogel fliegt nach unseren Regeln"", am 29.11.2022: <*https://www.tagesschau.de/ausland/europa/twitter-musk-eu-101.html*>

[8] The Guardian, Dan Milmo, Mark Sweney „Twitter takeover: EU and UK warn Elon Musk must comply or face sanctions", am 27.04.2022: <*https://www.theguardian.com/technology/2022/apr/26/twitter-takeover-jack-dorsey-elon-musk*>

[9] Watson „Wegen Fake-News-Verbreitung auf Twitter: EU tadelt Elon Musk", am 01.12.2022: <*https://www.watson.ch/international/digital/334509503-wegen-fake-news-verbreitung-auf-twitter-eu-ermahnt-elon-musk*>

[10] European Digital Rights „ON NEW CRISIS RESPONSE MECHANISM AND OTHER LAST MINUTE ADDITIONS TO THE DAS. Public Statement", am 12.04.2022: <*https://edri.org/wp-content/uploads/2022/04/EDRi-statement-on-CRM.pdf*>

Dieser Text wurde zuerst am 11.12.2022 auf www.timhayward.wordpress.com unter der URL ‹https://timhayward.wordpress.com/2022/12/11/questioning-the-official-story-about-official-stories-a-role-for-citizen-investigations/› veröffentlicht. Lizenz: © Tim Hayward

Eine Ermittlungsaufgabe für Bürger:

Die **Infragestellung** der offiziellen Geschichten zu offiziellen Geschichten

Nach der offiziellen Darstellung sind offizielle Geschichten (fast) immer wahr. Das „fast“ wird nur deshalb erwähnt, weil in seltenen Fällen eine offizielle Geschichte als falsch anerkannt wird, wie z. B. bei den fälschlicherweise behaupteten Massenvernichtungswaffen des Irak im Jahr 2003. Aber das wird als Ausnahme von der Regel betrachtet. Daraus auf ein weit verbreitetes Misstrauen zu schließen, wäre töricht, uninformiert oder sogar ein Fall für die feindliche Propaganda.

Autor: Tim Hayward

Tim Hayward ist Professor für politische Umwelttheorie an der Universität Edinburgh und Direktor des Just World Institute, einer Einrichtung, die gegründet wurde, um "die interdisziplinäre Erforschung der globalen Herausforderungen für die internationale Ordnung zu fördern, mit besonderem Augenmerk auf Fragen der Ethik und Gerechtigkeit". Zwischen 1995 und 2017 veröffentlichte Hayward vier Bücher über ökologische Werte, Menschenrechte und politische Theorie.

Die Diagnose, was mit den Skeptikern an den offiziellen Berichten nicht stimmt, und die Vorschläge, wie man sie heilen oder anderweitig mit ihnen umgehen kann, sind in den Medien und in der Wissenschaft zu einer Wachstumsbranche geworden. So hören wir viel darüber, dass eine Abweichung von den offiziellen Darstellungen bedeutet, „Verschwörungstheorien“ oder „Desinformation“ zum Opfer zu fallen. Und bei Abweichlern könnte die Diagnose gestellt werden, sie müssten umerzogen werden oder benötigten sogar psychologische Hilfe. Die abweichende Meinung selbst wird zunehmend zensiert. Allerdings bleibt eine wichtige Frage dabei unbeantwortet: Was genau macht offizielle Narrative angeblich so glaubwürdig?

Man geht davon aus, dass offizielle Berichte von Menschen mit einschlägigem Fachwissen verfasst werden, so dass es ein Zeichen von Unwissenheit sei, sie anzuzweifeln. Und da Experten über Referenzen, Erfahrung und den Rückhalt kompetenter Institutionen verfügen, ist es unklug oder sogar wahnhaft, ihr Fachwissen abzulehnen. Außerdem wird da-

Publiziert auf Free21 am 08.02.2023, 6:00 Uhr

von ausgegangen, dass die offiziellen Berichte im Allgemeinen in gutem Glauben erstellt und verbreitet werden.

Aber sind diese Annahmen generell gerechtfertigt? Wenn wir ihre Grundlagen untersuchen, bringt uns das zur Frage, ob die offizielle Meta-Geschichte, wie wir sie nennen können, die Gründe für die automatische Akzeptanz offizieller Geschichten überbewertet und die Kompetenz unterschätzt, die Mitglieder der Öffentlichkeit in unabhängige Untersuchungen einbringen können.

Warum den offiziellen Geschichten glauben?

Kein ernsthafter Denker würde vorschlagen, dass eine offizielle Geschichte nur deshalb geglaubt werden sollte, weil sie von offiziellen Stellen stammt. Die Verwendung des Begriffs „offizielle Geschichte" impliziert in der Praxis sogar, dass es auch eine alternative Geschichte gibt, die nicht von offiziellen Stellen gestützt wird, aber glaubwürdiger sein könnte. Wir wissen auch, dass viele Gesellschaften zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten die Ordnung aufrechterhalten haben, indem sie sich auf alle möglichen mythologischen, ideologischen und offen diskriminierende Geschichten beriefen. Manchmal bedeutete dies, dass Menschen, die das offizielle System intellektuell rigoros in Frage stellten, verleugnet, unterdrückt oder als Ketzer verfolgt wurden.

Ein plausiblerer Grund für den Glauben an offizielle Geschichten wurde von dem Philosophen Neil Levy (2007) [1] dargelegt. Er weist darauf hin, dass wir alle die meisten Dinge, die wir im Leben wissen, nur deshalb wissen, weil wir sie von anderen gelernt haben: Unsere direkte persönliche Erfahrung mit der Welt ist im Vergleich zur Weite unseres Allgemeinwissens und den Feinheiten unserer spezielleren Kenntnisse äußerst begrenzt. Wir verlassen uns bei fast allem, was wir tun, auf das Zeugnis und den guten Glauben anderer. So dass wir, um ein normales Leben in der Gesellschaft zu führen, einer Vielzahl von Institutionen und sozialen Einrichtungen vertrauen. Ihre generelle Verlässlichkeit anzuzweifeln, würde den stillschweigenden Annahmen widersprechen, die uns durchs Leben bringen, und es wäre unerklärlich, wie überhaupt eine halbwegs geordnete Gesellschaft möglich sein könnte.

Diese Überlegung ist stark, aber nicht absolut – und wie stark, hängt auch davon ab, welche Arten von Kommunikation wir als offizielle Geschichten bezeichnen. Am stärksten ist sie, wenn man den Begriff für alle öffentlichen Mitteilungen verwendet, die aus einer offiziellen Quelle stammen. Im tatsächlichen Sprachgebrauch wird der Begriff „offizielle Geschichte" jedoch normalerweise nicht so verstanden. Wir halten es nicht für eine „offizielle Geschichte", dass man ein beglaubigtes Foto von sich vorlegen muss, um einen Reisepass zu erhalten; wir halten es nicht für eine „offizielle Geschichte", dass im Vereinigten Königreich Autos auf der linken Seite fahren müssen; und wir halten es heutzutage auch nicht für eine „offizielle Geschichte", dass Rauchen schlecht für unsere Gesundheit ist.

Der weitaus größte Teil der öffentlichen Verlautbarungen – so wie obige – wird einfach als Stand der Dinge betrachtet. Wenn der charakteristische Begriff „offizielle Geschichte" auftaucht, dann meist in Zusammenhängen, in denen eine öffentliche Verlautbarung auf Skepsis stieß. Während beispielsweise die Begründung für die Anschnallpflicht in Autos heutzutage nur noch selten als „offizielle Geschichte" bezeichnet wird, weil es keinen ernsthaften Dissens mehr gibt, stieß die jüngste Behauptung, die Begründung für die Einführung von mRNA-Injektionen gegen SARS-Cov2 sei im Wesentlichen mit der für Sicherheitsgurte vergleichbar, auf Widerstand: Die „offizielle Geschichte" über den Nutzen und die Sicherheit der mRNA-Injektionen wurde von einigen Teilen der medizinischen und wissenschaftlichen Gemeinschaften kritisiert.

Natürlich bedeutet die bloße Tatsache, dass es in einigen Kreisen Skepsis gibt, nicht, dass eine bestimmte offizielle Geschichte zwangsläufig falsch ist. Aber sie macht deutlich, dass eine offizielle Geschichte nicht nur eine unumstrittene Darstellung des Stands der Dinge ist. Sie veranlasst nachdenkliche Menschen dazu, die Art der Autorität, die für eine offizielle Geschichte beansprucht wird, genauer unter die Lupe zu nehmen.

"Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern." Vom ehemaligen Innenminister Thomas de Maizière berühmt gewordene offizielle Verlautbarung an einen Journalisten zu dessen Frage. Foto (Ausschnitt): André Schneider, Wikimedia Commons, CC 3.0 Unported

Gibt es Experten in Expertise?

Die für offizielle Geschichten beanspruchte Autorität ergibt sich, wie Levy erklärt, aus der Tatsache, dass sie von „Personen produziert werden, die gesellschaftlich als die relevanten Experten für ein Thema anerkannt sind" (Levy 2022) [2]. Relevanz wird hier im Sinne von Wissen und Erfahrung in Bezug auf den betreffenden Gegenstand verstanden. Bestimmte Personen können jedoch auch aus anderen Gründen, wie z. B. einer bekannten Affinität zum Auftrag der Organisation, offiziell als relevante Experten benannt werden. So ist es möglich, dass ausgewiesene Experten eine offizielle Geschichte unterstützen, während eine Reihe anderer Personen mit relevanten Kenntnissen und Erfahrungen über die betreffende Materie eine ganz andere Meinung vertreten.

Selbst unter ausgewiesenen Fachberatern ist es jedoch nicht einfach, einen verbindlichen Konsens über die Art der Themen zu erzielen, auf die sich die offiziellen Geschichten beziehen. Dafür gibt es ähnliche Gründe wie bei der Politikberatung (siehe z. B. Grundmann 2017). Soweit sich eine offizielle Geschichte auf eine wissenschaftliche Grundlage beruft, ist zu bedenken, dass die Ergebnisse der Wissenschaft – ein Prozess der offenen, kollaborativen und fortschreitenden Untersuchung – einen vorläufigen Status haben, wobei alle wissenschaftlichen Aussagen prinzipiell korrigierbar sind. Das bedeutet, dass das Vertrauen eines wissenschaftlichen Beraters nie völlig uneingeschränkt und ungetrübt sein kann. Zeynep Panuk [3] (2021) spricht von einem „Paradoxon der wissenschaftlichen Beratung", das sich aus den Schwierigkeiten ergibt, Entscheidungen auf wissenschaftliche Erkenntnisse zu stützen, die fast immer unsicher und umstritten sind. Panuk verweist auf die Erfahrung, dass übermütige Wissenschaftler in beratenden Ausschüssen abweichende Meinungen unterdrücken können, um einen Konsens zu erzielen – und dann feststellen, dass dessen Umsetzung unglückliche oder sogar katastrophale Folgen hatte. Jüngste Erfahrungen mit übermütigen Äußerungen über „die Wissenschaft" während der Covid-Pandemie haben weitere Beispiele geliefert (Miller 2022 [4]; Nelson 2022 [5]).

Die Art von Kontroverse, bei der eine „offizielle Geschichte" ins Spiel kommt, reduziert sich in der Regel nicht auf ein spezielles Detail der Grundlagenwissenschaft oder gar eine Sammlung davon, sondern betrifft eine Situation, in der viele Faktoren eine Rolle spielen – einschließlich derer, die mit der sozialen Organisation, dem menschlichen Handeln und der Entscheidungsfindung zusammenhängen. Solche Situationen ähneln denen, in welchen wissenschaftliche Experten um politischen Rat gebeten werden (SAPEA 2019, Kap. 2; Martin et al. 2020). Offizielle Berichte sind selten, wenn überhaupt, direkte Aussagen wissenschaftlicher Meinungen zu einer einzelnen, klar definierten wissenschaftlichen Forschungsfrage: Sie beziehen sich in der Regel auf Situationen, in denen viele interagierende Variablen nicht alle klar aufgeschlüsselt werden können. Es gibt im Prinzip keinen Grund, warum eine unabhängige und inoffizielle Gruppe von Forschern mit sachlich relevantem Fachwissen für eine Untersuchung nicht genauso gut geeignet sein könnte wie eine offizielle Gruppe. In der Tat können Anfechtungen der offiziellen Berichte manchmal auf beeindruckende Konstellationen von Fachwissen zurückgreifen.

Bürgerliche Ermittlungen

Wenn die offizielle Meta-Geschichte die Verlässlichkeit von ausgewiesenen Experten überschätzt, so unterschätzt sie möglicherweise auch die Ermittlungskompetenz gewöhnlicher Bürger. Denn die offiziellen Geschichten können nicht nur von isolierten Einzelpersonen in Frage gestellt werden, die als „selbst recherchierend" karikiert werden, während sie „Dinge im Internet lesen", sondern auch von gut informierten Gruppen, die zusammenarbeiten. Diese können besser in der Lage sein, Wahrheiten aufzuspüren als unabhängige Individuen: „Die Überlegenheit der Gruppe gegenüber dem Individuum erfordert nicht, dass ein Mitglied vor der Beratung die richtige Antwort hat: Gruppenberatung kann die Aggregation der echten Einsichten mehrerer Mitglieder und die Zurückweisung der falschen Hypothesen einiger derselben Individuen ermöglichen." (Levy 2019: 316).

Wenn es ferner stimmt, dass „Gruppen von Individuen, die einander fremd sind, besser in der Lage sind, Wahrheiten zu erkennen als Gruppen von Individuen, die eine gemeinsame Geschichte haben" (Levy 2019: 318), dann ist dies ein Vorteil von Gruppen, die sich aus Menschen zusammensetzen, die im Cyberspace aus allen Lebensbereichen zusammenkommen und möglicherweise nur wenige oder gar keine biografischen Informationen über die Personen haben, mit denen sie sich verbinden. Bürgerinnen und Bürger, die ihre eigenen Nachforschungen anstellen, gründen manchmal ihre eigenen Wikis, bilden Gruppen auf Reddit oder tauschen sich informell über Twitter oder Telegram aus. Manchmal gründen sie auch offline Ermittlungs-Kollektive.

Aus der Teilnahme an Chatrooms entstand zum Beispiel die heute viel beachtete Organisation Bellingcat: Ihr Gründer Eliot Higgins, ein Gamer, der zum investigativen Bürger wurde, sah sich von seinem Sofa in Leicester aus Unmengen von Kriegsmaterial an und diskutierte seine Beobachtungen in Chatrooms. Die Arbeit seines investigativen Teams wurde „in den globalen Medien und von globalen Organisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch gelobt" (Nguyen und Scifo 2018: 377). Beeindruckt von den Methoden der „Open-

Publiziert auf Free21 am 08.02.2023, 6:00 Uhr

Source-Intelligenz“ (D'Alessandra und Sutherland 2021) haben die Kuratoren offizieller Geschichten im Westen – insbesondere solcher, die sich auf geopolitische Themen mit Russland beziehen – Bellingcat mit Lob und großzügiger Finanzierung und Förderung bedacht.

Es gibt also einen Präzedenzfall dafür, dass Bürgerermittlungen als verbindlich angesehen werden. Andere Gruppen bürgerlicher Ermittler, die keine finanziellen Mittel erhalten, haben einige der offiziellen Berichte des Westens erheblich in Frage gestellt. So ist die Arbeitsgruppe für Syrien, Propaganda und Medien [6], die eher das Vertrauen von Whistleblowern als von offiziellen Stellen genießt (OPCW 2020 [7]), gelegentlich ein direkter Gegenspieler von Bellingcat.

Abgesehen von den Vorteilen der Zusammenarbeit besteht die Realität des ernsthaften Dissenses in der digitalen Sphäre darin, dass an ihm unzählige kritische Einzelpersonen beteiligt sein können, die in ihren Berufsfeldern einen bedeutenden unabhängigen Anspruch auf epistemische Autorität erheben und die sich sowohl ihrer eigenen Grenzen, als auch des Wertes der Erkenntnisse anderer bewusst sind. (Epistemische Autorität bedeutet vereinfacht: jmd., der etwas besser weiß oder versteht, bzw.: Autorität des Wissenden; Anm. d. Red.).

So stellen beispielsweise Wissenschaftler, Diplomaten, Geheimdienstmitarbeiter und verschiedene Staats- und Unternehmensmitarbeiter verschiedene offizielle Darstellungen in Frage. Infragestellungen kommen auch von Fachleuten mit einschlägigem Fachwissen aus Bereichen wie der Medizin, Architektur, dem Ingenieurwesen, der Pharmazie und einer Reihe anderer. Hervorzuheben sind auch die Journalisten, die zuvor in den großen Medienorganisationen tätig waren und feststellen mussten, dass sie ihre berufliche Integrität nur bewahren konnten, indem sie unabhängig wurden [1]. Wenn zu einer Gruppe von Personen, die sich unabhängig beraten, beispielsweise ein ehemaliger Chef der Streitkräfte eines Landes, ein UN-Waffeninspektor, ein hochrangiger Diplomat, ein Geheimdienstler, ein weltweit führender Experte für internationale Beziehungen und ein erfahrener Kriegsberichterstatter gehören, sind die

Erkenntnisse, die sie über außenpolitisch relevante Situationen gewinnen, möglicherweise nicht weniger fundiert als die der offiziellen Berichterstattung [2]. Tatsächlich können sie aufgrund ihrer Freiheit von institutionellen Zwängen für die Öffentlichkeit zuverlässiger sein als die offizielle Berichterstattung.

Wenn ernsthafte Anfechtungen offizieller Berichte in den letzten Jahren häufiger geworden sind, dann liegt das wahrscheinlich zum großen Teil daran, dass die Mainstream-Medien die Stimmen von Experten ausgeschlossen haben, die ihre berufliche Integrität und Unabhängigkeit trotz zuweilen erheblicher Anfeindungen bewahrt, sowie ihre Anfechtungen offizieller Berichte auch weiterhin artikuliert haben. Aufmerksame Mitglieder der Öffentlichkeit bemerken dies – ebenso wie sie es bemerken, wenn der Staat mit aller Gewalt gegen diejenigen vorgeht, die seine Lügen und Missstände ans Licht bringen. Und das nicht nur in so prominenten Fällen wie Edward Snowden, Chelsea Manning, Katharine Gun oder Julian Assange.

Ein Teil der offiziellen Meta-Geschichte ist derzeit, das Internet und die sozialen Medien würden von gezielten Desinformationen überflutet, welche die Menschen in die Irre führen und verwirren. Aus einer anderen Perspektive könnte man jedoch sehen, dass die Bürger dank der digitalen Kommunikation auf Argumente anderer Experten aufmerksam werden können, die von den Verfechtern einer „offiziellen Geschichte“ unterdrückt werden. Ein Beispiel wären die Autoren der „Great Barrington Declaration“ (GBD) (2020), die sich für einen Ansatz zum Umgang mit der Covid-Situation aussprechen, der als „gezielter Schutz“ anstelle des offiziell propagierten Lockdown-Ansatzes bezeichnet wird. Laien sind vielleicht nicht in der Lage, aus erster Hand zwischen den Empfehlungen der GBD und dem John-Snow-Memorandum (2020) zu unterscheiden, welches Lockdowns befürwortete. Aber sie können genug verstehen, um zu wissen, dass letzteres keinen so unproblematischen Konsens darstellt, dass es rational wäre, ihm einfach zu folgen. Die Öffentlichkeit kann die Vertrauenswürdigkeit von Expertenwissen und offiziellen Berichten auch ohne ein hohes Maß an technischem Wissen beurteilen, wie Wissenschaftler gezeigt haben (Yearley 2005; Hess 2012).

Die Menschen verstehen, dass der Grund für die Unterdrückung einer Meinung – statt sie offen anzusprechen und zu widerlegen – darin liegen könnte, dass sie nicht widerlegt werden kann. Wenn eine aufmerksame Öffentlichkeit beobachtet, dass abweichende Meinungen einfach als unzulässig behandelt werden – und vor allem, wenn diejenigen, die sie

formulieren, verleumdet oder zensiert werden – dann schwindet das Vertrauen der Öffentlichkeit in die orthodoxe Meinung entsprechend.

Spannung im Herzen einer offiziellen Geschichte

Wenn die Behauptung, dass die Autorität einer offiziellen Geschichte auf einem Expertenkonsens beruht, fragwürdig sein kann, so ist um so sicherer, dass eine offizielle Geschichte mit der Art von Autorität durchgesetzt wird, die mit Macht einhergeht. Es kann sein, dass sich die Menschen nicht deshalb einer offiziellen Geschichte anschließen, weil sie sie unbedingt für glaubwürdig halten, sondern aus dem vorsichtigen Bestreben heraus, die Kosten einer abweichenden Meinung zu vermeiden. Die Machthaber können auch breitere Kommunikationsmedien dazu veranlassen, sich an die Erzählung zu halten. Dieser Unterschied zwischen erkenntnistheoretisch erworbener Autorität und politisch erklärter Autorität ist ein Spannungsverhältnis, das den offiziellen Geschichten zugrunde liegt. Es zu verstehen hilft bei der Erklärung, warum wir viele journalistische und wissenschaftliche Studien über die vermeintlichen Pathologien dissidenter Bürger finden und eher wenige Gedanken über die tatsächliche Natur der Autorität offizieller Geschichten.

Heute gibt es eine Fülle von Studien über „Desinformation“ im Internet, die Verbindungsnetze im Cyberspace nachzeichnen und versuchen, einflussreiche abweichende Konten in sozialen Medien in Verbindung mit Bots und Trollen zu bringen, die von bösartigen Akteuren stammen. Es wird behauptet, diese Kommunikation würde strategisch betrieben. Das heißt, sie würden darauf abzielen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, eine im Voraus festgelegte Geschichte zu akzeptieren, anstatt den Menschen die Möglichkeit zu geben, durch offene Beratungen zu entscheiden, welche Geschichte am glaubwürdigsten ist.

Doch genau das ist es, was die Verbreiter der offiziellen Geschichten selbst tun. Unabhängig davon, ob der Inhalt einer bestimmten offiziellen Geschichte verlässlich ist oder nicht, ist die Form einer offiziellen Geschichte – aufgrund der Erfüllung ihrer offiziellen Funktion – die einer strategischen Kommunikation. Als offizielle Mitteilung wird sie nicht zur Diskussion gestellt, sondern soll von der Öffentlichkeit akzeptiert werden. Sie wird nicht einer öffentlichen Prüfung mit impliziter Aufforderung zu kritischem Feedback unterzogen. Sie steht nicht zur Diskussion. Sie wird nicht kommuniziert, um die Debatte voranzutreiben, sondern um sie zu beenden.

Das ist die einer offiziellen Geschichte innewohnende Spannung: Ihre Annahme der epistemischen Autorität hängt von der impliziten Behauptung ab, dass sie durch vernunftbasierte Diskussionen gestützt werden kann, aber die Verkündung einer offiziellen Geschichte als feste Meinung schränkt einen solchen Prozess ein.

Was dies in der Praxis bedeutet, wurde beispielsweise im Zusammenhang mit der Covid-Reaktion der britischen Regierung deutlich. Diese zielte erklärtermaßen darauf ab, „der Wissenschaft zu folgen“ (Stevens 2020). Dieser Begriff kann immer nur „eine irreführende Übervereinfachung“ dessen sein, was es bedeutet, die Politik auf die Wissenschaft zu stützen (Abbasi 2020). Und als die Minister der britischen Regierung behaupteten, sich „von der Wissenschaft leiten zu lassen“, bedeutete das in der Praxis, dass sie sich von ihren Wissenschaftlern leiten ließen: „Die Minister bauten enge Beziehungen zu wichtigen wissenschaftlichen Beratern auf, verließen sich auf die Erkenntnisse ihrer Scientific Advisory Group for Emergencies (SAGE) und ignorierten oder schlossen viele andere Quellen aus.“ (Cairney 2021) So wurde eine Politik der öffentlichen Kommunikation auf der Grundlage einer selektiven Interpretation wissenschaftlicher Erkenntnisse beschlossen. Mehr noch: Anstelle von Vorsicht angesichts von Ungewissheit beinhaltete eine Politik der robusten Förderung einer bestimmten Ansicht den Einsatz von psychologischen Operationen, wie man sie normalerweise eher mit Kriegsanstrengungen als mit öffentlicher Gesundheitsberatung in Verbindung bringt (Sidley 2021, 2022).

Leider kann, wie dieses Beispiel ebenfalls gezeigt hat, die Verteidigung einer offiziellen Geschichte gegen Kritik auch Gegenmaßnahmen beinhalten, die darauf abzielen, Andersdenkende zu verleumden und zu diskreditieren. Dies ist nie ein erbaulicher Ansatz. Und besonders beunruhigend, wenn es darum geht, ernsthafte Kritiker zu diskreditieren, die selbst einen glaubwürdigen Anspruch auf epistemische Autorität haben. Dies wurde im Fall der herausragenden Wissenschaftler deutlich, welche die „Great Barrington Declaration“ unterzeichneten. Sie wurden nicht nur in den Medien, sondern auch von anderen Akademikern verunglimpft, weil sie auf bestimmte etablierte Grundsätze der Epidemiologie hinwiesen – einschließlich derer, die in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten der Pandemie-Vorsorgeplanung entwickelt wurden -, die von den politischen Entscheidungsträgern auf der Grundlage von Modellrechnungen zugunsten einer „Null-Covid“-Strategie überstimmt und außer Kraft gesetzt wurden (Ioannidis 2022). Diese Verunglimpfung beinhaltete nicht nur offene Verleumdungen, sondern auch etwas Heimtückischeres: Nämlich die präventive Ablehnung ihrer Ansichten. Ungeachtet ihrer tadellosen akademischen Laufbahn, die als zu weit „jenseits der Norm“ bezeichnet wurde, um ernsthaft in Betracht gezogen zu werden (HART 2022).

Diese Situation hat gezeigt, dass die anderen Institutionen der Zivilgesellschaft, einschließlich der Medien und der Wissenschaft – von denen die offizielle Meta-Geschichte behauptet, dass sie eine kritische Prüfung vornehmen – in Wirklichkeit einfach die offizielle strategische Kommunikation verstärken können. So können die Organisationen, die wir laut Levy als Garanten für die Autoren offizieller Narrative in Anspruch nehmen sollten, es in Wirklichkeit als ihre Aufgabe ansehen, die offizielle Geschichte zu fördern und zu verteidigen, anstatt sie zu hinterfragen. Die öffentliche Wahrnehmung, dass dies der Fall ist, geht mit einem Mangel an Vertrauen in die Medien und Institutionen im Allgemeinen einher. Die offizielle Meta-Geschichte macht „Verschwörungstheoretiker“ und andere kritische Fragesteller für dieses mangelnde Vertrauen verantwortlich. Aber vielleicht ist das eine Verdrehung.

Publiziert auf Free21 am 08.02.2023, 6:00 Uhr

Zusammenfassung

Vertrauen ist etwas, das gewonnen werden muss. Und wenn es verraten wird, kann es verloren gehen. Wenn das Vertrauen der Öffentlichkeit in offizielle Berichte schwindet, versucht die offizielle Meta-Geschichte, dies auf „Verschwörungstheoretiker“ und andere „störende Einflüsse“ zu schieben. Vielleicht würde eine glaubwürdigere Geschichte über offizielle Narrative auch ernsthafte Überlegungen darüber beinhalten, wie sie transparenter und vertrauenswürdiger gemacht werden könnten.

In der Zwischenzeit ist es vernünftig, vorzuschlagen, dass jede ernsthafte Anfechtung einer offiziellen Geschichte auf der Grundlage ihrer Seriosität hin geprüft werden sollte. Das bedeutet nicht, dass man sich von extravaganten gegenteiligen Hypothesen beeinflussen lassen sollte, denn diese sollten mit noch größerer Vorsicht behandelt und, falls angebracht, summarisch zurückgewiesen werden. Es bedeutet vielmehr, sich der Tatsache bewusst zu sein, dass die Vermutung zugunsten der offiziellen Geschichten zwangsläufig widerlegbar ist. Das ist nicht nur der Fall, weil sich jede Geschichte als falsch erweisen kann, selbst wenn sie in gutem Glauben erzählt wurde. Sondern auch, weil wir wissen, dass jede Organisation mit politischer Autorität zuweilen unter politischen Druck geraten kann, der unter bestimmten Umständen die Skrupel der Ehrlichkeit überwiegt.

Quellen:

[1] Cambridge University, "Radically Socialized Knowledge and Conspiracy Theories" *<https://www.cambridge.org/core/journals/episteme/article/abs/radically-socialized-knowledge-and-conspiracy-theories/C20FFA7670B-3815F3AA9D0482DB24EB0>*

[2] Springer.com, "Do your own research!" von Neil Levy vom 20.08.2022 *<https://link.springer.com/article/10.1007/s11229-022-03793-w>*

[3] The University of Edinburgh, Bezahlschranke. *<https://www.ease.ed.ac.uk/cosign.cgi?cosign-eucsCosign-secure.ezproxy.is.ed.ac.uk&https://secure.ezproxy.is.ed.ac.uk/index.php/?url=ezp.2aHR0cHM6Ly93d3cuY2FtYnJpZGdlLm9yZy9jb3JlL2pvdXJuYWxzL3BlcnNwZWN0aXZlcy1vbi1wb2xpdGljcy9hcnRpY2xlL2NvdmlkMTktYW5kLXRoZS1wYXJhZG94LW9mLXNjaWVudGlmaWMtYWR2aWNlLzM2MDUzRDdEQTlBN0RBRDk1NUZGM0M3MURDODI0NDk4>*

[4] Amazon.com, Buch "Unmasked: The Global Failure of COVID Mask Mandates" von Ian Miller *<https://www.amazon.com/dp/1637583761>*

[5] The Spectator, "The lockdown files: Rishi Sunak on what we weren't told" von Fraser Nelson am 27.08.2022 *<https://www.spectator.co.uk/article/the-lockdown-files-rishi-sunak-on-what-we-werent-told/>*

[6] Working Group on Syria, Propaganda and Media *<https://syriapropagandamedia.org/>*

[7] OPCW - Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons, "Director-General's Statement on the Report of the Investigation into Possible Breaches of Confidentiality" am 06.02.2020 *<https://www.opcw.org/sites/default/files/documents/2020/02/OPCW%20Director-General%E2%80%99s%20Statement%20on%20the%20Report%20of%20the%20Investigation%20into%20Possible%20Breaches%20of%20Confidentiality.pdf>*

[8] Frontiers In - Political Science, "The UK Government's COVID-19 Policy: What Does "Guided by the Science" Mean in Practice?" von Paul Cairney *<https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpos.2021.624068/full>*

Der Krieg um die **Elektrizität**

Die derzeitige russische Taktik ist das absolute Gegenteil der von Napoleon entwickelten Militärtheorie der konzentrierten Kraft, **schreibt Pepe Escobar.**

Die Schritte hallen
in der Erinnerung nach.
Den Weg hinab,
den wir nicht genommen haben.
Zu der Tür,
die wir nie öffneten,
in den Rosengarten.
Meine Worte hallen
in deinem Geist.
Doch wozu den Staub
auf einer Schale mit Rosenblättern
aufwirbeln?
Ich weiß es nicht.
T.S. Eliot, „Burnt Norton“

(Symbolbild, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

Autor: Pepe Escobar

Jahrgang 1954, ist brasilianischer Investigativjournalist, geo-politischer Analytiker und Chefkorrespondent der in Hongkong ansässigen Asia Times. Er berichtet seit 1985 als Auslandskorrespondent aus vielen Teilen der Welt und lebte in London, Paris, Mailand, Los Angeles, Washington, Bangkok und Hong Kong. Er ist außerdem ständiger Mitarbeiter von Global Research und veröffentlichte im Jahr 2015 sein Buch „2030“.

Dieser Text wurde zuerst am 23.11.2022 auf www.strategic-culture.org unter der URL ‹https://strategic-culture.org/news/2022/11/23/electric-war/› veröffentlicht. Pepe Escobar, Strategic Culture, CC BY-NC-ND 4.0

Widmen Sie dem polnischen Landwirt einen Gedanken, der Fotos von einem Raketenwrack machte – das sich später als Teil einer ukrainischen S-300 herausstellte. Ein polnischer Bauer, dessen Schritte in unserer kollektiven Erinnerung nachhallen, könnte also die Welt vor dem Dritten Weltkrieg gerettet haben – der durch ein geschmackloses Komplott der anglo-amerikanischen „Geheimdienste“ ausgelöst werden sollte.

Zu dieser Geschmacklosigkeit gesellte sich eine lächerliche Vertuschung: Die Ukrainer feuerten auf russische Raketen, die aus dieser Richtung gar nicht kommen konnten. Nämlich aus: Polen. Und dann verurteilte der US-Verteidigungsminister, der Waffenhändler Lloyd „Raytheon“ Austin, Russland als Schuldigen, weil seine Kiewer Vasallen auf russische Raketen schossen, die gar nicht in der Luft hätten sein dürfen (und es auch nicht waren).

Nennen wir es einfach die Erhebung glatter Lügen zur schäbigen Kunst durch das Pentagon. Es war der anglo-amerikanische Zweck dieser Machenschaft, eine „Weltkrise“ gegen Russland zu erzeugen. Doch es wurde aufgedeckt – dieses Mal. Das heißt aber nicht, dass die üblichen Verdächtigen es nicht wieder versuchen werden. Bald.

Der Hauptgrund ist Panik. Die kollektiven Geheimdienste des Westens sehen, wie Moskau endlich seine Armee mobilisiert – bereit, im nächsten Monat loszuschlagen – und gleichzeitig die ukrainische Elektrizitätsinfrastruktur als eine Art der chinesischen Folter ausschaltet.

Die Tage im Februar, als nur 100.000 Soldaten entsandt wurden und die Milizen der DVR und der LPR sowie die Wagner-Kommandos und die Tschetschenen von Kadyrow den Großteil der schweren Arbeit erledigten, sind längst vorbei. Den Russen und Russophonen

Publiziert auf Free21 am 30.12.2022, 6:00 Uhr

Die Schwarzmeerküste bei Tschornomorsk südlich von Odessa am 27.9.2014. (Foto: Julian Nyča, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-4.0)

standen insgesamt Horden von ukrainischen Militärs gegenüber – vielleicht bis zu 1 Million. Das „Wunder" an der ganzen Sache ist, dass die Russen sich bis jetzt ganz gut geschlagen haben.

Jeder Militäranalytiker kennt die Grundregel: Eine Invasionsstreitmacht sollte dreimal so groß sein wie die Verteidigungskräfte. Zu Beginn der Sonderoperation bildete die russische Armee nur einen Bruchteil dieser Regel ab. Die russischen Streitkräfte verfügen wohl über ein stehendes Heer von 1,3 Millionen Mann. Sicherlich hätten sie ein paar Zehntausend mehr als die anfänglichen 100.000 Mann entbehren können. Aber sie taten es nicht. Es war eine politische Entscheidung.

Aber jetzt ist die Sonderoperation vorbei: Jetzt befinden wir uns auf CTO-Gebiet (Counter-Terrorist Operation). Eine Reihe von Terroranschlägen – auf die Nord Stream-Pipelines, die Krim-Brücke und die Schwarzmeerflotte – hat schließlich gezeigt, dass es nicht bei einer bloßen „Militäroperation" bleiben kann. Und das bringt uns zum Elektrizitätskrieg.

Den Weg für eine demilitarisierte Zone ebnen

Der Elektrizitätskrieg wird im Wesentlichen als Taktik gehandhabt – die dazu führen soll, dass Russland in einem möglichen Waffenstillstand seine Bedingungen durchsetzt (was weder die anglo-amerikanischen Geheimdienste noch die Vasallen-NATO wollen).

Selbst wenn es zu einem Waffenstillstand käme – was seit einigen Wochen immer wieder vorgebracht wird –, wäre der Krieg damit nicht beendet. Denn die tieferliegenden, unausgesprochenen russischen Bedingungen – Beendigung der NATO-Erweiterung und „Unteilbarkeit der Sicherheit" – wurden sowohl Washington als auch Brüssel im vergangenen Dezember vollständig dargelegt und anschließend abgewiesen.

Da sich seither konzeptionell nichts geändert hat und die westliche Bewaffnung der Ukraine immer weiter voranschreitet, konnte die Stavka der Putin-Ära nicht umhin, das ursprüngliche Mandat der militärischen Sonderoperation [1] zu erweitern, das nach wie vor die Entnazifizierung und Entmilitarisierung vorsieht. Doch nun wird das Mandat auch Kiew und Lemberg umfassen müssen.

Und das fängt schon bei der aktuellen De-Elektrifizierungskampagne an, die weit über den Osten des Dnjepr und entlang der Schwarzmeerküste bis nach Odessa reicht.

Damit sind wir bei der Schlüsselfrage der Reichweite und Tiefe des Elektrizitätskrieges angelangt, d.h. bei der Errichtung einer demilitarisierten Zone westlich des Dnjepr – komplett mit Niemandsland –, um russische Gebiete vor NATO-Artillerie, HIMARS und Raketenangriffen zu schützen.

Wie tief? 100 km? Nicht genug. Eher 300 km – denn Kiew hat bereits Artillerie mit dieser Reichweite angefordert. Entscheidend ist, dass dies bereits im Juli in Moskau auf höchster Stavka-Ebene ausführlich diskutiert wurde.

In einem ausführlichen Interview vom Juli ließ Außenminister Sergej Lawrow die Katze – diplomatisch – aus dem Sack: „Dieser Prozess geht beharrlich und konsequent weiter. Er wird so lange weitergehen, wie der Westen in seiner ohnmächtigen Wut und im verzweifelten Bestreben, die Situation so weit wie möglich zu verschlimmern, die Ukraine mit immer mehr Langstreckenwaffen überschwemmt. Nehmen Sie die HIMARS. Verteidigungsminister Alexej Reznikow brüstet sich damit, dass sie bereits Munition mit einer Reichweite von 300 Kilometern erhalten haben. Das bedeutet, dass sich unsere geografischen Ziele noch weiter von der jetzigen Linie entfernen werden. Wir können nicht zulassen, dass der Teil der Ukraine, den Wladimir Selenskyj – oder wer auch immer ihn ersetzen wird – kontrolliert, über Waffen verfügt, die eine direkte Bedrohung für unser Territorium oder für die Republiken darstellen, die ihre Unabhängigkeit erklärt haben und ihre Zukunft selbst bestimmen wollen." [2]

Menahem Begin und Zbigniew Brzezinski spielen während des Camp-David-Gipfels Schach, am 9.9.1978 (Foto: Fotografen des Weissen Hauses, National Archives Catalog, public domain CC0)

Die Implikationen sind klar. So sehr Washington und die NATO auch immer „verzweifelter versuchen, die Situation so weit wie möglich zu verschlimmern“ (und das ist Plan A: es gibt keinen Plan B), so sehr verschärfen die Amerikaner auf geoökonomischer Ebene das „neue große Spiel“: Verzweiflung bezieht sich hier auf den Versuch, die Energiekorridore zu kontrollieren und deren Preis zu bestimmen.

Russland bleibt davon unbeeindruckt – es investiert weiter in Pipelineistan (in Richtung Asien), baut den multimodalen Internationalen Nord-Süd-Transportkorridor (INTSC) mit den wichtigsten Partnern Indien und Iran aus und bestimmt den Energiepreis über die OPEC+.

Ein Paradies für oligarchische Plünderer

Die Straussianer/Neokonservativen und Neoliberalen, die den anglo-amerikanischen Geheimdienst- und Sicherheitsapparat durchdringen – de facto waffenfähige Viren – werden nicht nachgeben. Sie können es sich einfach nicht leisten, noch einen weiteren NATO-Krieg zu verlieren – und dann auch noch gegen die „existenzielle Bedrohung“ Russland [Mit „Straussianern“ meint Escobar Anhänger der politischen Philosophie von Leo Strauss, der von Neocons als „Vater“ ihrer Ideologie betrachtet wird. Er geriet aufgrund seiner politischen Instrumentalisierung von Platons Konzept der „Edlen Lüge“ in die Kritik, der zufolge Eliten das Recht hätten, die von ihnen regierten Massen zu belügen, wenn es einem höheren Ziel dient, das nur sie aufgrund ihres überlegenen Intellekts und ihrer historischen Führungsrolle zu erkennen imstande seien, Anm. d. Redaktion].

Während die Nachrichten von den Schlachtfeldern in der Ukraine unter General Winter noch düsterer zu werden versprechen, lässt sich zumindest im kulturellen Bereich ein Trost finden. Das Getöse vom „Grünen Übergang“, serviert in einem giftigen gemischten Salat gewürzt mit dem eugenischen Silicon-Valley-Ethos, ist nach wie vor eine Beilage zum Hauptgericht: der „Großen Erzählung“ von Davos, dem früheren „Great Reset“, der auf dem G20-Gipfel auf Bali wieder einmal sein hässliches Gesicht zeigte.

Das heißt so viel wie: Alles läuft bestens, was das Projekt der Zerstörung Europas betrifft. Deindustrialisieren und glücklich sein; Regenbogentanz zu jeder woken Melodie auf dem Markt; und frieren und Holz verbrennen, während man „erneuerbare Energien“ auf dem Altar der europäischen Werte segnet.

Um den Kontext zu verdeutlichen, in dem wir uns befinden, ist eine kurze Rückblende immer hilfreich.

Die Ukraine war fast vier Jahrhunderte lang Teil Russlands. Die Idee der Unabhängigkeit wurde in Österreich während des Ersten Weltkriegs erfunden, um die russische Armee zu untergraben – und das ist sicherlich auch geschehen. Die gegenwärtige „Unabhängigkeit“ wurde erst geschaffen, damit lokale trotzkistische Oligarchen das Land noch schnell ausplündern konnten, während eine mit Russland verbündete Regierung gerade im Begriff war, gegen genau diese Oligarchen vorzugehen.

Der Staatsstreich in Kiew 2014 wurde im Wesentlichen von Zbigniew „Grand Chessboard“ Brzezinski eingefädelt, um Russland in einen neuen Partisanenkrieg – wie in Afghanistan – hineinzuziehen, und es folgten Befehle an die Öl-Haziendas am Golf, den Ölpreis zu drücken. Moskau musste die Russophonen auf der Krim und im Donbass schützen – und das führte zu weiteren westlichen Sanktionen. Es war alles ein abgekartetes Spiel.

Acht Jahre lang weigerte sich Moskau, seine Armeen auch nur in den Donbass östlich des Dnjepr zu entsenden (der historisch gesehen zu Mütterchen Russland gehört). Der Grund: Man wollte nicht in einen weiteren Partisanenkrieg verwickelt werden. Der Rest der Ukraine wurde unterdessen von den vom Westen unterstützten Oligarchen ausgeplündert und versank finanziell in einem schwarzen Loch.

Publiziert auf Free21 am 30.12.2022, 6:00 Uhr

Der kollektive Westen hat sich absichtlich gegen die Finanzierung dieses schwarzen Lochs entschieden. Der Großteil der IWF-Spritzen wurde von den Oligarchen einfach gestohlen und die Beute aus dem Land geschafft. Diese oligarchischen Plünderer wurden natürlich von den üblichen Verdächtigen „geschützt".

Es ist immer wichtig, sich daran zu erinnern, dass zwischen 1991 und 1999 das Äquivalent des gegenwärtigen gesamten Haushaltsvermögens Russlands gestohlen und ins Ausland transferiert wurde – hauptsächlich nach London. Jetzt versuchen dieselben üblichen Verdächtigen, Russland mit Sanktionen zu ruinieren, da der „neue Hitler" Putin diese Plünderung gestoppt hat.

Der Unterschied ist, dass der Plan, die Ukraine nur als Bauernopfer in ihrem Spiel zu benutzen, nicht funktioniert. Vor Ort kam es bisher hauptsächlich zu Scharmützeln und einigen wenigen echten Gefechten. Da Moskau jedoch neue Truppen für eine Winteroffensive zusammengezogen hat, könnte die ukrainische Armee am Ende völlig aufgerieben werden.

Russland sah gar nicht so schlecht aus, wenn man die Effektivität seiner Fleischwolf-Artillerie gegen befestigte ukrainische Stellungen und die jüngsten geplanten Rückzüge oder Stellungskriege bedenkt, bei denen die Verluste geringgehalten wurden, während die schwindende ukrainische Feuerkraft vernichtend geschlagen wurde.

Der kollektive Westen glaubt, dass er die Karte des ukrainischen Stellvertreterkriegs in der Hand hält. Russland setzt auf die Realität, in der die wirtschaftlichen Karten Lebensmittel, Energie, Ressourcen, Ressourcensicherheit und eine stabile Wirtschaft sind.

In der Zwischenzeit – als ob die Energiesuizid-EU nicht eh schon mit einer Pyramide von Qualen konfrontiert wäre – können sie sicher sein, dass mindestens 15 Millionen verzweifelte Ukrainer, die aus ihren Dörfern und Städten ohne Stromanschluss fliehen, an ihre Tür klopfen werden. Der Bahnhof im – vorübergehend besetzten – Cherson ist ein anschauliches Beispiel: Ständig tauchen Menschen auf, um sich aufzuwärmen und ihre Smartphones aufzuladen. Die Stadt hat keinen Strom, keine Heizung und kein Wasser.

Die derzeitige russische Taktik ist das absolute Gegenteil der von Napoleon entwickelten Militärtheorie der konzentrierten Kraft. Deshalb häuft Russland ernsthafte Vorteile an, während es „den Staub auf einer Schale mit Rosenblättern aufwirbelt". Und natürlich „haben wir noch gar nicht richtig angefangen".

Quellen:

[1] http://johnhelmer.org Blog, John Helmer „THE STAVKA MEMORANDUM: RUSSIA MEANS MILITARY POWER PLUS DISELECTRIFICATION OF THE UKRAINE ("STORMY AND PROLONGED APPLAUSE")" („DAS STAVKA-MEMORANDUM: RUSSLAND BEDEUTET MILITÄRMACHT PLUS DISELEKTRIFIZIERUNG DER UKRAINE („STURMISCHER UND LANGFRISTIGER BEIFALL")", am 20.11.2022: *<http://johnhelmer.org/the-stavka-memorandum-russia-means-military-power-plus-diselectrification-of-the-ukraine-stormy-and-prolonged-applause/#more-70284>*

[2] Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland Homepage „Foreign Minister Sergey Lavrov's interview with RT television, Sputnik agency and Rossiya Segodnya International Information Agency, Moscow" („Interview von Außenminister Sergej Lawrow mit dem Fernsehsender RT, der Agentur Sputnik und der Internationalen Informationsagentur Rossiya Segodnya, Moskau"), am 20.7.2022: *<https://russische-botschaft.ru/de/2022/07/21/foreign-minister-sergey-lavrovs-interview-with-rt-television-sputnik-agency-and-rossiya-segodnya-international-information-agency-moscow-july-20-2022/>*

(Symbolbild: Tim Reckmann, ccnull.de, CC-BY 2.0)

Hartz IV geht, das Bürgergeld kommt – **die Notlagen bleiben**

Von der hohen Kunst, die Vereinbarkeit von Existenzsicherung und Zwang zur Arbeit zukunftsweisend und respektvoll zu gestalten.

Autor: Suitbert Cechura

Prof. Dr. Suitbert Cechura lehrte Soziale Arbeit im Bereich Gesundheitswesen/Sozialmedizin. Buchveröffentlichung u.a.: Unsere Gesellschaft macht krank, Tectum Verlag, Baden-Baden 2018.

Dieser Text wurde zuerst am 01.12.2022 auf www.untergrund-blättle.ch unter der URL ‹https://www.xn--untergrund-blttle-2qb.ch/politik/deutschland/hartz-iv-geht-das-buergergeld-kommt-die-notlagen-bleiben-7383.html› veröffentlicht. Lizenz: Suitbert Cechura, UntergrundBlättle, CC BY-NC-ND 4.0

Die Bundesregierung kündigte ein großes Projekt an, ein Herzensanliegen der Sozialdemokratie: „Aus der Grundsicherung soll ein modernes Bürgergeld werden. Die staatliche Hilfe soll bürgernäher, unbürokratischer und zielgerichteter sein [1].“ Der Bürger sollte sich freuen: In Zeiten, in denen die Zunahme sozialer Not allenthalben beschworen wird, handelt die Regierung! Und so verabschiedete der Bundestag mit der Mehrheit der Koalition den Gesetzentwurf zum Bürgergeld (siehe Entwurf eines Zwölften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze – Einführung eines Bürgergeldes; daraus, so weit nicht anders vermerkt, die weiteren Zitate).

Nachdem es im Bundesrat keine Mehrheit fand, weil sich die CDU/CSU-regierten Länder weitgehend enthielten, stand der Kompromiss des Vermittlungsausschusses zur endgültigen Verabschiedung im Parlament an. Die ist nun erfolgt und Arbeitsminister Heil (SPD) meldet den Erfolg: „Wir lassen heute Hartz IV hinter uns und schaffen ein neues System." (SZ, 25.11.22)

Ein demokratischer Konsens

Die CDU hatte vor der Einigung im Vermittlungsausschuss noch befürchtet, dass das „Bürgergeld Anreiz zum Arbeiten mindert [2]“. Ohne ein Sanktionsregime, das den Beziehern wehtut, wollte die christliche Partei der Modernisierung des Grundsicherungsbetriebs keine Chance geben. Damit lag sie ganz auf Linie mit der AfD, die auch keine Schmarotzer an der Volksgemeinschaft mag. Diese beschwört die Gefahr, dass die „hart arbeitenden Bürger … von ihren Steuern

Publiziert auf Free21 am 05.01.2023, 6:00 Uhr

künftig bis zu zwei Jahren lang den Müßiggang Einzelner finanzieren (sollen), die weder kooperieren noch ihre Vermögensverhältnisse [3] offenlegen müssen." Schon im Vorfeld des Vermittlungsausschusses hatten sich Regierung und CDU auf einen Kompromiss geeinigt, sodass der Vermittlungsausschuss nur eineinhalb Stunden dauerte und die Welt der Elendsverwaltung plötzlich ganz anders aussieht. Die SPD entdeckt bei bleibenden Sanktionen einen „System- und Kulturwandel [4]", „CDU-Chef Friedrich Merz sprach nach dem Beschluss im Vermittlungsausschuss ebenfalls von einem guten Kompromiss [5]."

Die Linke hält das Gesetz für unzureichend und eher für eine Um-Etikettierung von Hartz IV. Diesen Versuch der SPD, das Image als Partei der „sozialen Kälte" abzustreifen, lässt sie nicht durchgehen;

eine Partei, die sich um die Armen kümmert, muss mehr Herz zeigen [6].

Bei dem öffentlich inszenierten Streit geriet etwas in den Hintergrund, worum es in der Sache geht und was sich durch den Kompromiss real geändert hat. Die ausführlichen Begründungen des Gesetzesentwurfs und auch die Dokumente des Vermittlungsausschusses geben aber Auskunft darüber, wie sich die Regierung zur Armut im Land ins Verhältnis setzt.

Die Problemlage: Not durch Lohnarbeit

Mit dem Entwurf wird das Zweite Buch SGB verändert. Das Sozialgesetzbuch (SGB) umfasst inzwischen 13 Bücher und dokumentiert allein schon mit seinem Umfang, dass das Leben in Deutschland umfangreicher staatlicher Interventionen bedarf, damit die Bürger über die Runden kommen können. Das Leben im Kapitalismus scheint also keine einfache Angelegenheit zu sein, wenn es für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Unfall, Behinderung oder Pflege und allerlei sonstige Notlagen Unterstützungsleistungen braucht, damit das schiere Überleben gelingt. Sozialpolitik in Deutschland ist eben als Erstes ein Armutszeugnis über die materielle Lebenslage der Lohnabhängigen, wie es in der Studie „Der soziale Staat [7]" von Dillmann/Schiffer-Nasserie detailliert ausgeführt wird.

Begründet wird der Handlungsbedarf zur Reform des SGB II mit der Problemstellung des Gesetzes: „Im August 2022 erhalten rund 5,4 Millionen Menschen in Deutschland Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende. In den 405 Jobcentern werden erwerbsfähige und nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte in ganz unterschiedlichen Lebenslagen beraten und gefördert. Dazu gehören Langleistungsbeziehende, Alleinerziehende, Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Geflüchtete, aber auch Beschäftigte und Menschen, die vorübergehend hilfebedürftig sind. Die Jobcenter unterstützen zielgerichtet die rund 3,8 Millionen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei der Arbeits- und Ausbildungsmarktintegration."

Protest - "Hartz 4 macht nackig", 2009 (Foto: Wikipedia User "High Contrast", Wikimedia Commons, CC-BY-3.0-DE)

Die Leistung für Millionen Menschen, die in der Begründung des Gesetzes angesprochen wird, betrifft Arbeitssuchende. Damit ist klargestellt, warum diese Menschen hilfsbedürftig sind: Sie sind darauf angewiesen, dass sie jemanden finden, der sie als Arbeitskraft benutzen will, weil sich deren Anwendung für ihn lohnt. Es handelt sich also um Menschen, die über nichts verfügen als über sich selbst, was oft als die Freiheit der Person gefeiert wird, im Klartext aber heißt: Sie sind darauf angewiesen, sich als Arbeitskraft zu verkaufen, damit sie an das Geld fürs Lebensnotwendige gelangen.

Not wegen fehlender Arbeit

Auch wenn gern über Fachkräftemangel geklagt wird, bleibt es dabei, dass viele Menschen als unbrauchbar aussortiert sind. Bei „Langleistungsbeziehenden" spricht allein schon die Tatsache gegen sie, dass sich lange Zeit kein Arbeitgeber gefunden hat, der sie beschäftigen will. Alleinerziehende stehen wegen der Kindererziehung nur begrenzt für ihre Benutzung als Arbeitskraft zur Verfügung und das auch nicht immer auf Abruf, also fallen sie ebenfalls aus dem Arbeitsmarkt raus. Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss haben sich nicht in ausreichendem Umfang für die Benutzung als Arbeitskraft hergerichtet, ihnen fehlen nicht nur die grundlegenden Kenntnisse, die es an modernen Arbeitsplätzen braucht, sondern oft auch die entsprechende Moral, sich der Arbeitsdisziplin zu unterwerfen. Also ist ihre Unbrauchbarkeit als Arbeitskraft Fakt. Als Lohnarbeiter braucht man zudem eine stabile Physis wie Psyche, um den Anforderungen der Arbeitgeber gerecht zu werden. Wer darüber nicht verfügt, ist schnell aussortiert.

Mit seiner Außen- und Wirtschaftspolitik hat Deutschland im Verbund mit EU und „freiem Westen" einiges für die Ruinierung anderer Staaten getan, auch mit seinen Waffenlieferungen für Kriege gesorgt, sodass der Strom der Flüchtlinge nicht versiegt. Diesen Menschen fehlen nicht nur die entsprechenden Sprachkenntnisse. Sie brauchen Orientierung bei rechtlichen Regelungen und kulturellen Gewohnheiten, um sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden und die Arbeitsdisziplin zu entwickeln, die den meisten deutschen Bürgern durchs Ausbildungswesen zur zweiten Natur geworden ist. Hinzu kommen die vielen Beschäftigten, die im Niedriglohnsektor arbeiten und von ihrem Lohn nicht leben können, deshalb als „Aufstocker" firmieren.

Die Leistungen, die der Sozialstaat erbringt, zielen nicht darauf, diesen Menschen das Leben angenehm, sondern sie selber wieder tauglich zu machen, nämlich für besagte Benutzung. Wer von seiner Arbeitskraft leben muss, steht also in einer doppelten Abhängigkeit: Er muss jemanden finden, der ihn benutzen will, und diese unsichere Angelegenheit kann er nicht mit eigenen Mitteln durchstehen, sodass er abhängig von staatlich organisierten Leistungen ist.

Not durch sozialstaatliche Betreuung – Hartz IV

Der Sozialstaat, der sich um die Existenz dieser Bürger sorgt, weiß, dass bei ihnen einiges im Argen liegt: „Zugleich haben die außergewöhnlichen Herausforderungen, mit denen sich Staat und Gesellschaft in Folge des Kriegs in der Ukraine konfrontiert sehen, es vielen Menschen in den sozialen Mindestsicherungssystemen erschwert, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Gerade die dynamischen Preisentwicklungen bei Energie und Lebensmitteln sorgen hier für erhebliche Probleme. Aufgabe des Sozialstaats ist, die Menschen in dieser Lage zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, dass die Leistungen der Mindestsicherungssysteme auch in dieser Situation auskömmlich sind… Eine angemessene Erhöhung der Regelbedarfe ist notwendig, denn die bisherige Fortschreibung der Regelbedarfe bildet die Inflationsentwicklung erst im Nachgang ab.“ Dass erst „Putins Krieg“ den Menschen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, die sozialen Notlagen beschert hat, gehört zur hiesigen Legendenbildung und Kriegspropaganda [8].

Schließlich bezeugt die Zahl der Tafeln im Lande – die mit 940 die der Jobcenter übersteigt – oder der Kleiderkammern und Winterhilfsaktionen, dass schon vor dem Krieg die Leistungen der sogenannten Mindestsicherungssysteme kein Auskommen gesichert haben, dass der Staat vielmehr seit Jahrzehnten einen Teil seiner Bürger von privater Wohlfahrt abhängig gemacht hat. Auch haben sich die Preise nicht einfach „dynamisch“ entwickelt. Sie sind vielmehr das – marktwirtschaftlich logische – Resultat des Wirtschaftskrieges, den Deutschland gegen Russland führt. Und wenn die bisherige Berechnung der Regelbedarfe kritisiert wird, so sollte man sich erinnern, dass sie genau aufs Konto der Parteien geht, die jetzt regieren; die waren ja in unterschiedlicher Kombination in den letzten Jahrzehnten an der Macht. Mit ihren Regelsätzen haben sie also während der Preissteigerungen der vergangenen Jahre systematisch die Verelendung der Aussortierten betrieben.

(Screenshot: Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 23. Juli 2014 - 1 BvL 10/12)

Jetzt wird eine Korrektur angemeldet. Die soll dazu führen, dass erwachsene Leistungsbezieher 53 Euro mehr im Monat erhalten. Die kümmerliche Erhöhung macht deutlich, dass die Ampel-Koalition auch weiter darauf achten will, dass der Zwang zur Arbeit für die Sozialleistungsbezieher erhalten bleibt. Dabei gesteht die Regierung zudem ein, dass sie nicht einfach an eine Verbesserung gedacht hat, sondern gerichtlichen Vorgaben folgt: „Damit soll auch der im Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juli 2014 enthaltene Vorgabe einer zeitnahen Reaktion auf eine offensichtliche und erhebliche Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Preisentwicklung und der bei der Fortschreibung der Regelbedarfsstufen berücksichtigte Entwicklung der Preise für regelbedarfsrelevante Güter und Dienstleistungen entsprochen werden.“

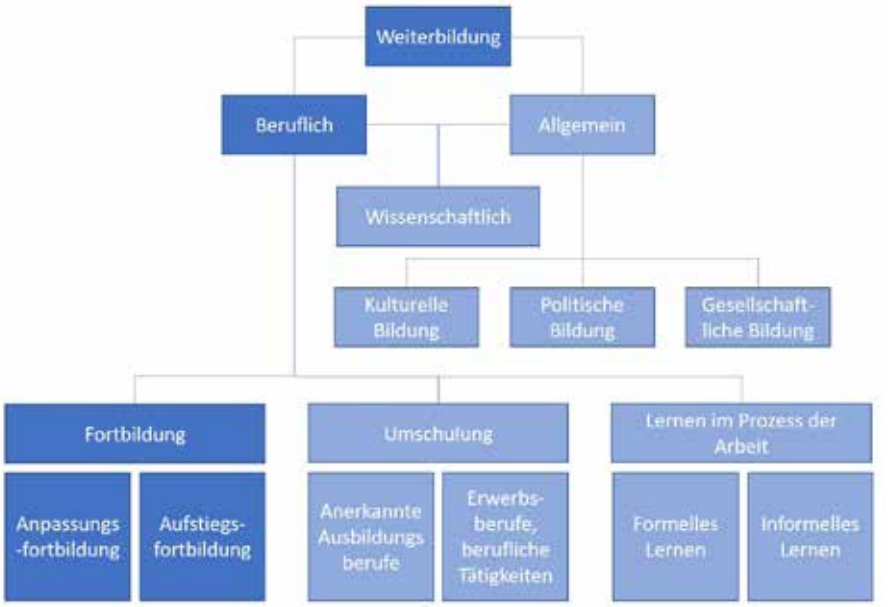
Ein Skandal und eine Gemeinheit gegenüber den Betroffenen ist es offenbar nicht, wenn Regierungen acht Jahre lang ein Verfassungsgerichtsurteil ignorieren! Dass sie es jetzt zur Kenntnis nehmen

Publiziert auf Free21 am 05.01.2023, 6:00 Uhr

bzw. als Begründung für ihr Handeln heranziehen, soll offenbar für sie sprechen. Mit der Anpassung der Regelsätze wollen sie aber nicht nur die Not der Leistungsbezieher abmildern, sondern verfolgen gleich höhere Ziele:

> „Es geht darum, mehr Respekt, mehr Chancen auf neue Perspektiven und mehr soziale Sicherheit in einer modernen Arbeitswelt zu verankern und unnötige bürokratische Belastungen abzubauen."

Wie alles in dieser Gesellschaft hat offenbar auch der Respekt seinen Preis, ist in dem Fall billig zu haben. Etwas diffiziler sind die Ansagen zur Verankerung von mehr Chancen und neuen Perspektiven in einer modernen Arbeitswelt. Werfen wir dazu einen Blick auf die (un-)nötigen bürokratischen Belastungen!



(Screenshot: Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 23. Juli 2014 - 1 BvL 10/12)

Die Lösungen: Näher am Bürger, näher am Bedarf

„Ziel der Einführung des Bürgergeldes ist es daher, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, dass es Menschen im Leistungsbezug möglich wird, sich stärker auf Qualifizierung, Weiterbildung und Arbeitssuche zu konzentrieren." Erst wird wieder klargestellt, wozu die Menschen in dieser Gesellschaft da sind: Zum Arbeiten. Ihnen dazu zu verhelfen, darin besteht die Leistung des Staates. Dass es dieser Hilfe bedarf, liegt – aus sozialstaatlicher Perspektive – nicht an der Wirtschaft, die sie nicht benutzen will, sondern an ihnen selbst und ihrer mangelnden Benutzbarkeit. Hat der Staat in der Vergangenheit den Mangel meist an ihrem unzureichenden Arbeitswillen festgemacht und sie darauf verpflichtet, möglichst schnell jede Arbeit anzunehmen – Vorrang der Vermittlung für die Jobcenter –, entdeckt er nun einen Mangel bei der Qualifikation.

Denn der Arbeitsmarkt hat sich verändert: „Auch hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt seit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende im Jahr 2005 grundlegend geändert. Arbeitskräfte, insbesondere qualifizierte Arbeitskräfte, werden vielerorts gesucht. Der Arbeitsmarkt ist insgesamt in einer guten Verfassung. Die Zahlen zeigen aber auch, dass Langzeitarbeitslose von dieser positiven Entwicklung oft nicht profitieren können." Also braucht es zusätzliche Mittel, um die Menschen wieder tauglich für den Arbeitsmarkt und damit unabhängiger von staatlicher Hilfe zu machen. Dass sie als Lohn- und Gehaltsempfänger auch weiter in Abhängigkeit bleiben, davon zeugen natürlich die anderen Sozialgesetzbücher. Damit aber das staatlich anvisierte Ziel der „Modernisierung" erreicht werden kann, bedarf es der Änderung bisheriger Regelungen.

Dazu gehört neben einer etwas aktualisierten Fortschreibung der Regelsätze ein anderer Umgang der Jobcenter mit ihrer „Kundschaft": „Menschen im Leistungsbezug sollen sich stärker auf Qualifizierung, Weiterbildung und Arbeitssuche konzentrieren können, die Potenziale der Menschen und die Unterstützung für eine dauerhafte Arbeitsmarktintegration sollen stärker im Fokus stehen." Das bisherige Schikanesystem, das die Menschen – obgleich „vom Markt" als untauglich und damit nicht gefragt befunden – ständig dazu anhielt, ihre Arbeitsbereitschaft unter Beweis zu stellen, gilt nun als ineffektiv; es habe Menschen nur gelegentlich zu Kurzzeitjobs verholfen, damit zu Dauerkunden gemacht hat etc.

Deshalb sollen nun andere Regeln im Umgang mit den Klienten her. Dazu gehören Vertrauens- und Karenzzeiten. Doch hier hörte die Einigkeit der Parteien von Ampel und CDU auf. So hieß es im Regierungsentwurf:„Um den Leistungsberechtigten zu ermöglichen, sich bei gleichzeitiger Existenzsicherung auf die Arbeitssuche zu konzentrieren, sollen in den ersten zwei Jahren des Bürgergeldbezugs Karenzzeiten für die zu übernehmenden Kosten der Unterkunft und Heizung und für die Berücksichtigung von Vermögen eingeführt werden. In diesem Zeitraum wird bei der Bedürftigkeitsprüfung Vermögen nicht berücksichtigt, sofern es nicht erheblich ist." Wer sich um seine Weiterbildung für einen neuen Job kümmern muss, sollte sich ganz darauf konzentrieren. Vom Streit mit der Sozialbürokratie darüber, wie sehr er sein Vermögen aufzubrauchen hat und wovon er leben soll, sollte er für einige Zeit befreit werden. Das war der CDU zu lang und nun lautet der Kompromiss [9]: „Der Vermittlungsausschuss schlägt demnach vor, die sogenannte Karenzzeit, in der die Kosten für die Unterkunft in tatsächlicher Höhe und die Heizkosten in angemessener Höhe anerkannt und übernommen werden, auf ein Jahr zu halbieren…" Wenn es um den Druck auf die Armen geht, kann man nicht kleinlich genug

sein und muss möglichst genau prüfen, was denen zusteht und was nicht. Die Höhe des Schonvermögens – Beträge von 60.000 Euro und mehr waren in der Diskussion – wurde vor allem von den Kritikern des Gesetzes moniert. Zwar kann es kaum viele Menschen mit solchem Vermögen unter den Hartz IV-Beziehern geben, doch wurde dieser Punkt im Streit zwischen Opposition und Regierung zur Prinzipienfrage.

Stellt sich nur die Frage, wie kommen Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, zu solchen Beträgen? Arbeitnehmer müssen lange sparen, um so viel zusammenzubekommen. Es gibt natürlich nach langer Berufstätigkeit Abfindungen für Entlassene, wenn sie in den Genuss eines Sozialplans kommen. Solche Gelder sofort für die Existenzsicherung einzusetzen, verbietet sich aber aus Sicht der Regierung. Sie hat ja seit der Rentenreform und den massiven Rentensenkungen unter Rot-Grün den Bürgern immer wieder vor Augen geführt, dass die Altersrenten nicht zum Leben reichen, man daher privat Vorsorge zu betreiben hat. Nicht zuletzt wurde dazu die Riesterrente eingeführt. Dass die Bürger fürs Alter selber vorzusorgen haben, darin sind sich alle Parteien einig. Der Regierung ging es darum, zu dokumentieren, dass dies auch möglich ist, und sie wollte nicht, dass durch den Einsatz dieser Vorsorgegelder im Notfall der Arbeitslosigkeit die Unmöglichkeit der eigenen Altersvorsorge offenkundig wird.

Die CDU sah in der Höhe dieses Schonvermögens ein anderes Prinzip verletzt, dass nämlich jeder Bürger alle seine Mittel für seinen Lebensunterhalt zunächst selber einsetzen muss, bevor er staatliche Hilfe erhält. Auch dieser Grundsatz wird von allen Parteien geteilt und so konnte man sich schnell einigen: „Vermögen ist danach nicht zu berücksichtigen, wenn es in der Summe 40.000 Euro für die leistungsberechtigte Person und 15.000 für jede weitere in dieser in Bedarfsgemeinschaft lebenden Person überschreitet“. (Dokumente des Vermittlungsausschusses).

Doch nicht nur an die Alten haben die Sozialpolitiker der Koalition gedacht, und so heißt es im Regierungsentwurf: „Anlässlich der Einführung des Bürgergeldes werden die Grundabsetzbeträge für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende erhöht, um die Erfahrung zu verstärken, dass sich die Arbeitsaufnahme auszahlt.“
Eine wahrlich großzügige Leistung, dass diejenigen, die arbeiten und Geld verdienen, davon einen größeren Teil behalten dürfen. Zur reformerischen Tat wird es nur dadurch, dass bislang diese Gelder auf das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft angerechnet wurden. Haben Jugendliche damit die schlechte Erfahrung gemacht, dass sich die Aufnahme von Ferienjobs oder Ausbildungsverhältnissen für sie nicht lohnt? Der Sozialstaat hegt immer den Verdacht, dass sich Menschen in der staatlich zugelassenen Armut einrichten, also braucht der Nachwuchs hier „Verstärker“, die ihn im richtigen Sinne konditionieren.

Die Perspektive: Zurück auf den Arbeitsmarkt

Auch der Eingliederungsprozess selber kommt ins Visier der Reformer: „Weiterentwicklung des Eingliederungsprozesses – Einführung eines Plans zur Verbesserung der Teilhabe (Kooperationsplan) mit Vertrauenszeit und Kooperationszeit. Die Eingliederungsvereinbarung im SGB II wird durch einen von den Leistungsberechtigten und Integrationsfachkräften gemeinsam erarbeiteten Kooperationsplan abgelöst. Dieser dokumentiert in klarer und verständlicher Sprache die gemeinsam entwickelte Eingliederungsstrategie. Er dient als ‚roter Faden‘ im Eingliederungsprozess und stellt ein Kernelement des Bürgergeld-Gesetzes dar. Er enthält keine Rechtsfolgebelehrung. Im Hinblick auf vereinbarte Mitwirkungshandlungen (Eigenbemühungen, Massnahmeteilnahmen und Bewerbungen auf Vermittlungsvorschläge) wird im Kooperationsplan die Selbstverantwortung der Leistungsberechtigten und ihre Vertrauensbeziehung zur Integrationsfachkraft mit dem Ziel einer vertrauensvollen Zusammenarbeit gestärkt. Mit Erstellung des Kooperationsplans beginnt eine sechsmonatige Vertrauenszeit. Die Ersetzung der Eingliederungsvereinbarung durch einen Kooperationsplan erscheint zunächst als reine Umbenennung, ist es aber nicht, was der Verweis auf die Rechtsfolgebelehrung deutlich macht. In der Eingliederungsvereinbarung wurde bisher festgelegt, was der Hartz IV-Bezieher zu leisten hatte. Es handelte sich um einen rechtlich bindenden Vertrag, wobei der Schein gleicher Vertragspartner sehr durchsichtig war: War die eine Seite doch auf Geld angewiesen, während die andere Seite diktieren konnte, was dafür an Leistungen zu erbringen war. Weil es sich um eine Rechtsregelung handelte, war dieser Vertrag auch entsprechend formuliert und nicht unbedingt für den Leistungsbezieher verständlich, was in der Vorgabe für den neuen Kooperationsplan angesprochen wird. Verstöße gegen diesen Vertrag wurden sanktioniert, landeten sehr häufig vor Gericht und nicht selten bekamen die klagenden Leistungsbezieher Recht. Von daher wurde im Regierungsentwurf diese Form der Vereinbarung als ineffektiv aufgegeben und durch einen Plan ersetzt, der während der Vertrauenszeit fast ganz auf Sanktionen verzichtet. Bei wiederholtem Versäumnis von Terminen konnte aber auch während der Vertrauenszeit das staatlich fixierte Existenzminimum um 10 Prozent gekürzt werden. Das ging den Vertretern der christlichen Nächstenliebe zu weit:

> „Gänzlich entfallen soll nach dem Vermittlungsergebnis die vom Bundestag beschlossene sechsmonatige Vertrauenszeit, in der auch bei Pflichtverletzungen keine Sanktionen verhängt worden wären. Bei solchen Sanktionen soll nach dem Vermittlungsergebnis ein dreistufiges System Anwendung finden: Bei der ersten Pflichtverletzung mindert sich das Bürgergeld für einen Monat um 10 Prozent, bei der zweiten für zwei Monate um 20 Prozent und bei der dritten für drei Monate um 30 Prozent.“ (Dokumente des Vermittlungsausschuss)

Und so wurde auch hier eine schnelle Einigung hergestellt, denn dass Sanktionen sein müssen, war offenbar auch den Ampel-Vertretern eine Selbstverständlichkeit.

„Ausserhalb dieser sechs Monate besteht die Kooperationszeit. Die Zusammenarbeit zwischen Integrationsfachkräf-

Publiziert auf Free21 am 05.01.2023, 6:00 Uhr

ten in den Jobcentern und erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erfolgt in dieser Zeit grundsätzlich ohne Rechtsfolgenbelehrungen. Wenn in der Kooperationszeit jedoch Absprachen zu Mitwirkungshandlungen (Eigenbemühungen, Massnahmeteilnahmen und Bewerbungen auf Vermittlungsvorschläge) von Leistungsberechtigten nicht eingehalten werden, sollen diese Pflichten durch Aufforderungen mit Rechtsfolgenbelehrungen rechtlich verbindlich festgelegt werden." So lautete schon der Regierungsentwurf.

Womit klargestellt wird, wie sich die Kooperation zwischen Jobcentermitarbeitern und Arbeitslosen auf Augenhöhe vollzieht. Eben nach dem Motto: „Bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt." Das Bundesverfassungsgericht hatte jedoch die Sanktionsmöglichkeiten eingeschränkt, indem es darauf hinwies, dass es sich bei den Hartz IV-Leistungen um die Sicherung des Existenzminimums und damit um die Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins handele. Dessen Senkung widerspreche somit den eigenen Maßstäben! Dieses Bedenken greift der Gesetzgeber jetzt auf:

„Leistungsminderungen wegen wiederholter Pflichtverletzungen und Meldeversäumnisse betragen höchstens 30 Prozent des maßgebenden monatlichen Regelbedarfs. Kosten der Unterkunft und Heizung werden nicht gemindert. Die Leistungsminderung beträgt bei einer Pflichtverletzung 20 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs. Bei jeder weiteren Pflichtverletzung mindert sich das Bürgergeld um 30 Prozent des maßgebenden Regelbedarfs… Die bisherigen verschärften Sonderregelungen für die unter 25-jährigen Hilfeempfänger entfallen."

Auf diese Weise kann auch der Betrag für die Menschenwürde gesenkt werden! Doch nicht nur mit Strafen sollen die Hilfeempfänger zu tauglichen Arbeitskräften gemacht werden, es gibt auch Anreize:

„Um weitere Anreize zu schaffen, Geringqualifizierte auf dem Weg zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung zu unterstützen und ihnen damit den Zugang zum Fachkräftearbeitsmarkt und zu den am Arbeitsmarkt besonders nachgefragten Berufen zu öffnen, erhalten Teilnehmende an einer berufsabschlussbezogenen Weiterbildung im SGB II und SGB III künftig ein monatliches Weiterbildungsgeld in Höhe von 150 Euro, wenn sie arbeitslos sind oder als Beschäftigte aufstockende SGB II-Leistungen beziehen."

Wer sich diesen Lockungen dennoch verschließt und sich nicht als Kunde ins Jobcenter begibt, ist freilich nicht vor sozialstaatlicher Fürsorge sicher:

> „Zur Verbreiterung ihres Förderspektrums kann die Agentur für Arbeit oder ein durch diese beauftragter Dritter künftig eine ganzheitliche Betreuung (Coaching) durchführen. Diese verfolgt das Ziel eines grundlegenden Aufbaus der Beschäftigungsfähigkeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die aufgrund von vielfältigen individuellen Problemen besondere Schwierigkeiten haben, Arbeit aufzunehmen. Das Coaching kann auch aufsuchend oder beschäftigungsbegleitend erfolgen."

Sich den Anforderungen des Arbeitsalltags zu unterwerfen, erfordert eben eine gewisse Selbstorganisation und Disziplin. Wem das fehlt, dem soll auf die Sprünge geholfen werden. Jugendliche, die in der Arbeitssuche keine Perspektive für sich sehen und möglicherweise auf Abwege geraten, werden als Sicherheitsproblem ins Auge gefasst, dem es vorzubeugen gilt. Also muss man sie aufsuchen, um die „Beschäftigungsfähigkeit" an ihnen vor Ort herzustellen.

Fazit

Jetzt wurde im Bundestag die Einigkeit zwischen Regierung und CDU/CSU als größter Oppositionspartei hergestellt. Die AfD, der der Druck auf die Sozialleistungsempfänger zu gering war, blieb bei ihrer Kritik, sie hatte für Deutschland eine „aktivierende Grundsicherung" gefordert, „die sicherstellt, dass wirklich Bedürftige die Hilfe erhalten, die sie benötigen". Auch die Linke war nicht überzeugt, sie hatte vor allem die Höhe der Regelsätze bemängelt.

Aber mit dem von der AfD benannten Prinzip stimmen im Grunde alle Parteien überein – und so ist ja auch der Grundsatz der Hilfen im § 1 SGB I gemeint: Es braucht eine Grundsicherung, damit die Menschen wieder tauglich gemacht und in Arbeit gebracht werden. Sie selber sind dafür verantwortlich, obwohl sie die Sache nicht in der Hand haben. Zur Ausgestaltung des Drucks, der dazu auf sie ausgeübt wird, bieten sich dann viele Varianten an: Mehr Zwang zur Arbeit hier, Verstärkung der Anreize da, weniger Schonung der bescheidenen Eigenmittel, größere Nähe zum Klienten etc. Darüber darf munter gestritten werden, das zeichnet unsere demokratische Kultur aus!

Quellen:

[1] Bundesregierung Homepage „Weg frei für Bürgergeld - Bessere Chancen auf Qualifikation und Arbeit", am 25.11.2022: <*https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/buergergeld-2124684*>

[2] Focus Magazin, Redaktion „CDU-Vize Linnemann – Unionsgeführte Länder werden Bürgergeld nicht zustimmen", am 1.11.2022: <*https://www.focus.de/politik/deutschland/cdu-vize-linnemann-unionsgefuehrte-laender-werden-buergergeld-nicht-zustimmen_id_174737154.html*>

[3] AfD Partei Homepage „Norbert Kleinwächter: Bürgergeld ist unsozial", am 21.7.2022: <*https://afdbundestag.de/norbert-kleinwaechter-buergergeld-ist-unsozial/*>

[4] Die Welt Tageszeitung, Redaktion „Vermittlungsausschuss einigt sich auf Bürgergeld – SPD erwartet „System- und Kulturwandel"", am 24.11.2022: <*https://www.welt.de/politik/deutschland/article242303173/Buergergeld-Vermittlungsausschuss-einigt-sich-SPD-erwartet-System-und-Kulturwandel*>

[5] NDR Landesrundfunkanstalt, Redaktion „Vermittlungsausschuss macht Weg frei für Bürgergeld", am 24.11.2022: <*https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Vermittlungsausschuss-macht-Weg-frei-fuer-Buergergeld,buergergeld146.html*>

[6] Die Linke Partei Homepage, Kurzinformation „Es bleibt Armut per Gesetz: Hartz IV heißt jetzt „Bürgergeld"", am 20.9.2022: <*https://www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/es-bleibt-armut-per-gesetz-hartz-iv-heisst-jetzt-buergergeld/*>

[7] VSA Verlag, Renate Dillmann und Arian Schiffer-Nasserie „Der soziale Staat - Über nützliche Armut und ihre Verwaltung", veröffentlicht am 1.10.2018: <*https://www.vsa-verlag.de/index.php?id=6576&tx_ttnews[tt_news]=18104*>

[8] Heise online Nachrichtenseite, Telopolis Magazin, Johannes Schillo „Verarmung und Spaltung – neuerdings nur durch Putin?", am 11.8.2022: <*https://www.heise.de/tp/features/Verarmung-und-Spaltung-neuerdings-nur-durch-Putin-7216949.html*>

[9] Bundestag Homepage, Dokumente „Vermittlungsausschuss erzielt Kompromiss zum Bürgergeld", Bundesrat am 23.11.2022: <*https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw47-pa-vermittlungsausschuss-buergergeld-921210*>

Dieser Artikel wurde zuerst am 17.11.2022 auf caitlinjohnstone.com unter der URL ‹https://caitlinjohnstone.com/2022/11/17/us-empire-views-ukrainians-and-russians-as-lab-rats-for-weapons-testing/› veröffentlicht,
Lizenz: Caitlin Johnstone, CC BY-NC-ND 4.0

Laborratten; Symbolbild, gemeinfrei

Das US-Imperium betrachtet Ukrainer und Russen als **Laborratten** für Waffentests

Ein überraschend offener Artikel der New York Times mit dem Titel „Western Allies Look to Ukraine as a Testing Ground for Weapons (die westlichen Alliierten betrachten die Ukraine als Testgelände für Waffen) [1]“ beschreibt, wie die imperiale Kriegsmaschinerie den Stellvertreterkrieg der USA nutzt, um ihre Waffen für den künftigen Einsatz zu testen.

Autor: Caitlin Johnstone

über sich selbst: Schurkenjournalistin. Bogan Sozialistin. Anarcho-psychonautin. Guerilla-Dichterin. Utopia Prepper. Sie ist stolz, zu 100 % leserfinanziert zu werden durch Patreon und Paypal. Arbeitet eng mit „Soulmate/Mitverschwörer“ Tim Foley zusammen. Wenn Sie Caitlin Johnstone unterstützen möchten, können Sie auf ihre Website gehen:

www.caitlinjohnstone.com

„Die Ukraine hat sich zu einem Testgelände für hochmoderne Waffen und Informationssysteme, sowie für neue Einsatzmöglichkeiten entwickelt, die nach Ansicht westlicher Politiker und militärischer Befehlshaber die Kriegsführung für die nächsten Generationen prägen könnten“, schreibt Lara Jakes von der NYT. Jakes schreibt, dass

> neue Fortschritte in der Technologie und Ausbildung in der Ukraine genau beobachtet werden, um zu sehen, wie sie das Gesicht des Kampfes verändern“.

Zu diesen neuen technologischen Fortschritten gehören ein Informationssystem namens Delta, zudem „ferngesteuerte Boote, Anti-Drohnen-Waffen, die als SkyWipers bekannt sind, und eine aktualisierte Version eines in Deutschland gebauten Luftverteidigungssystems, welches das deutsche Militär selbst noch nicht eingesetzt hat.“

Ein ehemaliger litauischer Präsident wird mit den Worten zitiert: „Wir lernen in der Ukraine, wie man kämpft, und wir lernen, wie man unsere NATO-Ausrüstung einsetzt“, und fügt hinzu: „Es ist beschämend für mich, weil die Ukrainer

Publiziert auf Free21 am 23.01.2023, 6:00 Uhr

"Am Rande sei bemerkt, dass etwaige Tests neuer westlicher Waffentechnologie wahrscheinlich die Berichte ukrainischer Astronomen[5] erklären würden, wonach es am Himmel über Kiew "von unidentifizierten Flugobjekten (UFOs) wimmelt". Symbolbild. Foto: Wikimedia Commons, Autor Dreese, CC BY-SA 3.0

diese Übungen für uns mit ihrem Leben bezahlen." Ja, das stimmt.

Irgendwann wurde der Artikel in der New York Times von „Western Allies Look to Ukraine as a Testing Ground for Weapons" [2] in den etwas weniger offensichtlichen Titel „For Western Weapons, the Ukraine War Is a Beta Test (für westliche Waffen ist die Ukraine ein Beta-Test) [3]" umbenannt.

Die Nachricht von den Tests der Waffensysteme für künftige Kriege, deckt sich mit den jüngsten Äußerungen des Befehlshabers des US-Atomwaffenarsenals, wonach der Stellvertreterkrieg ein Testlauf für einen weitaus größeren Konflikt ist, der sich anbahnt.

„Diese Ukraine-Krise, in der wir uns gerade befinden, ist nur die Aufwärmübung", sagte der Leiter des US-Stratcom, Charles Richard, auf einer Marinekonferenz Anfang des Monats.

> Die große Krise kommt noch. Und es wird nicht mehr lange dauern, bis wir auf eine Art und Weise getestet werden, wie schon lange nicht mehr."

Dieser Krieg dient also nicht nur dazu, langfristige geostrategische Ziele der USA voranzutreiben [4], sondern offenbar auch, die Krallen der imperialen Kriegsmaschinerie für einen drohenden heißen Krieg mit China und/oder Russland zu schärfen. In einem solchen Konflikt hätten die USA sicherlich einen Vorteil durch die jahrelangen militärischen Testläufe.

Am Rande sei bemerkt, dass die Erprobung neuer westlicher Waffentechnologien wahrscheinlich die Berichte ukrainischer Astronomen [5] erklärt, wonach es am Himmel über Kiew „von unidentifizierten Flugobjekten (UFO's) wimmelt". In dem bereits erwähnten Artikel der New York Times wird der ukrainische Vizepremierminister Mychajlo Fedorow mit den Worten zitiert, ihn hätten die Waffentests, welche er gesehen habe, davon überzeugt, „dass in den Kriegen der Zukunft immer mehr Drohnen und weniger Menschen eine Rolle spielen werden." [6]

Einer der vielen Gründe, warum die USA und ihr komplexes Netzwerk von Verbündeten, Partnern und Geheimdienstpersonal immer wieder so viele Kriege führen, liegt darin, dass neue Waffentechnologien in der Schlacht getestet werden müssen, bevor sie als wirksam eingestuft werden können. In der Praxis bedeutet dies, dass menschliche Körper als Testobjekte eingesetzt werden, so, wie Wissenschaftler Laborratten oder Meerschweinchen verwenden.

Das zentralisierte US-Imperium gibt vor, sich um das Leben der Ukrainer zu kümmern, aber in Wirklichkeit kümmert es sich nur in dem Maße um sie, wie sich ein Forscher um seine Laborratten kümmert. Und das aus genau demselben Grund.

Was könnte unheilvoller sein als das? Nun, die Pläne, für die sie diese Tests durchführen, nehme ich an.

Quellen:

[1] archive.today Internetarchiv, New York Times Nachrichtenmagazin, Lara Jakes „Western Allies Look to Ukraine as a Testing Ground for Weapons" („Westliche Verbündete betrachten die Ukraine als Testgelände für Waffen"), am 15.11.2022: *<https://archive.ph/ynKrL>*

[2] archive.today Internetarchiv, New York Times Nachrichtenmagazin, Lara Jakes „Western Allies Look to Ukraine as a Testing Ground for Weapons" („Westliche Verbündete betrachten die Ukraine als Testgelände für Waffen"), am 15.11.2022: *<https://archive.ph/ynKrL#selection-391.0-391.62>*

[3] New York Times Nachrichtenmagazin, Lara Jakes „Western Allies Look to Ukraine as a Testing Ground for Weapons" („Westliche Verbündete betrachten die Ukraine als Testgelände für Waffen"), am 15.11.2022: *<https://www.nytimes.com/2022/11/15/world/europe/ukraine-weapons.html>*

[4] You Tube Videoportal, The New Atlas „2019 RAND Paper Warned US of Failure During Ukraine Conflict" („2019 RAND Paper warnte die USA vor einem Scheitern während des Ukraine-Konflikts"), am 1.9.2022: *<https://youtu.be/uqVPM0KSUpo>*

[5] Live Science Verlag, Brandon Specktor „'Cosmic' and 'phantom' UFOs are all over Ukraine's skies, government report claims" („"Kosmische" und "Phantom"-UFOs sind überall am Himmel der Ukraine zu sehen, heißt es in einem Regierungsbericht"), am 15.9.2022: *<https://www.livescience.com/ukraine-ufo-uap-report>*

[6] archive.today Internetarchiv, New York Times Nachrichtenmagazin, Lara Jakes „Western Allies Look to Ukraine as a Testing Ground for Weapons" („Westliche Verbündete betrachten die Ukraine als Testgelände für Waffen"), am 15.11.2022: *<https://archive.ph/ynKrL#selection-773.0-773.148>*

Dieser Artikel wurde zuerst am 26.08.2022 auf www.bam.news unter der URL ‹https://bam.news/societe/media-journalisme/ embedded-journalism-episode-5› veröffentlicht. Lizenz: Colin Meier, BAM!, CC BY-NC-ND 4.0

Ein nordmazedonisches Journalistenteam erhält einen prestigeträchtigen EU-Preis für seine Recherchen. (Foto: WeBalkans EU, flickr.com, CC BY 2.0)

Zensur, Propaganda und Embedded Journalism (Teil 5):

Embedded Journalism

Diesen fünften und letzten Teil der Serie widmen wir der Antithese des Journalismus: Dem Embedded Journalism (dt. eingebetteter Journalismus). Im Rahmen einer zunehmend bellizistischen europäischen Lesart der Welt (insbesondere gegenüber Russland) und der vermeintlichen „Befriedungs-" und „Verantwortungsrolle" der Europäischen Union (EU) gesteht sich die Europäische Kommission immer mehr Rechte zum Einsatz von Militär- und Sicherheitsmitteln [1] zu. Mitteln, wie dem eingebetteten Journalismus. Das mag den Bürgern übel aufstoßen, sollte sie aber nicht mehr überraschen. Die Frage, die wir uns hier stellen müssen: Beabsichtigen die europäischen Institutionen die Nutzung des eingebetteten Journalismus auf die Zivilgesellschaft auszudehnen?

Lesen Sie auch auf Free21.org

1. Teil: Colin Meier „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism: Wie die Europäische Kommission die Wahrheit vereinnahmt", erschienen am 12.6.2022 unter *<https://free21.org/wie-die-europaeische-kommission-die-wahrheit-vereinnahmt/>*

2. Teil: Colin Meier „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism: Propaganda und Zensur – Russland, der äußere Feind", erschienen am 2.10.2022 unter *<https://free21.org/propaganda-die-kehrseite-der-zensur-russland-der-aeussere-feind/>*

3. Teil: Colin Meier „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism: Die Kehrseite der Zensur – das Volk, der innere Feind", erschienen am 19.11.2022 unter *<https://free21.org/propaganda-die-kehrseite-der-zensur-das-volk-der-innere-feind/>*

4. Teil: Colin Meier „Zensur, Propaganda und Embedded Journalism:

Autor: Colin Meier

freier Bürgerjournalist und Deutschlandkorrespondent bei BAM!

Die Ursprünge

Der Begriff Embedded Journalism ist ein Euphemismus für „Kriegspropaganda" [2]. Es wird verwendet, um Kriegsjournalismus zu beschreiben, bei dem Journalisten einem der kriegführenden Lager angegliedert sind und ihre Berichte dem Management dieser Kriegspartei vorgelegt und von ihm genehmigt (also zensiert) werden [3, 4]. Erfunden von den amerikanischen Behörden nach dem medialen Desaster, das der Vietnamkrieg für sie war, wurde das Konzept während des Bosnienkrieges 1995 weiterentwickelt. Dort kam es erstmals zum Einsatz, ab 2003 dann auch systematischer während des 2. Irakkrieges [5, 6].

Eingebetteter Journalismus birgt neben den physischen Gefahren für den Journalisten offensichtliche Gefahren für die journalistische Objektivität und Unabhängigkeit, und die möglichen dadurch entstehenden Vorurteile und Verkürzungen sind vielfältig [7]. Zum Beispiel liegt es nahe, den Konflikten eine rein militärische und keine politische Sichtweise überzustülpen, eine parteiische Voreingenommenheit zugunsten begleitender (und den Journalisten beschützender) Einheiten und zuungunsten der lokalen Bevölkerung, die mindestens als potentielle Bedrohung wahrgenommen wird, zu entwickeln, usw. Kurz gesagt, er kontrolliert den Zugriff auf und Wahrnehmung von Informationen, begünstigt die einen und verhindert die anderen, und er bevorzugt eine bestimmte Funktionsweise. Wie der Name schon sagt, macht Embedded Journalism vor allem eines: Er bettet

Publiziert auf Free21 am 29.01.2023, 6:00 Uhr

Journalismus in eine bestimmte Version der Wirklichkeit ein und formatiert ersteren nach Belieben, ob in Kriegszeiten oder nicht. Sicherlich ist es einfacher, die Nachricht auf dem Schlachtfeld zu kontrollieren, wenn auch nur aus logistischen oder Sicherheitsgründen. Aber man kann sich sehr gut Szenarien vorstellen, in denen der Einsatz von eingebettetem Journalismus auf zivile Medienprojekte ausgeweitet würde, wie es die Europäische Kommission tut.

EUvsDisinfo: Das europäische Streitross

In Bezug auf den Krieg im Irak von 2003 scheuten amerikanische Offiziere, wie Lt. Col. Rick Long, sich nicht zuzugeben: „Ehrlich gesagt ist es unsere Aufgabe, diesen Krieg zu gewinnen. Dazu gehört Informationskrieg. Wir werden daher versuchen, das Informationsumfeld zu dominieren." [8]. (Übersetzung des Autors). Was wäre in Europa gesagt worden, wenn ein russischer leitender Offizier oder ein russischer hoher Beamter dasselbe gesagt hätte? Dies hätte als Vorwand gedient, europäische militärische Mittel zu „stärken", um uns vor russischer geistiger Vereinnahmung und Propaganda zu „schützen". Nur können wir den Konjunktiv hier weglassen, denn genau das hat die Kommission argumentiert, als sie sich auf die Webseite der russischen Botschaft bezog [9].

Die zweite Folge dieser Serie [10] zeigte, wie die EU und insbesondere die Kommission die Konstruktion Russlands als Außenfeind nutzten, um sich mit militärischen Mitteln der Gegenpropaganda auszustatten. Diese sind in der East StratCom Taskforce (ESTF) [11] konzentriert, die dem diplomatischen Dienst der EU, dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), angegliedert und gezielt in Osteuropa tätig ist.

Eines ihrer Sprachrohre ist die Plattform EUvsDisinfo [12]. Auf den ersten Blick sieht es aus wie eine unabhängige journalistische Plattform. Erst ganz unten auf der Homepage im Haftungsausschluss erfährt man, dass EUvsDisinfo eine Schöpfung der ESTF ist, aber dass das, was auf der Seite erscheint, angeblich nicht unbedingt die Positionen von EU-Beamten widerspiegele. Abgesehen davon, dass wir in seinem Leitbild und seiner Geschichte [13] erfahren, dass die ESTF EUvsDisinfo eingerichtet hat, um speziell gegen „Desinformationen aus der Russischen Föderation" vorzugehen, die auf die EU und gemeinsame Nachbarländer abzielen, was Zweifel an der behaupteten Unabhängigkeit und Objektivität erweckt. Man erfährt dort – ganz in der Tradition militärischer Geheimniskrämerei – allerdings nichts Handfestes über EUvsDisinfo, weder über die Leiter und Mitarbeiter, noch über das tatsächliche Budget der Plattform und dem EU-Anteil daran.

Strategisches Ziel…

Die ESTF aber ist Teil des EAD, der wiederum dem Amt des Hohen Vertreters der EU für auswärtige Angelegenheiten untersteht. Die „strategischen Kommunikationsdienste" (ein Euphemismus für „Propaganda") des EAD, insbesondere in Osteuropa [14], sind jedoch seit 2018 budgetiert. Darüber hinaus gibt dieser Entwurf des europäischen Haushaltsplans 2018 die Beweggründe des Europäischen Parlaments wieder, das den „Kampf gegen Desinformation" sowie „Gegen-Desinformation" eindeutig als eines der Ziele der EU mit der ESTF in der Rolle des Hauptquartiers beschreibt:

„Die vorbereitende Maßnahme wird testen, wie Desinformation systematischer, wirksamer und effizienter bekämpft werden kann. Ein wichtiges Ziel besteht darin, europäische Kapazitäten zur Verifizierung von Desinformationen aufzubauen, indem die Fähigkeiten des Personals durch Schulung und Coaching verbessert werden, indem Experten für strategische Kommunikation ernannt werden, die dann dem Hauptquartier, einschließlich der East StratCom Taskforce, über ihre Überwachungsaktivitäten Bericht erstatten. […]

Strategische Kommunikationskapazität

[…] Dieser Begriff soll Folgendes abdecken: […] Erleichterung und Pflege eines Netzwerks von Spezialisten für die Bekämpfung von Desinformation in Mit-

Quellen:

[1] BAM!NEWS Magazin, Colin Meier „La propagande, le revers poli de la censure : la Russie, l'ennemi extérieur (Episode 2)" („Propaganda, die höfliche Kehrseite der Zensur: Russland, der äußere Feind (Episode 2)", am 1.7.2022: <*https://bam.news/societe/investigation/la-propagande-le-revers-poli-de-la-censure-la-russie-l-ennemi-exterieur*>

[2] INDEPENDENT Magazin, Patrick Cockburn „Embedded journalism: A distorted view of war" („Eingebetteter Journalismus: Ein verzerrter Blick auf den Krieg"), am 23.11.2010: <*https://www.independent.co.uk/news/media/opinion/embedded-journalism-a-distorted-view-of-war-2141072.html*>

[3] WayBackMachine Internetarchive MilitaryCity.com „Mission Iraq - Media embed ground rules" („Mission Irak - Grundregeln für die Medieneinbindung"), am 3.3.2003: <*https://web.archive.org/web/20090902091331/http://www.militarycity.com/iraq/1631270.html*>

[4] WayBackMachine Internetarchiv, NewsHour Extra „Pros and Cons of Embedded Journalism" („Vor- und Nachteile des eingebetteten Journalismus"), am 27.3.2003: <*https://web.archive.org/web/20030421055549/http://www.pbs.org/newshour/extra/features/jan-june03/embed_3-27.html*>

[5] JSTOR Onlinearchiv, Pluto Press, Greg McLaughlin „Goodbye Vietnam Syndrome: The Embed System in Afghanistan and Iraq" („Auf Wiedersehen Vietnam-Syndrom: Das eingebettete System in Afghanistan und Irak"), Datum unbekannt: <*https://www.jstor.org/stable/pdf/j.ctt19qgf0x.11.pdf?refreqid=excelsior%3Abebfdc75d741fc7cb45a9d1fd00d6647&ab_segments=&origin=&acceptTC=1*>

[6] The Guardian Tageszeitung, Audrey Gillan „What being embedded now means" („Was es jetzt bedeutet, eingebettet zu sein"), am 11.11.2010: <*https://www.theguardian.com/commentisfree/2010/jan/11/rupert-hamer-death-embed-risks*> **oder** alternativ hier: <*https://archive.wikiwix.com/cache/index2.php?url=https%3A%2F%2Fwww.theguardian.com%2Fcommentisfree%2F2010%2Fjan%2F11%2Frupert-hamer-death-embed-risks#&*>

[7] INDEPENDENT Magazin, Patrick Cockburn „Embedded journalism: A distorted view of war" („Eingebetteter Journalismus: Ein verzerrter Blick auf den Krieg"), am 23.11.2010: <*https://www.independent.co.uk/news/media/opinion/embedded-journalism-a-distorted-view-of-war-2141072.html*>

[8] Berkeley News Universitätsnachrichten, Jeffery Kahn „Postmortem: Iraq war media coverage dazzled but it also obscured" („Postmortem: Die Medienberichterstattung über den Irak-Krieg hat geblendet, aber auch vernebelt"), am 18.3.2004: <*https://www.berkeley.edu/news/media/releases/2004/03/18_iraqmedia.shtml*>

[9] Free21 Magazin, Colin Meier „Propaganda, die Kehrseite der Zensur: Russland, der äußere Feind", am 2.10.2022: <*https://free21.org/propaganda-die-kehrseite-der-zensur-russland-der-aeussere-feind/*>, Original (franz.): <*https://bam.news/societe/investigation/la-propagande-le-revers-poli-de-la-censure-la-russie-l-ennemi-exterieur*>

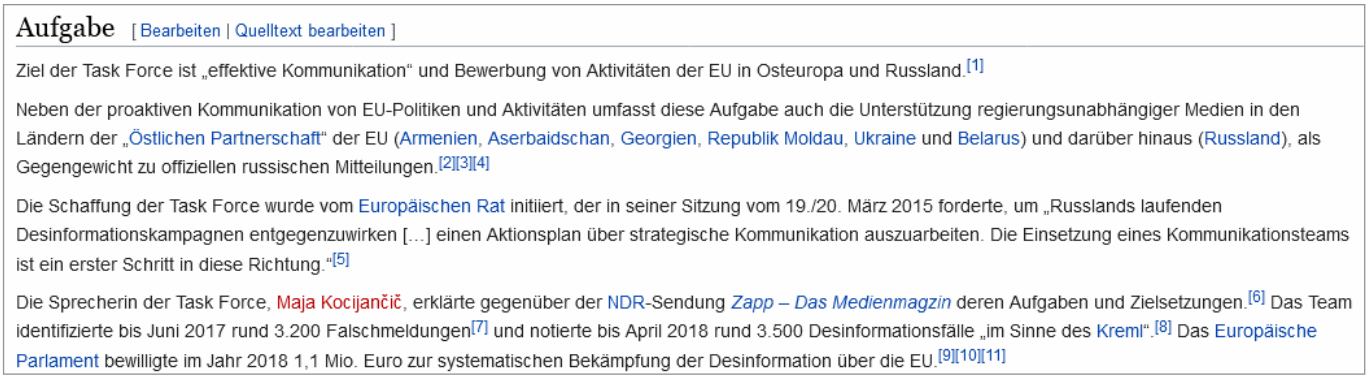
[10] Free21 Magazin, Colin Meier „Propaganda, die Kehrseite der Zensur: Russland, der äußere Feind", am 2.10.2022: <*https://free21.org/propaganda-die-kehrseite-der-zensur-russland-der-aeussere-feind/*>, Original (franz.): <*https://bam.news/societe/investigation/la-propagande-le-revers-poli-de-la-censure-la-russie-l-ennemi-exterieur*>

[11] StratCom steht für Strategic Communication.

[12] EUvsDisInfo EU gegen Desinformation Webseite: <*https://euvsdisinfo.eu/*>

[13] EUvsDisInfo EU gegen Desinformation Webseite, über uns: <*https://euvsdisinfo.eu/about/*>

[14] Europaparlament, Haushaltsausschuss 2018, BUDGETARY PROCEDURE, Doc No: 6: (2) (HAUSHALTSVERFAHREN 2018 Doku-Nr: 6: (2)), am 13.10.2017: <*https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/129602/budg2018-doc6-txt-2-en.pdf*>



Aufgabe [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Ziel der Task Force ist „effektive Kommunikation" und Bewerbung von Aktivitäten der EU in Osteuropa und Russland.[1]

Neben der proaktiven Kommunikation von EU-Politiken und Aktivitäten umfasst diese Aufgabe auch die Unterstützung regierungsunabhängiger Medien in den Ländern der „Östlichen Partnerschaft" der EU (Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Republik Moldau, Ukraine und Belarus) und darüber hinaus (Russland), als Gegengewicht zu offiziellen russischen Mitteilungen.[2][3][4]

Die Schaffung der Task Force wurde vom Europäischen Rat initiiert, der in seiner Sitzung vom 19./20. März 2015 forderte, um „Russlands laufenden Desinformationskampagnen entgegenzuwirken […] einen Aktionsplan über strategische Kommunikation auszuarbeiten. Die Einsetzung eines Kommunikationsteams ist ein erster Schritt in diese Richtung."[5]

Die Sprecherin der Task Force, Maja Kocijančič, erklärte gegenüber der NDR-Sendung *Zapp – Das Medienmagzin* deren Aufgaben und Zielsetzungen.[6] Das Team identifizierte bis Juni 2017 rund 3.200 Falschmeldungen[7] und notierte bis April 2018 rund 3.500 Desinformationsfälle „im Sinne des Kreml".[8] Das Europäische Parlament bewilligte im Jahr 2018 1,1 Mio. Euro zur systematischen Bekämpfung der Desinformation über die EU.[9][10][11]

Die East StratCom Task Force (deutsch: Strategisches Kommunikationsteam Ost) des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EEAS) der EU und der NATO nahm am 1. September 2015 ihre Arbeit auf. (Screenshot: diverse Autoren, Wikipedia, CC-by-sa-3.0)

Quellen:

[15] Europaparlament, Haushaltsausschuss, HAUSHALTSVERFAHREN 2018 Doku-Nr: 6: (2), am 13.10.2017: *<https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/129602/budg2018-doc6-txt-2-en.pdf>*

[16] Europäische Kommission, ENTWURF – Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2018, am 29.6.2017: *<https://eur-lex.europa.eu/budget/data/DB/2018/en/SEC10.pdf>*

[17] Europäische Kommission, ENTWURF – Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2020, am 25.7.2019: *<https://eur-lex.europa.eu/budget/data/DB/2020/en/SEC10.pdf>*

[18] Europäische Kommission, ENTWURF – Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2023, am 1.7.2022: *<https://eur-lex.europa.eu/budget/data/DB/2023/en/SEC10.pdf>*

[19] EUvsDisInfo EU gegen Desinformation Webseite, Kontakt: *<https://euvsdisinfo.eu/contact-us/>*

[20] EEAS Europäischer Auswärtiger Dienst Webseite, „How do we spend the available budget?" („Wie geben wir die verfügbaren Mittel aus?"): *<https://www.eeas.europa.eu/eeas/questions-and-answers-about-east-stratcom-task-force_en#11248>*

[21] Le Courrier des Stratèges Magazin, Éric Verhaeghe „Au G7, Macron a officiellement accepté que la CIA organise la propagande occidentale en Europe" („Auf dem G7-Gipfel hat Macron offiziell akzeptiert, dass die CIA die westliche Propaganda in Europa organisiert"), am 30.6.2022: *<https://lecourrierdesstrateges.fr/2022/06/30/au-g7-macron-a-officiellement-accepte-que-la-cia-organise-la-propagande-occidentale-en-europe/>*

[22] EEAS Europäischer Auswärtiger Dienst Webseite, „How do we spend the available budget?" („Wie geben wir die verfügbaren Mittel aus?"): *<https://www.eeas.europa.eu/eeas/questions-and-answers-about-east-stratcom-task-force_en#11248>*

[23] Europaparlament Webseite, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften „CHARTE DES DROITS FONDAMENTAUX DE L'UNION EUROPÈENNE (2000/C 364/01)" „CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION (2000/C 364/01)", am 18.12.2000: *<https://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_fr.pdf>*

[24] Europäische Kommission Webseite „Communication From The Commission To The European Parliament, The Council, The European Economic And Socialcommittee And The Committee Of The Regions - Tackling Online Disinformation: A European Approach" („Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- Und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen - Bekämpfung der Online-Desinformation: ein europäischer Ansatz"), am 26.4.2018: *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236&from=EN>*

gliedstaaten und Nachbarländern sowie den Austausch bewährter Verfahren" (S. 33, 151, Übersetzung des Autors) [15].

Im Jahr 2018 wurde der Posten „Strategische Kommunikation" (Posten 2214) mit 800.000 EUR [16] ad-hoc in den Haushalt des EAD aufgenommen. Ab dem Haushalt 2019 finden die Ziele der Bekämpfung von Desinformation sowie der Gegen-Desinformation ihren festen Platz im europäischen Haushalt, der von Jahr zu Jahr auf zunächst 2 Mio. € (2019) [17] und zuletzt bis auf 6 Mio. € (geplant für 2023) [18] anstieg. Dass es sich bei EUvsDisinfo also um eine Kreatur der europäischen Institutionen handelt, dürfte, angesichts dessen sowie den hinzutretenden Tatsachen, dass EUvsDisinfo seine Büroadresse mit der des EAD teilt [19] und es obendrein das Akronym der EU im Namen trägt, außer Frage stehen.

… militärischer Natur

Man könnte nun einwenden, dass all dies jedoch noch nicht den militärischen Charakter von EUvsDisinfo eindeutig gezeigt hat. Kommen wir dazu. Der ESTF beteiligt sich unter anderem am G7 Rapid Alert System (RAS) [20]. Das RAS wurde ebenfalls 2018 gegründet und scheint mit den amerikanischen Geheimdiensten, insbesondere der CIA, verbunden und ein Instrument zur Verbreitung des westlichen Diskurses zu sein [21]. Vor allem aber kommt das ESTF-Budget vom EAD. Dieses beinhaltet einen Posten von 9,2 Mio. € (2018) und mehr als 13,2 Mio. € (2023), geplant für nationale Experten, die vom Militär „sekundiert" werden. Auf der EAD-Webseite wird zudem deutlich darauf hingewiesen, dass das ESTF EUvsDisinfo finanziert und sein Budget auch für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, insbesondere mit der NATO, ausgibt [22]. Es bleibt bloß zu spekulieren, welcher Anteil dieser Ausgaben EUvsDisinfo für die Zusammenarbeit mit militärischen Organisationen, wie der NATO, zugutekommt.

EUvsDisinfo tritt daher als unabhängiges Medium auf, agiert aber als europäisches Staatsmedium, sogar militärtechnisch. EUvsDisinfo verbreitet „journalistische" Analysen und Berichte sowie Meinungen im öffentlichen Raum, während Artikel 11 der Europäischen Charta der Grundrechte Behörden (und das meint auch die europäischen Institutionen) formell untersagt, sich in die öffentliche Willensbildung einzumischen [23]. Die Kommission räumt dies in ihren eigenen Dokumenten sogar ein [24].

Sie handelt daher lieber heimlich. Einerseits delegiert sie die Arbeit der Zensur an Google & Co., indem sie ihnen einen Verhaltenskodex auferlegt. Andererseits erfindet sie sich als Schöpferin von Indikatoren ins Vertrauen in die Medien und stellt sich damit als vermeintlich unparteiischer Richter von Objektivität und Transparenz dar [25], während sie sich durch so intransparente (Gegen-) Propagandaplattformen wie EUvsDisinfo einmischt. Aus diesen Gründen stand die Plattform übrigens bereits im Fadenkreuz des niederländischen Parlaments, welches ihre Schließung forderte, nachdem mehrere niederländische Medien, die von der

Publiziert auf Free21 am 29.01.2023, 6:00 Uhr

Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (EDMO), zuletzt bearbeitet am 11.1.2023. (Screenshot: Europäische Kommission, https://digital-strategy.ec.europa.eu/de/policies/european-digital-media-observatory)

Plattform als „Desinformationshändler" aufgeführt wurden, eine Beschwerde eingereicht hatten [26].

Um all diese Maßnahmen zu rechtfertigen, umgeht die Kommission das Hindernis der Charta, indem sie eine komplexe grenzüberschreitende Gefahr anführt, die das Vertrauen in die europäischen Institutionen und die Demokratie untergrabe [27]. Diese von Grund auf neukonstruierte Begründung dient ihr dann als Grundlage für ein Eingreifen auf europäischer Ebene. Aber in Wirklichkeit dient sie nur dazu, die europäischen Institutionen vor jeglichen kritischen Stimmen bezüglich einer ganzen Reihe politischer Themen zu schützen, indem diese Stimmen wiederum von der Kommission als „hybride Bedrohungen" dargestellt werden [28]. Diese kämen sowohl von außen als auch von innen. Dies rechtfertige daher Maßnahmen im Innern der EU, deren Ziele die europäischen Völker sein werden, wie wir in den Folgen 3 [29] und 4 [30] gesehen haben.

Die Kommission schafft sich Spielzeuge an

Die News-Initiative [31] ist eine dieser EU-internen Maßnahmen der Kommission. Dies ist das erste Mal, dass im mehrjährigen Haushalt der EU (2021-2027) über das Programm „Creative Europe" Mittel speziell für die Unterstützung von Medien bereitgestellt werden. Die Initiative hat ein Mindestvolumen von 75 Mio. € und umfasst maximal knapp 121 Mio. € an europäischen Subventionen, verteilt auf drei große Blöcke, die jeweils verschiedene Projekte umfassen, die Ausschreibungsverfahren unterzogen wurden [32]. Wie so viele europäische Projekte wird die News-Initiative mit Schlagworten wie „Innovation" und „Wettbewerbsfähigkeit" [33] in einem positiven und einvernehmlichen Licht präsentiert. Damit dies überall durchgeht, besteht sie auf der Notwendigkeit eines diversifizierten, unabhängigen und pluralistischen Medienspektrums für europäische Demokratien. Aus diesem Grund ist die Initiative auch im Aktionsplan für Demokratie der Kommission [34] enthalten. Wer würde es wagen, dem zu widerstreben?

Bereits viel weniger umgänglich ist die Betonung des Kampfes gegen die „Bedrohungen der Desinformation" [35]. Und das ist das Problem. Denn an sich lobenswerte Projekte (z. B. Rapid Response Mechanism [36], Rechts- und Finanzhilfe für bedrohte Journalisten) stoßen auf andere, viel unheilvollere, wie etwa das des European Digital Monitoring Observatory (EDMO) [37], über das ich bereits vor mehr als einem Jahr für BAM! berichtete [38]. Auch die für die verschiedenen Projekte bereitgestellten Beträge verraten den Kern der Initiative: Alle lau-

Quellen:

[25] Europäische Kommission Webseite „Communication From The Commission To The European Parliament, The Council, The European Economic And Socialcommittee And The Committee Of The Regions - Tackling Online Disinformation: A European Approach" („Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- Und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen - Bekämpfung der Online-Desinformation: ein europäischer Ansatz"), am 26.4.2018: *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236&from=EN>*

[26] Euobserver Onlinezeitung, Arjen Nijeboer „Why the EU must close EuvsDisinfo" („Warum die EU EUvsDisinfo schließen muss"), am 28.3.2018: *<https://euobserver.com/opinion/141458>*

[27] Europäische Kommission Webseite „Communication From The Commission To The European Parliament, The Council, The European Economic And Socialcommittee And The Committee Of The Regions - Tackling Online Disinformation: A European Approach" („Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- Und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen - Bekämpfung der Online-Desinformation: ein europäischer Ansatz"), am 26.4.2018: *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236&from=EN>*

[28] Europäische Kommission Webseite „Communication From The Commission To The European Parliament, The Council, The European Economic And Socialcommittee And The Committee Of The Regions - Tackling Online Disinformation: A European Approach" („Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, dem Europäischen Wirtschafts- Und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen - Bekämpfung der Online-Desinformation: ein europäischer Ansatz"), am 26.4.2018: *<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018DC0236&from=EN>*

[29] Free21 Magazin, Colin Meier „Propaganda, die Kehrseite der Zensur: das Volk, der innere Feind", am 19.11.2022: *<https://free21.org/propaganda-die-kehrseite-der-zensur-das-volk-der-innere-feind/>*, Original (franz.): *<https://bam.news/societe/investigation/la-propagande-le-revers-poli-de-la-censure-le-peuple-l-ennemi-interieur-episode-3>*

[30] Free21 Magazin, Colin Meier „Die Handschrift der „Experten"", am 20.12.2022: *<https://free21.org/die-handschrift-der-experten/>*, Original (franz.): *<https://bam.news/societe/investigation/la-griffe-des-experts-episode-4>*

[31] Europäische Kommission, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „The 'News Initiative' -

A free, viable and pluralistic media environment is key to keeping citizens informed, holding power to account, and strengthening open, democratic societies." („Die 'Nachrichteninitiative' - Ein freies, funktionsfähiges und pluralistisches Medienumfeld ist der Schlüssel, um die Bürger zu informieren, die Macht zur Rechenschaft zu ziehen und offene, demokratische Gesellschaften zu stärken."), zuletzt aktualisiert am 11.1.2023: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/news-initiative>*

[32] Europäische Kommission, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „Media sector calls – EU support to the news media sector" („Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen im Mediensektor - EU-Unterstützung für den Nachrichtenmediensektor"), zuletzt aktualisiert am 24.2.2022: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/funding-news-media-sector>*

[33] Wir können uns auch die Frage stellen, welche Medien in Konkurrenz zu anderen gesetzt werden müssten. Sollten sie ursprünglich nicht einen öffentlichen Dienst erbringen, indem sie Informationen, Fakten und Wahrheiten verbreiten? Wenn ja, sollte ein solch öffentlicher Dienst nicht unabhängig vom Wettbewerbsgeist existieren? Kann überhaupt die...

fenden Projekte zum Schutz von Journalisten, Freiheit und Pluralität der Medien vereinen knapp über 14,3 Millionen € [39], während das EDMO-Projekt, das darauf abzielt, ein internationales Netzwerk zur Beobachtung von Desinformationskampagnen aufzubauen, auf sich allein 11 Mio. € [40] konzentriert! Das höchstdotierte Projekt mit mindestens 26 Mio. €, ist ein Projekt zur Förderung neuer Medientechnologien, insbesondere im Bereich „Virtual/Augmented Reality" [41]. Weitere wichtige Projekte sind Informationen über europäische Angelegenheiten per Radio (4,4 Mio. € [42]) und der Fernsehsender Euronews (16 Mio. € [43]). Die Auswertung der wichtigsten Posten der Initiative hinterlässt den Eindruck, dass Innovationen hauptsächlich in den Bereichen Digitalisierung und Überwachung des Internets zu finden sind, während der Rest sehr nach business as usual aussieht (d.i. Subventionen für Radio und Euronews).

Fragwürdige Unabhängigkeit

Selbst wenn durch diese Initiative, die nichts anderes als eine Verteilung öffentlicher Gelder ist, lobenswerte Projekte finanziert werden könnten, wie könnte man nicht auf den Gedanken kommen, dass diese bloß als Alibi dienen werden? Aber das ist nicht einmal die wesentliche Frage. Die wesentliche Frage lautet: Was sind die Garantien für die Unabhängigkeit der geförderten Projekte von den europäischen Institutionen und die für die Nichteinmischung durch ebendiese? Bestehen diese Garantien für den Fall, dass journalistische Informationen die europäischen Institutionen kritisieren und ins Fadenkreuz von EU-finanzierten Desinformationsjägern geraten? Denn auf der Seite der News-Initiative steht ganz klar, dass sie „zuverlässige Informationen über die EU" fördern will [44].

Und wer entscheidet im Streitfall darüber, was „zuverlässige Informationen über die EU" sind? Die Big Tech, an die die Kommission die Rolle der Zensoren delegiert hat [45, 46]? Die voreingenommenen europäischen Institutionen mit ihrem Aktionsplan für Demokratie und ihrem mehr als zweifelhaft definiertem Konzept der „Desinformation" [47]? Plattformen, die auf dieser suspekten Basis Jagd auf Desinformation machen und von der EU zu ebendiesem Zweck geschaffen und finanziert werden, wie EUvsDisinfo, EDMO oder EU DisinfoLab [48]? Die Justiz? Es sei angemerkt, dass sogar der Europäische Gerichtshof im Nachhinein das von der Kommission mandatslos erlassene Verbot der russischen Medien RT und Sputnik bestätigt hat [49]. Wird das Mediensystem, das die EU aufbaut, wirklich unabhängige Medien zulassen? Oder dient es eher der Einbettung des Journalismus? Misstrauen ist angebracht.

Quellen:

[33] ...Wahrheit dem Konkurrenzgeist entspringen? Wie das? Beherrscht dieser die Medien nicht etwa bereits und das seit Jahrzehnten? Ist nicht gerade dies das Problem? Inwiefern weicht das, was das News-Projekt vorschlägt, also innovativ vom bestehenden Mediensystem ab, welches bereits Informationen zu einem Gegenstand von Wettbewerb und Profit gemacht und zur heutigen medialen Schieflage überhaupt erst geführt hat?

[34] Europäische Kommission Webseite „European Democracy Action Plan" („Europäischer Aktionsplan für Demokratie"): *<https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/new-push-european-democracy/european-democracy-action-plan_en#documents>*, oder auch hier: *<https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/eu_action_plan_on_human_rights_and_democracy_2020-2024.pdf>*

[35] Europäische Kommission, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „The 'News Initiative' - A free, viable and pluralistic media environment is key to keeping citizens informed, holding power to account, and strengthening open, democratic societies." („Die 'Nachrichteninitiative' - Ein freies, funktionsfähiges und pluralistisches Medienumfeld ist der Schlüssel, um die Bürger zu informieren, die Macht zur Rechenschaft zu ziehen und offene, demokratische Gesellschaften zu stärken."), zuletzt aktualisiert am 11.1.2023: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/news-initiative>*

[36] Europäische Kommission Webseite „Funding & tender opportunities" („Finanzierung und Ausschreibungsmöglichkeiten"), zuletzt aktualisiert am 21.9.2022: *<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/crea-cross-2022-mfp-rapidresponse>*

[37] Europäische Kommission Webseite, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „Eight proposals selected to become the first hubs of the European Digital Media Observatory" („Acht Vorschläge wurden ausgewählt, um die ersten Zentren der Europäischen Beobachtungsstelle für digitale Medien zu werden"), am 26.5.2021: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/eight-proposals-selected-become-first-hubs-european-digital-media-observatory>*

[38] BAM!News Magazin, Colin Meier „ÉPISODE 3/4 : Le terrain de jeu des GAFAM et du monde politique" („ÉPISODE 3/4 : Le terrain de jeu des GAFAM et du monde politique" („EPISODE 3/4: Der Spielplatz der GAFAM und der Politik"), am 16.9.2021: *<https://bam.news/societe/investigation/episode-3-4-le-terrain-de-jeu-des-gafam-et-du-monde-politique>*

[39] Europäische Kommission Webseite, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „Media sector calls — EU support to Media Freedom and Pluralism" („Aufrufe des Mediensektors - EU-Unterstützung für Medienfreiheit und -pluralismus"), zuletzt aktualisiert am 20.1.2023: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/funding-media-freedom>*

[40] Europäische Kommission Webseite, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „Media sector calls - Citizen engagement and public sphere" („Aufrufe im Mediensektor - Bürgerengagement und öffentlicher Raum"), zuletzt aktualisiert am 20.1.2023: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/funding-engagement-media>*

[41] Europäische Kommission Webseite, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „Horizon Europe call for proposals - Innovation for media" („Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen von Horizont Europa - Innovation für Medien"), am 22.6.2021: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/funding/horizon-europe-call-proposals-innovation-media>*

[42] Europäische Kommission Webseite, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „Covering EU affairs through radio" („Berichterstattung über EU-Themen im Rundfunk"), am 17.6.2022: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/funding/covering-eu-affairs-through-radio>*

[43] Europäische Kommission Webseite, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „The EU's multimedia actions aim to strengthen news reporting on EU affairs from pan-European points of view." („Die Multimedia-Aktionen der EU zielen darauf ab, die Berichterstattung über EU-Angelegenheiten aus gesamteuropäischer Sicht zu stärken."), zuletzt aktualiasiert am 12.8.2022: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/multimedia-actions>*

[44] Europäische Kommission Webseite, Gestaltung der digitalen Zukunft Europas „A free, viable and pluralistic media environment is key to keeping citizens informed, holding power to account, and strengthening open, democratic societies." („Ein freies, funktionsfähiges und pluralistisches Medienumfeld ist der Schlüssel, um die Bürger zu informieren, die Macht zur Rechenschaft zu ziehen und offene, demokratische Gesellschaften zu stärken."), zuletzt aktualisiert am 11.1.2023: *<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/news-initiative>*

[45] BAM!News Magazin, Colin Meier „ÉPISODE 3/4 : Le terrain de jeu des GAFAM et du monde politique" („ÉPISODE 3/4 : Le terrain de jeu des GAFAM et du monde politique" („EPISODE 3/4: Der Spielplatz der GAFAM und der Politik"), am 16.9.2021: *<https://bam.news/societe/investigation/episode-3-4-le-terrain-de-jeu-des-gafam-et-du-monde-politique>*

[46] BAM!News Magazin, Colin Meier „La censure, encouragée sans vergogne par les autorités européennes" („Zensur, die von den europäischen Behörden schamlos gefördert wird"), am 19.1.2022: *<https://bam.news/articles/la-censure-encouragee-sans-vergogne-par-les-autorites-europeennes>*

[47] BAM!NEWS Magazin, Colin Meier „La propagande, le revers poli de la censure : la Russie, l'ennemi extérieur (Episode 2)" („Propaganda, die höfliche Kehrseite der Zensur: Russland, der äußere Feind (Episode 2)", am 1.7.2022: *<https://bam.news/societe/investigation/la-propagande-le-revers-poli-de-la-censure-la-russie-l-ennemi-exterieur>*

[48] BAM!News, Colin Meier „ÉPISODE 4/4 : Tout le malheur du monde" („EPISODE 4/4: Alles Schlechte der Welt"), am 20.9.2021: *<https://bam.news/societe/investigation/episode-4-4-tout-le-malheur-du-monde>*

[49] Gerichtshof Der Europäischen Union, Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-125/22 | RT France/Rat „Le Tribunal, en grande chambre, rejette la demande de RT France..." („Das Gericht weist in seiner Großen Kammer den Antrag von RT France zurück...."), am 27.7.2022: *<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-07/cp220132fr.pdf>*

Publiziert auf Free21 am 29.01.2023, 6:00 Uhr

Dieser Text wurde zuerst am 15.11.2022 auf www.rubikon.news unter der URL ‹https://rubikon.news/artikel/der-fahige-aussenminister› veröffentlicht. Lizenz: Hermann Ploppa, Rubikon, CC BY-NC-ND 4.0

Walther Rathenau, deutscher Industrieller und Politiker, 1867-1922 (Foto: Unbekannt, Wikimedia Commons, CC0)

Der **fähige** Außenminister

Deutschland war vor genau einhundert Jahren schon einmal abgeschnitten vom eurasischen Markt – damals musste Walther Rathenau sein Eintreten für Deutschland mit dem Leben bezahlen.

Autor: Hermann Ploppa

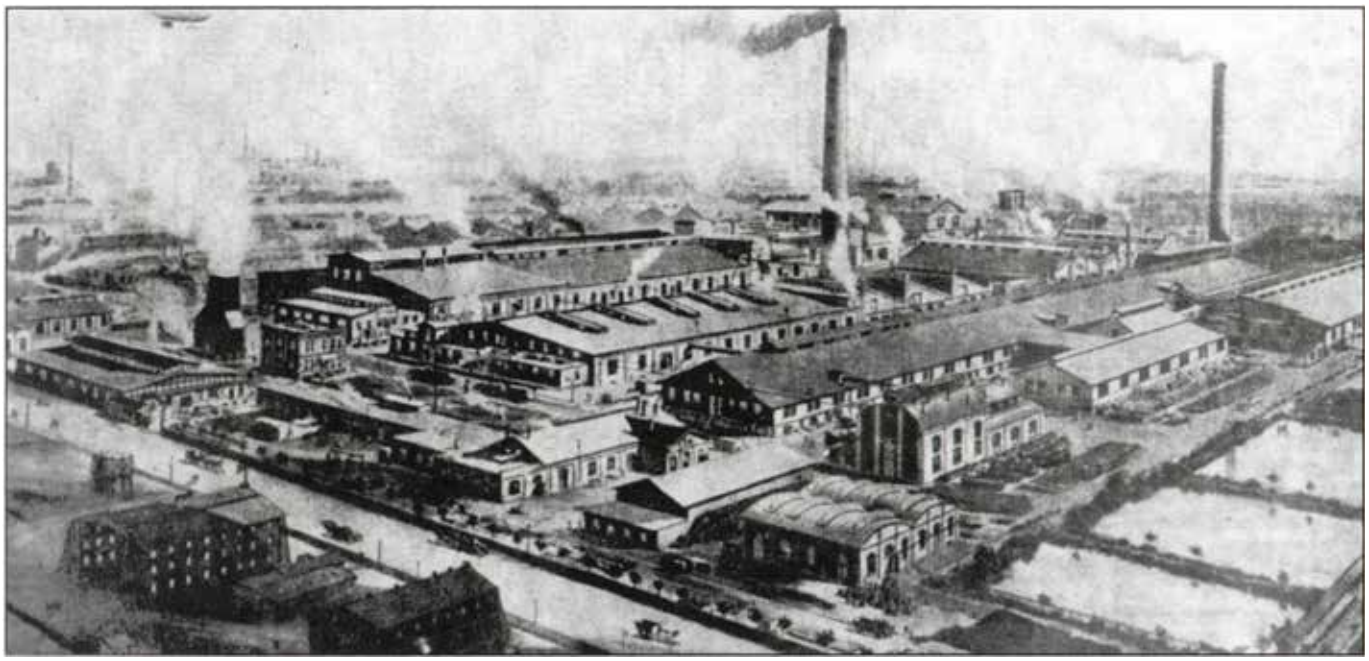
Hermann Ploppa ist Politologe und Publizist. Er hat zahlreiche Artikel über die Eliten der USA veröffentlicht, unter anderem über den einflussreichen Council on Foreign Relations. 2008 veröffentlichte er „Hitlers Amerikanische Lehrer“, in dem er bislang nicht beachtete Einflüsse US-amerikanischer Stiftungen und Autoren auf den Nationalsozialismus offenlegte. Sein Bestseller „Die Macher hinter den Kulissen – Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern“ sorgt nach wie vor für angeregte öffentliche Diskussionen.

Die Bilder aus den Jahren 1922 und 2022 ähneln sich in einigen Aspekten in frappierender Weise: Damals wie heute wurde versucht, Deutschland von seinen Rohstofflieferanten abzuschneiden. Die Zukunft Deutschlands stand und steht auf der Kippe. Die Art und Weise, wie der damalige Außenminister Deutschland aus der Zwickmühle herausführte, war genial und wagemutig zugleich. Eine solche Courage ist auch heute unerlässlich, um der fortschreitenden Zerstörung des Wirtschaftsstandortes Deutschland entgegenzuwirken.

Die Geschichte von Rathenau ist oft erzählt worden. Dennoch gibt es bedeutende Zusammenhänge, die bislang nicht ausreichend gewürdigt wurden. Tauchen wir also ein in das Leben von Walther Rathenau. Wir können viel von ihm lernen.

Zur Person

Walther Rathenau wurde im Herbst 1867 in Berlin geboren. Sein Vater Emil Rathenau stand am Beginn einer rasanten Unternehmerkarriere. Die Rathenaus wohnten, wie auch die erste Generation der Krupp-Dynastie, noch selber in einer Fabrikantenvilla inmitten des eigenen Fabrik-Komplexes. So dürften angeschwärzte Hausfassaden ebenso wie die schroffe Geräuschkulisse von dampfgetriebenen Maschinen-Ungetümen zu den ersten Eindrücken von Walther gehört haben. Doch der Vater wird schnell sehr reich. Die Rathenaus ziehen in den Grunewald. Denn Emil Rathenau ist einer der ersten „Start-Up“-Unternehmer. In geradezu preußischer Loyalität sieht Emil Rathenau sich seinen Shareholdern



Elektrochemische Werke GmbH (ECW) Werk Nord am 7. April 1910 Foto: Chemiepark Bitterfeld-Wolfen GmbH, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

verpflichtet, wie er zu Protokoll zu geben weiß: „Wir müssen für die Aktionäre Geld verdienen; eine andere Aufgabe haben wir nicht, dafür sind wir angestellt; wir haben nur dann unsre Schuldigkeit getan, wenn das Unternehmen großen Gewinn bringt.“ [1]

Das machte auf seinen Sohn Walther nicht immer den aller vorteilhaftesten Eindruck, wie sein Biograph Harry Graf Kessler berichtet: „Sein Vater war nicht Herr, sondern Knecht der von ihm selbst aufgerichteten riesigen Maschine: um so unfreier, je größer diese Maschine wurde. Und hierdurch bekam das Verhältnis zwischen Vater und Sohn einen neuen Stoß.“ [2] Sklave seiner Aktionäre zu sein, das wies Walther zunächst weit von sich. Lieber wollte er Maler, Dichter, Philosoph, Diplomat oder Offizier im gehobenen Dienst werden. Doch letztlich fügt er sich wie dereinst der Musiker und Philosoph Friedrich der Große in die für ihn zwingend vorgesehene Loipe.

Um in dem schnell zum Global Player aufsteigenden Elektrokonzern AEG ein gewichtiges Wörtchen mitzureden, studiert er in Straßburg und in Berlin Physik, Chemie, und noch ein bisschen Philosophie, um dann seine Ausbildung durch ein Maschinenbau-Studium in München abzurunden. Oder gibt es nicht doch noch eine Möglichkeit, der Knechtschaft über den Weg einer Militärkarriere zu entkommen?

Walther Rathenau meldet sich als „Einjährig-Freiwilliger“ bei einem sogenannten „Garde-Kürassier-Regiment“. Schneidig posiert er in vollem Uniform-Dekor für den Photographen. Doch die in dem Bild hergezeigte freudige Erwartung auf eine gehobene Offizierslaufbahn soll bald bitter enttäuscht werden, denn, so klagt Rathenau: „In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick, an den er sich zeitlebens erinnert: wenn ihm zum ersten Male voll bewusst wird, dass er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist, und dass keine Tüchtigkeit und kein Verdienst ihn aus dieser Lage befreien kann.“ Tatsächlich kann ein Jude im immer noch feudal geprägten Preußen keine Karriere beim Militär machen. Immerhin herrscht in jenen Tagen in Deutschland noch ein rein religiös motivierter Antisemitismus. Rathenau hätte nur in die Evangelische Kirche einzutreten brauchen, und alles wäre gut gewesen. Das will Rathenau aber nicht.

Also begründet der junge Mann stattdessen mal eben den chemischen Komplex von Bitterfeld. Mit dem Geld seines Vaters lässt er eine Fabrik zur Gewinnung von Waschsoda aus dem Boden stampfen. Für die Elektrolyse wird die in der Region verfügbare Braunkohle eingesetzt. Und schon bald darauf entsteht noch ein Komplex in Rheinfelden. Walther hat seine Sache gut gemacht. Als die Anlage von selbst weiterlaufen kann, verlässt Rathenau 1907 Bitterfeld und steigt in den Vorstand der väterlichen AEG und in die mit ihr verbundene Hausbank Berliner Handelsgesellschaft ein. Die ödipale Distanz zu seinem Vater ist im täglichen Zusammenwirken an der Spitze des Weltkonzerns AEG einer engen Vertrautheit gewichen.

Als Firmengründer Emil Rathenau im Jahre 1915 stirbt, tritt sein Sohn Walther an die Spitze des Aufsichtsrats. Er ist der große Visionär, während sein Partner Felix Deutsch die Tagesgeschäfte führt. Nebenbei unternimmt Walther Reisen in das noch weitgehend naturbelassene Afrika. Er begleitet dabei den obersten Verantwortlichen für die kaiserliche Kolonialverwaltung, Bernhard Dernburg. Nach dem Skandal des deutschen Umgangs mit den Herero-Aufständen befindet sich die deutsche Kolonialpolitik in einer schweren Sinnkrise. Rathenau und Dernburg kommen zu dem Schluss, dass eine großräumige wirtschaftliche Nutzung Afrikas keinen Sinn mache. Auch Deutsche dort in

Publiziert auf Free21 am 23.12.2022, 6:00 Uhr

großem Stil anzusiedeln, könne man nicht empfehlen.

Nebenbei fand Walther Rathenau auch noch die Zeit, mit seinem Vater zusammen die Nationale Automobil Gesellschaft (NAG) zu gründen. Hier wurden neben Luxuskarossen auch Nutzfahrzeuge hergestellt. Über hundert Jahre vor Elon Musks Tesla-Flitzern brachte die NAG serienreife Elektroautos auf den Markt. Um das Bild voll zu machen, veranlasste Rathenau die Gründung der ersten Linienflug-Gesellschaft, aus der die allseits bekannte Lufthansa hervorging. Im Laufe seines relativ kurzen Lebens bekleidet Rathenau Aufsichtsratsposten in 86 inländischen und 21 ausländischen Großunternehmen. Das Wort vom „Aufsichtsrathenau“ macht die Runde.

Rathenau gehört zur europäischen Elite, woraus er kein Geheimnis macht:

> „Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents.“

So schreibt er im Jahre 1909 in einer Tageszeitung. Diese Äußerung sollte sich für ihn noch als verhängnisvoll erweisen.

Künstler, Philosoph, Mäzen und Autor

Brauchte der Mann denn nicht irgendwann auch mal Schlaf? Stefan Zweig hat Rathenau nach dessen Tod einen Aufsatz gewidmet [3]. In unserer Vorstellung erscheint ein Mann, dessen Geist nie Ruhe findet. Stattdessen sich ständig im Turbo-Modus befindet. Stefan Zweig: „Beispiellose Geschwindigkeit des Begreifens … Nicht ein Senfkorn Wahn oder Gläubigkeit gab ihm Ruhe und Tröstung. Er konnte sich nicht verlieren. Sich nicht vergessen.“ Walther Rathenau war zwar „Hans Dampf in allen Gassen“, wie seine Gegner despektierlich äußerten. Dennoch: obwohl er täglich mit sehr vielen Menschen zu tun hatte, umgab ihn eine unnahbare Kühle. Er war Single. Aus der Ferne und rein platonisch in unzähligen Briefen, aus denen Harry Graf Kessler in seiner Biographie gerne zitiert, liebte er Elisabeth „Lili“ Deutsch, die Frau seines AEG-Geschäftsführers Felix Deutsch. Frauenlos und kalt-museal residierte Rathenau in seinen Gemächern der Prunkvilla in Berlin-Grunewald und in seinem Gut irgendwo ganz weit draußen auf dem Land. Eine „furchtbare Einsamkeit“ umgab ihn, so wieder Zweig: „Man kam ihm nie ganz nahe.“

In seiner Freizeit mischte Rathenau in unendlich vielen Vereinen mit. Förderte Kunst und Kultur mit großzügigen Zuwendungen. Den expressionistischen Maler Edward Munch unterstützte er und ließ sich von seinem Vetter Max Liebermann porträtieren. In einer Festschrift ist zu lesen: „Er [Rathenau] wurde regelrecht zum Kommunikationsmittelpunkt des öffentlichen Lebens in Deutschland.“ [4]. Das ist sicher nicht übertrieben. Auch den Kaiser kannte er. Seine Majestät und Rathenau waren sich in herzlicher Abneigung verbunden. Kein Wunder. Denn Rathenau lieferte regelmäßig Artikel für Maximilian Hardens Zeitschrift Die Zukunft. Harden ließ kein gutes Haar an Kaiser Wilhelm II. und trat 1907 eine ekelhafte homophobe Intrige gegen Wilhelms engsten Vertrauten, Philipp Fürst zu Eulenburg, los. Und Rathenau hielt auch nicht hinter dem Berg mit seiner Prognose, dass es mit dem Wilhelm noch ein böses Ende nehmen würde.

Rathenau schrieb jede Menge Aufsätze für Zeitschriften. Er veröffentlichte bemerkenswerte Bücher, aus denen eine geradezu prophetische Gabe erkennbar wird, die wesentlichen Strömungen und Entwicklungen seiner Zeit gedanklich zu bündeln und daraus auch gangbare Handlungsvorschläge zu extrahieren. Dabei ist seine Prosa sehr eigenständig und nicht sofort verständlich. Rathenaus Zeit ist eine Zeit auch des sprachlichen Umbruchs. Des Stochern im Nebel nach geeigneten neuen Wörtern. Nach ganz neuen Wortschöpfungen. Und dann wieder lyrisch anmutende Abschnitte.

Rathenau bejaht in seinen politischen Aufsätzen durchaus eine Konzentration der Wirtschaft auf große Konzerne und Kartelle.

Diesen industriell-finanzkapitalistischen Moloch-Strukturen traut er trotz aller aufgetretenen Mängel das Potenzial zu, im engen Zusammenwirken mit einem sozial aufgeklärten Nationalstaat zum Gemeinwohl beitragen zu können.

Der Staat muss lenkend eingreifen in die Konzerntätigkeiten und diese zu einem schonenden Umgang mit Ressourcen und Menschen anleiten. Erstaunlich moderne Gedankengänge lange vor der sustainable development, der nachhaltigen Entwicklung.

Viele Gedanken Rathenaus finden sich später in den neoliberalen Ordo-Prinzipien bei Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Ludwig Erhard wieder. Sehr bald sollten die Impulse von Walther Rathenau in das große Weltgeschehen eingehen. Der Anlass war eher unerfreulicher, weil martialischer Natur.

Rathenau und der Große Krieg

Es ist Sommer 1914. Das Attentat auf den österreichisch-ungarischen Thronanwärter Franz Ferdinand und seine Gattin in Sarajewo wird von interessierten Kreisen zu einer Staatsaffäre aufgeblasen, bis es dann wirklich richtig zu krachen beginnt. Und natürlich machen alle Regierungen und die mit ihnen verbandelten Zeitungen „ihren Jungs“ den kriegerischen Gang zur Schlachtbank damit schmackhaft, indem man sagt: „Zu Weihnachten seid Ihr wieder zu Hause bei Mama!“ Für die deutschen Soldaten quasi ein Kinderspiel: „Jeder Tritt ein Brit’. Jeder Stoß ein Franzos’. Jeder Schuss ein Russ’.“

Rathenau lehnt diesen Krieg ab. Er weiß genau, dass es nach einem solchen Waffengang im neuen technologischen Massenmord-Design des Industriezeitalters keine Gewinner geben kann. Alle werden hinterher sehr abgebrannt dastehen. Egal ob Sieger oder Verlierer. Und wie er so die Potenziale der deutschen Streitkräfte durchrechnet, macht er eine ungute Entdeckung. Auch die deutschen Streitkräfte sind nämlich auf Ammoniak für ihre Munition angewiesen. Doch Salpeter wird zum großen Teil aus Übersee importiert, unter anderem aus Chile. Und da die englische Marine auf allen Weltmeeren unangefochtener Platzhirsch ist, können die Briten ohne Weiteres den Nachschub

Wohlfahrts-Karte des Vaterländischen Frauenvereins, Provinzialvereins Berlin zum Besten der Kriegsfürsorge um 1914 (Foto: Studio A. Mocsigay, Hamburg, Wikimedia Commons, CCo)

von Salpeter und natürlichem Ammoniak durch die Seeblockade absperren. In nicht allzu ferner Zukunft müsste dann Deutschland kapitulieren. Ganz einfach, weil den Streitkräften die Munition ausgegangen ist! Man sieht, unsäglich blöde Politiker und Militärs hat es auch früher schon gegeben. Rathenau sucht den Oberbefehlshaber der kaiserlichen Streitkräfte umgehend auf und überreicht ihm sein Memorandum [5].

Und weil Rathenau nicht der Mann ist, der sich lange bei Unzulänglichkeiten aufhält, offeriert er auch gleich Lösungsvorschläge. Kurzfristig müsse man schauen, was man alles an Restbeständen an Rohstoffen für Munition in Deutschland und in den bereits besetzten Gebieten auftreiben könne. Hier kam auch die Idee des Recyclings zum ersten Mal im großindustriellen Stil auf. Der preußische Kriegsminister Erich von Falkenhayn ist klug genug zu erkennen, dass Rathenau schlichtweg recht hat. Er setzt Rathenau sofort als Chef einer neu einzurichtenden Kriegsrohstoffabteilung ein und beauftragt ihn damit, die besten Fachleute dort zu versammeln. Die nach wie vor ideologisch vollkommen bornierten Generäle reagieren mit einer eigenen Denkschrift: Diesen Juden und Zivilisten Rathenau geht der Krieg nichts an!

Forsch beauftragt man die Marine, die englische Militärbasis auf den Falkland-Inseln zu stürmen, um den Weg frei zu machen für das chilenische Salpeter. Doch die Aktion unter Admiral Maximilian, Graf von Spee scheitert fürchterlich. Tausende deutsche Jungs ersaufen elend im kalten Atlantik. Nun hören die schneidigen Militärs den Leuten aus Rathenaus Kriegsrohstoffabteilung schon etwas kleinlauter zu. Rathenau hat Nobelpreis dekorierte Top-Chemiker wie Carl Bosch und Fritz Haber zur Mitarbeit gewinnen können. Die beiden Herren haben die Haber-Bosch-Synthese entwickelt. Dank dieses Verfahrens kann man das sowohl für Munition wie auch für die Düngung unerlässliche Ammoniak buchstäblich aus der Luft greifen und synthetisch extrahieren. Allerdings ist das Verfahren noch nicht weiterentwickelt für die industrielle Massenfertigung.

Jetzt, unter der größten Bedrohung eines verlorenen Krieges, tun sich Staat und Industrie zusammen, um diese Massenfertigung in Zeitraffer-Geschwindigkeit zu ermöglichen. In der Chemieanlage Oppau wird daran fieberhaft gearbeitet. Um bis zur Großproduktion synthetischen Ammoniaks noch ein bisschen Zeit zu gewinnen, verstricken sich Rathenau und seine Chemiker in die schwerste Schuld eines Kriegsverbrechens. Im ganzen Reich werden chemische Abfallprodukte zusammengekratzt — um daraus durch internationale Konventionen geächtete Giftgasportionen zu machen. In der Schlacht von Ypern am 22. April 1915 schießen die deutschen Einheiten Giftgas in die französischen Schützengräben. 15.000 französische Rekruten winden und wälzen sich in äußersten Schmerzen und Krämpfen der Vergiftung. Erblinden. 5.000 französische Soldaten sterben einen elenden Tod. Die Frau des ebenfalls an diesem Giftgasverbrechen beteiligten Chemikers Carl Duisberg begeht vor Verzweiflung und Scham Selbstmord. Man bedenke, dass all diese Chemiker nach dem Krieg zu Managern des weltgrößten Chemiekonzerns IG Farben aufsteigen konnten.

Die indirekte Beteiligung an den erbärmlichen Giftgasmorden ist nicht der einzige schwere Makel in der Biographie Walther Rathenaus. Seine Kriegsrohstoffabteilung requirierte nicht nur Rohstoffe im besetzten Belgien, sondern auch arbeitsfähige Männer wurden als Arbeitssklaven nach Deutschland entführt. Das ist einer von vielen inneren Rissen dieses Mannes.

Rathenau war gegen diesen Krieg gewesen. Als der Krieg dann aber doch ausgebrochen war, fühlte sich Rathenau, obwohl als Jude und Intellektueller massiv angefeindet, als deutscher Patriot. Er wollte dazu gehören. Der zurückgestoßene einjährige Kürassier, der nicht höherer Offizier werden durfte, steht nun als Zivilist und Jude doch noch auf demselben Podest wie die arrogant verblendeten Generäle. Dafür hat er viel von seinem Wesen geopfert.

Hat sich mit Schuld beladen, um endlich auch ein Teil der deutschen Volksgemeinschaft sein zu dürfen.

Der englische Geopolitiker Halford Mackinder hat einmal über den Ersten Weltkrieg geurteilt, dieser sei ein „Katalysator der Weltgeschichte“. In der Tat hat der Krieg gigantische Eruptionen im technischen Fortschritt gebracht. Man führe sich nur einmal folgendes vor Augen: 1904 gelang den Gebrüdern Wilbur und Orville Wright der erste motorisierte Flug. Und wenige Jahre später, im Ersten Weltkrieg, nehmen Flugzeuge und Zeppeline bereits am Gefechtsgeschehen teil. Und auch die Idee, die Entwicklung massenindustrieller Fertigungstechni-

Publiziert auf Free21 am 23.12.2022, 6:00 Uhr

ken in eng verzahnter Zusammenarbeit von Militär, privater Wirtschaft und Staat offensiv voranzutreiben, lag in der Luft. Und Rathenau hat dieses Konzept mit der Erfindung der Kriegsrohstoffabteilung (KRA) aus der Luft in die materielle Wirklichkeit geholt. Rathenaus Konzept ist die Grundlage des von Marxisten Staatsmonopolkapitalismus (Stamokap) genannten Phänomens.

Und die USA werden hellhörig. Dieser Deutsche namens Rathenau hat, wie die amerikanische Zeitung Times am 15. Oktober 1915 titelt, „eine der größten Ideen der modernen Zeiten“ ausgebrütet. Damals hielten sich die USA noch vornehm aus dem Krieg heraus. Als die Amerikaner 1917 jedoch selbst an der Seite Großbritanniens und Frankreichs in den Krieg eintreten, kopieren sie Rathenaus Konzept der Kriegsrohstoffabteilung komplett. Alle Materialien, alle Betriebe, das gesamte verfügbare Personal in den USA wird zentral erfasst und der Maschine des Totalen Krieges einverleibt. Das Äquivalent der Kriegsrohstoffabteilung heißt in den USA War Industries Board [6]. Hier sind alle Wirtschaftsbosse der großen Konzerne und Kartelle versammelt. Kleinere „unrentable“ Betriebe werden einfach abgeschaltet. Alles wird reglementiert. Sogar, welche Schuhe noch produziert werden dürfen. Private Konzerne und der Staat sind zu einer Einheit verschmolzen, zumindest für die Dauer des Krieges. Was hier vollzogen wurde, ist nichts anderes als die Blaupause für die sozialistische Planwirtschaft. Die beiden Sowjetlenker Nicolai Bucharin und Wladimir Iljitsch Lenin sind nämlich von der deutschen und amerikanischen Planwirtschaft so begeistert, dass sie das Konzept für das Sowjetreich übernehmen. Auch in Friedenszeiten und mit nunmehr verstaatlichter Wirtschaft.

Rathenau hatte die Kriegsrohstoffabteilung schon im Jahre 1915 wieder verlassen. Typisch Rathenau: Wenn er ein Unternehmen erfolgreich in die Welt gesetzt hat, das selbst weiter laufen kann, dann wendet sich der rührige Unternehmer dem nächsten Projekt zu. In diesem Falle wurde Rathenau nach dem Ableben seines Vaters Emil dringend an der Spitze des Elektrokonzerns AEG gebraucht. Doch er mischt sich als Artikelschreiber

Bekanntmachung der Kriegsrohstoffabteilung, 1918
(Poster: Louis Oppenheimr, Wikimedia Commons,CC-PD-Mark)

nach wie vor in das Kriegsgeschehen ein. Zunächst hatte Rathenau sich massiv für Erich Ludendorff als neue Führungsgestalt im deutschen Generalstab eingesetzt. Das sollte er allerdings bald bereuen. Die unausgereiften Entschlüsse von Ludendorff werden von Rathenau als verhängnisvoll angeprangert.

Nach wie vor bleibt die Geschichtsschreibung eine Antwort auf die Frage schuldig, warum Ludendorff im Jahre 1917 den totalen U-Boot-Krieg gegen alle auf dem Atlantik verkehrenden Schiffe verordnete. Es war doch klar, dass einflussreiche Kreise in den USA nur auf eine solche Steilvorlage des deutschen „Reichsquartiermeisters“ Ludendorff gelauert hatten. Damit hat Ludendorff den Eintritt der USA in den Krieg auf der Seite der Entente-Mächte geradezu erzwungen. Rathenau ist entsetzt. Der Krieg ist damit definitiv verloren. Dazu das flegelhafte Verhalten der deutschen Verhandlungsführer gegen die sowjetische Delegation in Brest-Litowsk.

Der gerade gewonnene Vorteil durch die Beendigung des Krieges an der Ostfront war zunichte gemacht. Um sich vor der Verantwortung zu stehlen, stellte Ludendorff die deutsche Öffentlichkeit mit seinem Alleingang beim Ersuchen eines sofortigen Waffenstillstands am 29. September 1918 vor vollendete Tatsachen. Die Suppe des durch Ludendorff verloren gegangenen Krieges sollten nunmehr zivile Politiker auslöffeln, die bislang keine Mitsprache hatten. Ludendorff flüchtete unter falschem Namen nach Schweden, um erst wiederzukommen, wenn die Luft rein war.

Rathenau wird Minister

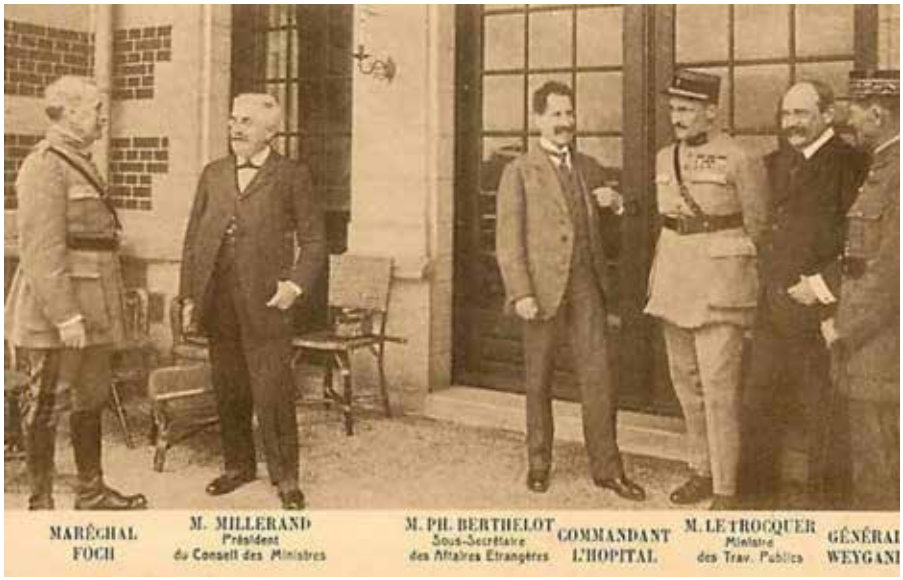
Zunächst will niemand Rathenau in der Politik sehen. Seine Rolle im Krieg war noch in frischer Erinnerung. Außerdem hatte Rathenau in der Öffentlichkeit eine Volkserhebung gefordert anstelle der kläglichen Kapitulation von Ludendorff [7]. Das kam bei den müden Rekruten, die seit Jahren im nordfranzösischen Schlamm herumrobben mussten, nicht so gut an. In den beiden revolutionären Jahren 1918 und 1919 hätte niemand einen Pfifferling darauf gewettet, dass Rathenau einmal eine Karriere in der Politik machen würde. Als jemand in der Nationalversammlung von Weimar Rathenau als möglichen Reichsprä-

sidenten vorschlug, führte das nur zu allgemeinem Gelächter.

Ende 1918 begannen intensive Überlegungen, wie die Bevölkerung mehr Kontrolle und Mitsprache erlangen kann, damit die großen Stahlkartelle und die Banken nicht noch einmal unkontrolliert einen totalen Krieg aus niedrigsten Profitinteressen heraus vom Zaun brechen können. Die Linken wollten den Kapitalisten Rathenau nicht dabei haben. Unter dem Eindruck des Kapp-Putsches im März 1920 bemühte man sich dann doch um ein breiteres politisches Bündnis. Nun berief man auch den Liberalen Rathenau in die zweite Sozialisierungskommission. Reichskanzler Joseph Wirth bat daraufhin Rathenau, auch ohne ein Regierungsamt an der Konferenz von Spa im Juli 1920 teilzunehmen. In genau jenem belgischen Kurort, wo Kaiser Wilhelm dereinst abzusteigen geruhte, trafen sich die vom Krieg direkt betroffenen Staaten Europas. Und hier durfte auch die deutsche Delegation mit vollem Mitspracherecht teilnehmen. Das war das erste Mal seit dem Diktatfrieden von Versailles [8]. Rathenaus weit reichende Beziehungen in Europa öffneten den Deutschen viele zusätzliche Türen.

Bis jetzt konnte man von einem Dialog zwischen den Siegermächten und den unterworfenen Achsenmächten nicht sprechen. Die Sieger, unter ihnen besonders die französische Regierung, stellten schier unannehmbare Forderungen an Deutschland. Eine Reichsregierung nach der anderen wurde in diesem Kampf verschlissen. Rathenau und Kanzler Wirth machen jetzt zum ersten Mal konkrete Vorschläge, wie man sich vielleicht in der Mitte einigen kann. Aber wo ist die Mitte? Die Sieger hatten immer noch keine exakte Summe genannt, die Deutschland als Reparation entrichten sollte. Deutschland macht beherzt den ersten Zug und erklärt sich bereit, Frankreich ab sofort regelmäßig größere Kontingente Kohle zu liefern. Im Gegenzug lockern die Alliierten ihre Lebensmittelblockade gegen die deutsche Bevölkerung. Sie verlängern noch einmal die Fristen, bis wann die deutschen Streitkräfte ihre Abrüstung abgeschlossen haben sollten.

Ab diesem Zeitpunkt beginnt nun aber auch das Gerede seitens der radikalen Rechten, die Reichsregierung praktiziere eine „Erfüllungspolitik“. Mit anderen Worten: Exakt dieselben Leute, die Deutschland, salopp gesagt, in die Grütze gefahren und sich dann mehr oder weniger elegant aus der Verantwortung gezogen hatten, diffamieren jetzt gerade diejenigen, die die Karre wieder aus dem Dreck holen.



Die französischen Behörden in der Villa du Neubois (Spa) im Jahr 1920. Marschall Foch, Millerand Ministerpräsident; Herr Berthelot, Kdt des Krankenhauses; Herr Le Trocquer; General Weygand. (Foto: Unbekannt, Wikimedia Commons, CC-PD-Mark)

Auf deutscher Seite nahm auch der damals mächtigste deutsche Kapitalist, Hugo Stinnes, an der Konferenz teil.

Der cholerisch gestimmte Stinnes richtete sich zu ganzer Körperlänge vor den Briten und Franzosen auf und schleuderte den Alliierten seine Meinung ungehemmt ins Gesicht: Deutschland solle das Diktat der Alliierten nicht erfüllen. Egal, was passieren mag. Die Alliierten waren not amused.

Aber was sollte die deutsche Regierung denn eigentlich tun? Zurückkehren zu einem Kriegsmodus? Eine Massenerhebung, also so eine Art „Volkssturm“? Das hatte Rathenau ja exakt in jenem Moment vorgeschlagen, als Ludendorff den Alliierten Deutschland unbewaffnet und wehrlos auf dem Silbertablett servierte. Gerade durch die vollkommen überstürzte und nicht abgesprochene einseitige Kapitulation war Deutschland jetzt unwiderruflich in eine Situation der totalen Wehrlosigkeit geraten wie ein Käfer, der auf den Rücken gefallen ist und nun mit seinen sechs Beinen hilflos herumstrampelt. Die deutsche Bevölkerung litt akut an Unterernährung und war für Infektionen offen wie ein Scheunentor. So raffte die Spanische Grippe weltweit mindestens zwanzig bis fünfzig Millionen Menschen dahin. Einer verantwortungsbewussten Regierung blieb folglich nichts anderes übrig als eine pragmatische Politik der kleinen Schritte.

Ein Jahr später, im Mai 1921, ernennt Reichskanzler Wirth Rathenau zum Wiederaufbauminister. Rathenau weiß genau wie der britische Ökonom John Maynard Keynes, dass ein Wiederaufstieg der europäischen Nationen nur möglich ist, wenn man über nationale Grenzen hinweg ganze Regionen saniert [9]. So ist es im Sinne Deutschlands alles andere als uneigennützig, wenn Rathenau deutsche Wiederaufbauprogramme für die vom Krieg besonders zerstörten Regionen in Belgien und Frankreich entwickelt. Im Oktober 1921 trifft der Wiederaufbauminister Rathenau in Wiesbaden den französischen „Minister für die befreiten Gebiete“, Louis Lacheur. Bei den „befreiten Gebieten“ handelt es sich um Elsass-Lothringen, das Bismarck 1870

Publiziert auf Free21 am 23.12.2022, 6:00 Uhr

für Deutschland frech annektiert hatte, und das jetzt wieder zu Frankreich gekommen war. Lacheur und Rathenau verstehen sich ausgezeichnet. Lacheur hat sich ein Industrie-Imperium aufgebaut. Ist also ein Kollege von Rathenau. Im sogenannten Wiesbadener Abkommen verpflichtet sich Deutschland, Sachleistungen im Werte von sieben Milliarden Goldmark an Frankreich zu leisten. Der entsprechende Vertrag wird allerdings erst im Sommer 1922, nach Rathenaus Tod, von beiden Seiten ratifiziert.

Im Januar 1922 treffen sich dann Deutschland und die Siegermächte zur Konferenz von Cannes. Mittlerweile war Rathenau bereits als Wiederaufbauminister zurückgetreten. Faktisch ist Rathenau im französischen Badeort Cannes auch ohne Regierungsposten Delegationsleiter der deutschen Regierung. Die Siegermächte haben die Gesamtsumme ihrer Reparationsforderungen auf astronomische 132 Milliarden Mark festgelegt, zahlbar in Raten von zwei Milliarden Mark pro Jahr. Und Rathenau verbleibt die unangenehme Aufgabe, den Briten und den Franzosen schonend beizubringen, dass Deutschland diese Summe beim besten Willen nicht zahlen kann. Nun gut. Der britische Regierungschef Lloyd George sieht die Sache recht locker. Und in Frankreich regiert zufällig gerade mit Aristide Briand ein Mann, der an guten Beziehungen zu Deutschland interessiert ist. Man verbleibt so, dass Deutschland alle zehn Tage 31 Millionen Mark an die Sieger zahlen soll. Doch zum Abschluss der Konferenz wird bekannt, dass Briand in Frankreich gerade gestürzt wurde. Mit Raymond Poincaré kommt wieder ein leidenschaftlicher Deutschland-Hasser an die Macht, der Rache für die Schmach des deutsch-französischen Krieges von 1870 geschworen hat. Immerhin verabredet man sich zu einer ganz großen Konferenz, in der Sieger und Verlierer des Ersten Weltkriegs eine Konzeption für das Nachkriegs-Europa ausbrüten sollen. Die Konferenz soll im April 1922 im italienischen Genua stattfinden.

Das Drama nähert sich nunmehr der Lösung des Knotens, hinein in die persönliche Katastrophe. Walther Rathenau ist mittlerweile deutscher Außenminister geworden und spielt in Genua eine gewichtige Rolle.

Rapallo: Rathenau befreit Deutschland aus der Umschlingung

Europa liegt in Scherben. Nicht nur, dass 17 Millionen Kriegstote zu beklagen sind. Nicht nur, dass infolge der Hungersnöte zusätzliche 20 bis 50 Millionen Menschen der Spanischen Grippe zum Opfer fallen. Dass Millionen junge Männer durch den jahrelangen Stellungskrieg zermürbt und schwer traumatisiert sind. Sie finden sich kaum noch im Zivilleben zurecht. Der Frieden zwischen so unterschiedlichen Völkern ist nun nachhaltig zerrüttet. Der Krieg geht an verschiedenen Brennpunkten aber obendrein immer noch weiter. Dringenden Handlungsbedarf sehen die Wirtschaftsführer und ihre Politiker allerdings vor allem bei einem Punkt: der Wiederherstellung zuverlässiger Währungsverhältnisse. Im Krieg hatten die meisten Staaten den Goldstandard aufgekündigt, um für die Finanzierung der Aufrüstung beliebig viel Geld drucken zu können — ohne auf irgendeine Deckung in Realwerten Rücksicht nehmen zu müssen.

Die Wiederherstellung zuverlässiger Referenzwerte war nun der Zweck der Konferenz von Genua, die vom 10. April bis zum 19. Mai 1922 stattfand. 34 Staaten entsandten Delegierte zu dieser denkwürdigen Konferenz.

Die USA hatten sich aus dem ganzen Regelwerk rund um die Verträge von Versailles allerdings schon seit dem Wahlsieg der Republikaner in Washington ausgeklinkt. Deswegen waren die Amerikaner in Genua auch nicht anwesend. Dafür nahm zum ersten Mal überhaupt die bolschewistische Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFS) an einer internationalen Konferenz teil. Damit waren mit Sowjetrussland und Deutschland in Genua zwei Paria-Staaten der Nachkriegsordnung vertreten. Die deutsche Regierung wollte eine Milderung der Reparationszahlungen und einen freien Zugang zu den Weltmärkten erreichen. Denn bislang nahmen die Westmächte keine deutschen Exportwaren entgegen. Und Sowjetrussland wollte Schadensersatz. Denn die Entente-Mächte hatten Interventionstruppen in die junge Sowjetrepublik geschickt. Die wurden von den Bolschewiki überraschend eindeutig in die Flucht geschlagen. Aber die russische Erde war verwüstet, ein Neuanfang ohne ausländische Hilfe nur schwer vorstellbar.

Die Konferenz von Genua 1922. Lloyd George in der ersten Reihe, links. (Foto: Parliamentary Archives, London, Wikimedia Commons, CC0)

Und auch schon in der Eröffnungszeremonie, feierlich begleitet von katholischen Bischöfen, erwiesen sich die Bolschewisten als gut vorbereitet und flexibel. Außenminister Georgi Wassiljewitsch Tschitscherin betont seine Bereitschaft zur Abrüstung. Was den französischen Delegierten Louis Barthou auf die Palme bringt. Die Franzosen zeigten sich nicht nur in Genua von einer ungewohnt militaristisch-aggressiven Seite. Damit haben sie aber den Bogen überspannt und isolieren sich zunehmend auf diesem Kongress. Es tritt für alle sichtbar eine Entfremdung zwischen den Kriegsverbündeten Frankreich und Großbritannien ein. Die französische Regierung, an deren Spitze wieder einmal der Falke Poincaré steht, will den Erbfeind Deutschland am Verhandlungstisch vernichten. Das ist nicht im Interesse der Briten. Die Briten haben massive Anteile an deutschen Wirtschaftsunternehmen und möchten auf keinen Fall eine weitere Schwächung Deutschlands hinnehmen. Zudem denken auch die Briten an die üppigen Rohstoffe, die noch im Boden Russlands ruhen, und die es gilt, möglichst bald zu bergen.

Andererseits will Deutschland auch wieder mit Russland ins Geschäft kommen. Der Vertrag von Brest-Litowsk, der nach der bolschewistischen Revolution abgeschlossen wurde, ist mit Inkrafttreten des Versailler Vertrags null und nichtig geworden. Also müssen die Deutschen möglichst bald einen neuen Vertrag mit den Sowjets abschließen. Der Weg zu Handelsbeziehungen nach Westen ist für Deutschland einstweilen versperrt. Importware ist nicht zu bekommen. Und exportieren können die Deutschen auch nichts. Stattdessen dürfen sie jede Menge Waren, Patente und Maschinen kostenlos an den Westen abgeben, deklariert als Reparationen. Wo sollen sie Rohstoffe hernehmen für ihre Industrie?

Die damalige französische Regierung wollte Deutschland quasi ersticken. Deshalb waren die Franzosen bemüht, die Russische Sowjetföderation an Deutschland vorbei in das westliche Netz einzuverleiben.

Der Verantwortliche für die Reparationen auf Seiten der Franzosen, Louis Barthou, strickt eifrig an einem Vertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und der Sowjetföderation. Dabei möchte Barthou, dass die Russen ebenfalls Reparationszahlungen von Deutschland erhalten, die Deutschen aber nichts von Russland bekommen. Und wenn Deutschland etwas nach Russland exportiert, dann sollen auf jedes Exportgut Aufschläge gelegt werden. Denn Frankreich hatte vor dem Ersten Weltkrieg Kredite an das zaristische Russland vergeben. Mit der Machtübernahme durch die Bolschewisten war an eine Rückzahlung jener Kredite nicht zu denken. Aber über diese Exportaufschläge für Deutschland sollten die Rückzahlungen der abgeschriebenen Kredite dann doch noch wieder in französische Bankhäuser fließen. Finstere Aussichten also für Deutschland. Diese Dreiecksbeziehung zu Lasten Deutschlands zwischen Großbritannien, Frankreich und Sowjetrussland wird tatsächlich im sogenannten „Londoner Memorandum“ am zweiten Tag der Konferenz bereits unverbindlich vereinbart.

Am Abend des Freitags, dem 14. April, erscheint der italienische Gesandte Dr. Francesco Gianini im Hotel der deutschen Delegation. Er teilt den Deutschen mit, dass die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und den Russen einen „günstigen Verlauf“ nähmen. Rathenau ist entsetzt und enttäuscht: Man habe da ja ein schönes Diner arrangiert, die Deutschen aber nicht eingeladen und nun frage man, wie uns Deutschen das Menü gefalle? Dann, so Rathenau, müssten wir uns nach anderen Lösungen umschauen. Rathenau war nach Genua gefahren in der Hoffnung, auf der Konferenz eine gesamteuropäische Lösung zur Wiederherstellung aller vom Krieg gebeutelten Länder zu finden. Dabei hatte er neben Deutschland besonders an das verwüstete Nordfrankreich und das ebenfalls grauenhaft zugerichtete Russland gedacht. Aber statt Integration findet Rathenau hier nur den Geist der Zersetzung vor.

Nachdem die Rücksichtnahme gegenüber England und Frankreich hinfällig geworden ist, beginnen die Deutschen nun ganz ungeniert, mit den Sowjets anzubändeln. Da treffen sich also am Samstag Staatssekretär Ago von Maltzan und auf sowjetischer Seite Adolf Abramowitsch Joffe und Christian Georgijewitsch Rakowski. Ganz neu sind die Beziehungen zwischen Sowjets und Weimarer Republik indes nicht. Die beiden Seiten hatten schon Monate zuvor in Berlin einen neuen bilateralen Vertrag entworfen, aber bislang noch nicht zum Abschluss gebracht. Das Vertragswerk enthält Regelungen für deutsche Infrastrukturhilfe für die Sowjets. An diesem Samstag knüpfen die Gesprächspartner dort wieder an. Man geht auseinander, nicht ohne festzustellen, dass es gut war, miteinander zu sprechen.

Die Deutschen stehen jetzt mit dem Rücken zur Wand. Wenn es ihnen nicht gelingt, dem Würgegriff Frankreichs zu entkommen, bleibt Deutschland nur der fortschreitende Ruin. Keine Rohstoffe. Keine Absatzmärkte. Der deutsche Finanzminister Andreas Hermes stöhnt: „Jetzt sind wir auch noch vom Osten abgeschnürt! Nützt es jetzt noch etwas, auf die Geneigtheit der Briten zu hoffen?“ Das Risiko ist groß:

> „Wenn Deutschland nun Russland den Briten und vor allem den Franzosen wegschnappt, wird die Rache des Westens möglicherweise brutal sein. Aber man kann sich doch nicht so einfach vom Westen erwürgen lassen, kalt lächelnd.“

In deprimierter Stimmung verbringt die deutsche Delegation den Samstag in Genua. Doch in der Nacht zum Sonntag, um 1:15 Uhr, bimmelt bei Ago von Maltzan das Telefon. Am Telefon ist Adolf Joffe von der sowjetischen Delegation. Joffe: Der Vertrag mit den Briten und Franzosen ist noch nicht abgeschlossen. Wir können gerne denselben Vertrag auch mit Deutschland abschließen. Wir haben noch Zeit. Wir treffen uns erst am Ostermontag oder am Dienstag mit den Franzosen und Briten. Wie wäre es? Treffen wir uns Sonntag früh um 11 Uhr in dem gemütlichen Badeort Rapallo gleich nebenan? Von Maltzan, völlig überrascht: Ich muss jetzt erst Herrn Rathenau fragen. Aber ja, wir treffen uns Sonntagvormittag in Rapallo. Und von Maltzan klopft

Publiziert auf Free21 am 23.12.2022, 6:00 Uhr

alle Mitglieder der deutschen Delegation aus den Betten. Es beginnt die berühmte „Pyjama-Konferenz“: mit Puschen, Pyjama und obendrüber Mänteln sitzen die Herren Minister und Ministerialbeamten auf den Bettkanten und gehen den in Berlin schon vorher mit den Sowjets ausgehandelten Vertrag noch einmal durch.

Am nächsten Morgen will Ago von Maltzan zumindest die britische Delegation darüber informieren, dass man jetzt unerwarteterweise mit den Sowjets über einen Vertrag verhandelt. Mit den britischen Gentlemen will man doch zumindest Gentleman-like umgehen. Doch um 7 Uhr morgens liegt Seine Lordschaft noch im Bett. Aber man werde zurückrufen, sobald die Herrschaften aufgestanden seien. Als bis 11 Uhr immer noch kein Rückruf erfolgt, ruft Maltzan noch einmal an. No, sorry, die Herrschaften sind bereits außer Haus.

Um 12 Uhr trifft die deutsche Delegation in Rapallo die Russen. Erst mal wird gefrühstückt. Dann gehen Außenminister Rathenau und sein sowjetischer Kollege Tschitscherin das Vertragswerk noch einmal gründlich durch. Am Abend um 18 Uhr 30 wird der Vertrag dann von den beiden Herren rechtsverbindlich unterzeichnet.

Nun hatten auch die feinen Gentlemen von der englischen Delegation erfahren, was in Rapallo abgegangen ist. Denn plötzlich wünscht der Premierminister von Großbritannien, Lloyd George, Reichskanzler Wirth und Außenminister Rathenau unbedingt sofort zu sprechen. Doch zu spät. Erst den Deutschen am Sonntagmorgen arrogant eine Abfuhr erteilen und jetzt ganz entsetzt anrufen. Für Rathenau sind die Würfel gefallen: „Le vin est tiré, il faut le boire!“ Also: Der Wein ist entkorkt. Jetzt muss er auch ausgetrunken werden. Warum sind die englischen Herrschaften eigentlich am Morgen nicht zu sprechen? Sind sie nur arrogant? Oder wollen sie offiziell nicht wissen, was die Geheimdienste vermutlich längst gezwitschert hatten? In Genua informiert Rathenau pro forma auch noch mal Sir William Blackett von der britischen Delegation. Der zeigt sich entspannt und zitiert seinen Kollegen Wise, der gesagt haben soll: „I was not at all surprised.“ Die überhaupt nicht überraschten Briten lächeln auch nur süffisant, als die rundum düpierte und blamierte französische Delegation am Ostermontag demonstrativ die Konferenz verlässt. Zu groß ist der Riss in der einstmals harmonischen entente cordiale zwischen Frankreich und Großbritannien geworden.

Der Coup von Rapallo hat den Deutschen auf der Konferenz von Genua einen enormen Bedeutungsgewinn eingebracht. Jetzt vermitteln die Deutschen die Anbahnung eines sowjetisch-britischen Vertrages, und der deutsche Finanzexperte Rudolf Hilferding von der SPD wird sogar an Lloyd George als Berater quasi „ausgeliehen“. Allseits wird das außerordentliche Verhandlungsgeschick des deutschen Außenministers Walther Rathenau gewürdigt. Stefan Zweig beschreibt in seinem Aufsatz über Rathenau, wie dieser mit der italienischen Delegation fließend italienisch, mit der französischen Delegation fließend französisch und mit der britischen Delegation fließend englisch verhandelt habe. Und dabei immer auf den Punkt und immer um Lösungen bemüht.

Doch genau dieser enorme Erfolg besonders wenn es darum ging, Deutschland verloren gegangenen Handlungsspielraum zurückzuerobern und selber zum gefragten Konferenz-Mittelpunkt zu avancieren, erregte den Zorn jener Kreise, die es mit Deutschland gar nicht so gut meinten.

Rathenaus Tod und der Weiße Elefant im Gerichtssaal

Das wusste auch Reichskanzler Wirth. Und Wirth macht sich jetzt Sorgen um sein bestes Pferd im Stall. Rathenau müsse sich, so Wirth, nach diesem Vertragsabschluss mit den Russen ernsthaft um Personenschutz kümmern. Er soll sich auf jeden Fall Polizeibeamte ordern. Und statt seines Cabriolets solle er doch lieber einen Wagen mit festem Dach fahren. Doch Rathenau ist in dieser Frage ganz eigen. Er will sich in seiner Privatsphäre keine solche Einschränkung gefallen lassen. Als sein Biograph Harry Graf Kessler in das Büro von Rathenau kommt, spricht er ihn ebenfalls auf seine extreme Gefährdung an. Rathenau sagt nichts. Holt aber dann aus seiner Hosentasche eine Browning-Pistole heraus. Er weiß also schon, dass man ihn auf dem Kieker hat. Als Jude. Und als Politiker, der die Franzosen bis zur Weißglut provoziert hat.

Auch am Samstag, dem 24. Juni 1922, muss Rathenau ein paar Stunden arbeiten. Er soll in den Räumen des Außenministeriums vormittags einer Prüfung

Gedenktafel, Walther Rathenau, Koenigsallee 16, Berlin-Grunewald, Deutschland am 19.05.2009 (Foto: OTFW; Berlin, Wikimedia Commons, CC-BY-SA-3.0,2.5,2.0,1.0)

Quellen:

[1] Zitiert aus der ebenso einfühlsamen wie umfassend dokumentierten Monographie von Harry Graf Kessler: Walther Rathenau — Sein Leben und sein Werk. Berlin Grunewald 1928. Bezogen aus der online-Ressource Gutenberg-DE. Deswegen auch ohne Seitenangabe.

Projekt Gutenberg Homepage, Harry Graf Kessler „Walther Rathenau - Sein Leben und sein Werk", Datum unbekannt:<*https://www.projekt-gutenberg.org/kessler/rathenau/rathenau.html*>

[2] Kessler, s.o.

[3] You Tube Videoplattform, Bookstream Hörbücher, „Walther Rathenau – Stefan Zweig", am 13.5.2020: <*https://www.youtube.com/watch?v=47PCK98A_Ko*>

[4] Wolfgang Michalka: Vernetzt auf unterschiedlichen Ebenen: Walther Rathenau als Krisenmanager und Visionär „kommender Dinge". In: Sonderdruck aus Die Kunst des Vernetzens — Festschrift für Wolfgang Hempel. Berlin-Brandenburg 2006. Seite 247

[5] Joseph Borkin: Die unheilige Allianz der IG Farben: Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. Frankfurt/Main 1990. Seite 17 folgende.

[6] Hermann Ploppa: Hitlers amerikanische Lehrer — Die Eliten der USA als Geburtshelfer des Nationalsozialismus. Marburg 2016. Seite 93 folgende.

[7] Rathenau hatte als Gegenkonzept zu Ludendorffs Kapitulation in der Vossischen Zeitung vom 7. Oktober 1918 (Titel: „Ein dunkler Tag") zu einer Volkserhebung („levée en masse") aufgerufen: „Wir wollen nicht Krieg, sondern Frieden. Doch nicht den Frieden der Unterwerfung." <*https://www.weimarer-republik.net/jubilaeum/revolution-und-gruendung-der-republik-tag-fuer-tag/okt-1918/walther-rathenau-ueber-das-deutsche-waffenstillstandsgesuch-ein-dunkler-tag/*>

[8] apolut Medienplattform, History „Der Vertrag von Versailles – Nach dem Krieg ist vor dem Krieg", Datum unbekannt: <*https://apolut.net/history-der-vertrag-von-versailles/*>

[9] John Maynard Keynes: The Economic Consequences of the Peace. London 1920: <*https://visuallibrary.net/urn/urn:nbn:de:s2w-12189*>**[10]** Der Mathematiker und Publizist Emil Julius Gumbel hatte nachgewiesen, dass zwischen 1919 und 1922 376 politisch motivierte Morde begangen wurden. Von diesen 376 politischen Morden gingen 354 auf das Konto der extremen Rechten, aber nur 22 auf das Konto der Linken. Die von Rechten begangenen Morde wurden von der Justiz extrem milde behandelt. Während die Morde durch Linke außergewöhnlich hart bestraft wurden. Gumbel hat seine Befunde unter anderem in dem Buch „Vier Jahre Politischer Mord" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht:<*https://www.gutenberg.org/cache/epub/39667/pg39667-images.html*>

[11] apolut Medienplattform, History „Die Hintergründe des Kapp-Putsches im Jahre 1920", Datum unbekannt: <*https://apolut.net/history-der-kapp-putsch-im-jahre-1920/*>

[12] Rathenau Stiftung Homepage: <*http://www.rathenau-stiftung.de/*>

[13] Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften. Reinbek 1990.

[14] Alfred Neumann, Der Held — Roman eines politischen Mordes. Stuttgart und Berlin 1930.

[15] You Tube Videoplattform, Rathenau in einer TV-Dokumentation von 1984: <*https://www.youtube.com/watch?v=XYxx-Ckd8uE*>

von jungen Anwärtern für den diplomatischen Dienst beiwohnen. Die Nacht zuvor hat Rathenau wieder mal durchgemacht. Zuerst war er bei dem Botschafter der USA in Berlin, Alanson Houghton, zu Besuch. Natürlich wird hier auch nicht Konversation bei Tee und Salzgebäck gepflegt. Vielmehr diskutieren die Herrschaften über die völlig überzogenen Reparationsforderungen von Großbritannien und Frankreich an Deutschland in Höhe von 132 Milliarden Mark. Das geht einfach nicht. Deutschland könnte sich gezwungen sehen, künstlich eine Hyper-Inflation vom Zaun zu brechen und damit die Reparationsforderungen zur Farce zu machen. Bemerkenswerterweise lässt Rathenau zu diesem Gespräch noch Deutschlands damals mächtigsten Kapitalisten, nämlich Hugo Stinnes, herbeiholen.

Rathenau und Stinnes: einen größeren Unterschied kann man sich kaum denken. Im Gegensatz zu Rathenau war Stinnes ein grobschlächtiger unkultivierter Brausekopf. Dennoch hatte auch er seine Qualitäten. Er pflegte rudimentäre Vorstellungen von Sozialpartnerschaft. Er hatte 1918 das Stinnes-Legien-Abkommen unterzeichnet, das den Arbeitern einen Achtstundentag einbrachte. Er bot Arbeitern in seinem Betrieb die Möglichkeit zum Aufstieg. Mit Rathenau hatte Stinnes sich immer mal wieder gefetzt, dass die Federn flogen. Und doch respektierten sich die beiden gegensätzlichen Männer. Und so ist anzunehmen, dass Rathenau seinen Widerpart zum amerikanischen Botschafter gebeten hatte, um seiner Schilderung deutscher Entschlossenheit, sich dem Reparationsregime nicht zu beugen, gehörige Unterfütterung durch den Polterer Stinnes zu verleihen. Houghton hatte damit keine Probleme. Er war selbst zum führenden Glasfabrikanten in den USA aufgestiegen. Die Unternehmer-Mentalität war ihm in all ihren Facetten vertraut. Dann saßen Rathenau und Stinnes noch bis vier Uhr nachts in einer Hotellounge zusammen und diskutierten die Zukunft Deutschlands.

Und am Samstagvormittag steht um 11 Uhr Rathenaus Cabriolet der eigenen Hausmarke NAG mit Chauffeur an der Auffahrt seiner Villa im Berliner Grunewald. Es dauert noch ein bisschen. Die letzte Nacht war eben doch lang. Und kurz bevor Rathenau sein Cabriolet besteigen will, kehrt er noch mal ins Haus zurück, kritzelt ein paar Notizen auf Papier. Dann geht die Fahrt los. Im Berliner Westen wird Rathenaus Cabriolet von einem anderen Cabriolet überholt. Darin sitzt neben dem Fahrer vorne ein Mann mit einem Gewehr. Als beide Autos auf gleicher Höhe sind, schießt der Beifahrer auf Rathenau, der sofort zusammenbricht. Nun steht der junge Mann im Fond des Cabriolets auf und schleudert eine Eierhandgranate in Rathenaus Auto. Rathenaus Chauffeur denkt zunächst, ein Reifen sei geplatzt. Dann entdeckt er die Blutlache, die sich um Rathenau sammelt. Eine geistesgegenwärtige Krankenschwester, die zufällig auf dem Trottoir geht, springt ins Auto und leistet Erste Hilfe. Sie fahren nach Hause und bahren den bereits Gestorbenen in seiner Villa auf.

Die Nachricht geht wie ein Lauffeuer zunächst durch Berlin, dann durch ganz Deutschland. Und was jetzt passiert, straft sämtliche Reeducation-Narrative von der angeblich angeborenen Demokratiefeindlichkeit der Deutschen Lügen. In Berlin nehmen eine Million Menschen, also glatt ein Viertel der Berliner Gesamtbevölkerung, an Protestdemonstrationen gegen diesen feigen Mord teil. Dazu je 150.000 Demonstranten in München und Chemnitz. Und dann noch je 100.000 Demonstranten in Hamburg, Breslau, Elberfeld und Essen. Die Weimarer Republik hatte einen Rückhalt wie noch nie. Im Reichstag findet schon am Sonntag eine Sondersitzung zum Tod von Rathenau statt. Ein Reichstagsabgeordneter der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) mit dem vielsagenden Namen Dr. Karl Theodor Helfferich hatte immer wieder gegen Rathenau gestänkert. Die Abgeordneten sind jetzt außer sich vor Wut über diesen geistigen Brandstifter. Helfferich kann froh sein, sich unbehelligt aus dem Hohen Haus stehlen zu können. Reichskanzler Wirth hält eine historische Rede, in der er klarstellt: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. — Da steht der Feind — und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts!" Zwei Tage

Publiziert auf Free21 am 23.12.2022, 6:00 Uhr

später die Beerdigung. Der Sarg Rathenaus wird im Reichstag aufgebahrt. Eine solche Ehrung wurde einem Politiker nur äußerst selten zuteil.

Die beiden Mörder — der Schütze sowie der Werfer der Eierhandgranate — werden in einer beispiellosen Ringfahndung identifiziert und dann gejagt. Sie verschanzen sich in einer Thüringer Burgruine. Ein Polizist schießt einem der Täter in den Kopf. Der andere Täter begeht daraufhin Selbstmord. Auch das Unterstützer-Umfeld kann kenntlich gemacht und vor Gericht gebracht werden. Das Gericht geht nun leider stur und unerschütterlich davon aus, dass Rathenau Opfer antisemitischer Gewalt geworden sei. Und das, obwohl durch die junge Republik eine Serie von Attentaten gegen linke und republiktreue Politiker ging. Von diesen Opfern waren nur wenige Personen Juden [10]. Unter den Attentatsopfern befanden sich zum Beispiel der frühere Finanzminister Matthias Erzberger sowie der erste Reichskanzler Philipp Scheidemann von der SPD.

Es nützte nichts, der Justiz immer wieder klar zu machen, dass auffällig viele Mordtaten auf das Konto von Mitgliedern der Organisation Consul (OC) gingen. Das Gericht blieb bei seiner Version, Rathenau sei Opfer einer antisemitischen Tat geworden.

Doch auch die Attentäter und alle ihre Helfer waren Mitglieder der Organisation Consul. Die Organisation Consul bestand aus ehemaligen Söldnern Englands und Frankreichs im Baltikum, die am Kapp-Putsch teilgenommen hatten [11]. Sie waren in der Brigade Ehrhardt als Söldner gegen die eigene Bevölkerung im Einsatz. Um nun in der Organisation Consul gezielte Terrorakte gegen missliebige Politiker professionell durchzuführen. Und um hierbei – das war das erklärte Ziel – mit ihren Terrorakten linke Kräfte so zu provozieren, dass diese militant werden mussten. Womit dann der Vorwand da war, in Deutschland die faschistische Diktatur einzuführen – also um eine Strategie der Spannung umzusetzen.

Währenddessen erklärte Frankreich, ungeachtet der Blamage von Genua und Rapallo, nunmehr ungeniert das Rheinland und das Ruhrgebiet besetzen zu wollen. Französische und belgische Soldaten rückten in die entmilitarisierten Zonen Westdeutschlands ein. Währenddessen wiederum brachen in Hamburg, Thüringen und Sachsen kommunistische Aufstände los, die von rechtsextremen Freikorpsverbänden niedergeschlagen wurden. Adolf Hitler versuchte im Jahre 1923, von München aus dem Vorbild Mussolinis zu folgen, der ein Jahr zuvor mit seinem Marsch auf Rom die faschistische Diktatur in Italien durchgesetzt hatte. Es ist nicht zuletzt der genialen Politik Walther Rathenaus zu danken, dass Hitler im ersten Anlauf keinen Erfolg hatte. Die Weimarer Republik konnte sich noch elf Jahre behaupten, bevor Hitler mit einem Mix aus brutaler Gewalt, geschickt platzierter Propaganda und mit viel, viel Geld 1933 dann doch den Faschismus auch in Deutschland installieren konnte.

Free21
Credible news mounted on paper

Free21.org ist ein Projekt des Vereins zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.

Unterstützen Sie Free21 als Fördermitglied!

Mit einer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie Free21 eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Der Förderbeitrag beträgt 5,– Euro/Monat. Selbstverständlich erhalten Sie auch eine jährliche Spendenbescheinigung.

Bitte füllen Sie dieses Formular vollständig aus und senden Sie sie per Briefpost an:
VzF unabh. journalistischer Berichterstattung e.V.
c/o Marika Matthaei
Karl-Lade-Straße 36a
10369 Berlin

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.
St.Nr. 27/680/76987

Ja, ich möchte für 5,-€/Monat Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein:

Vorname, Name des Kontoinhabers:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-ID-Nr.: **DE84ZZZ00001969982**
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (c/o Marika Matthaei, Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin, Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.**

Rathenau und die Nachwelt

Was ist noch in der kollektiven Erinnerung geblieben von einem der fähigsten Politiker des 20. Jahrhunderts? In der Berliner Königsallee, an der Stelle, an der Rathenau im Frühsommer 1922 ermordet wurde, befindet sich heute ein Gedenkstein, gut gepflegt und immer neu mit Blumen und Kränzen dekoriert. Es gibt zudem das Walther Rathenau Institut — Stiftung für Internationale Politik, das der FDP nahesteht [12]. Diese Stiftung verleiht einen Walther Rathenau-Preis, den unter vielen anderen auch die ehemaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Guido Westerwelle verliehen bekamen.

Zudem fand Rathenau in literarischen Werken eine künstlerische Verarbeitung. Stefan Zweig war ein großer Bewunderer von Rathenau. Er schrieb einen längeren Essay. Der Romancier Robert Musil muss Rathenau allerdings in einem höchst unerfreulichen Zusammenhang kennengelernt haben. Denn in seinem Opus Magnum „Der Mann ohne Eigenschaften“ soll er zumindest Anteile von Rathenaus Persönlichkeit in dem „Großschriftsteller“ Dr. Paul Arnheim untergebracht haben [13]. Jener Arnheim ist ein eitler literarischer Netzwerker ohne eigene Substanz. Eine solche Darstellung hat Rathenau nun wirklich nicht verdient.

Zudem hat der in der Weimarer Republik außerordentlich erfolgreiche Schriftsteller Alfred Neumann den „Roman eines politischen Mordes“ im Jahre 1930 verfasst. Sein Bestseller „Der Held“ befasst sich allerdings eher mit dem Innenleben des gedungenen Freikorpsmörders mit Namen Hoff. Sein Opfer, „der Minister“, also Rathenau, bleibt schemenhaft [14]. Der Jude Alfred Neumann musste schon 1933 vor den Nazis flüchten und geriet nebst seinem literarischen Oeuvre in Vergessenheit. Es folgten eine Reihe von Monographien, nicht zuletzt von Lothar Gall. Empfehlenswert ist auch eine TV-Produktion, die bei YouTube angesehen werden kann. Auch in dieser Dokumentation werden mögliche Verbindungen der Rathenau-Mörder zu ausländischen Geheimdiensten kategorisch ausgemerzt: Ein überlebender Zeitgenosse Rathenaus hatte den französischen Geheimdienst der Täterschaft verdächtigt. Das muss ein Geschichtsprofessor aus der Jetztzeit natürlich besser wissen als der Zeitzeuge. Ohne selber mehr als Spekulationen äußern zu können, schließt diese Kapazität jede Mitwirkung von ausländischen Geheimdiensten kategorisch aus [15].

Gerade weil die aktuelle Situation so fatal der Situation von 1922 ähnelt, sollte man sich mit Rathenau und seinen Strategien ernsthaft befassen. Dieser ausführliche Essay soll ein Angebot sein, Auswege aus der deutschen Sackgasse aufzuzeigen.

Abo-Bestellschein mit Einzugsermächtigung/SEPA-Lastschrift

Hiermit ermächtige ich Free21Abo, Björn Gschwendtner, bis auf Widerruf, die Gebühren für das Aktiv-Abonnement von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die Lastschriften einzulösen. Die nebenstehenden Hinweise (Seite 51 dieser Ausgabe) habe ich gelesen und verstanden.

Kontoinhaber

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

E-mail:

Abweichende Lieferanschrift:

Vorname, Nachname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

IBAN

BIC

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Gläubiger-Identifikations-Nr.: DE67 ZZZ 000 02 38 73 88

Mandatsreferenz-Nr.
(wird von Free21 ausgefüllt)

Abschicken an: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt

Publiziert auf Free21 am 23.12.2022, 6:00 Uhr

Mit Ihrer Hilfe erreichen wir mehr Menschen.

Sie sind unser Vertrieb!

Seit 2015 existiert das Free21-Magazin in gedruckter Form und seither gibt es den Gedanken, Free21 in den Zeitschriftenhandel zu bringen, um die Reichweite zu erhöhen. Doch immer wieder kommen wir zu dem Schluss: Das geht einfach nicht! Warum?

Der gesamte Pressehandel läuft über sog. Grossisten – an denen führt kein Weg vorbei. Sie sind die Distributoren zwischen den Verlagen und Zeitschriftenhändlern. Im Prinzip reichen sie das Produkt „Zeitschrift/Zeitung" weiter – aber sie diktieren die Mindestproduktion der Verlage und die Abnahmemengen der Händler und sie entsorgen alte Ausgaben, wenn eine neue erscheint. Dafür kassieren sie ihren Anteil! Genau dadurch wird die einzelne(!) Zeitschrift sehr teuer. Denn im Endeffekt bezahlt der Leser die Überproduktion und Entsorgung von bis zu 80% der Auflage. So landet Papier, Information, Arbeit im Müll und viel Geld beim Grossisten – und das mit jeder einzelnen Ausgabe.

Wir bleiben also dabei: Unsere Abonnenten sind unser Vertrieb! Als Abonnent erhalten Sie zehn Magazine für 10,- Euro. Geben Sie sie weiter an Freunde, Bekannte oder andere Interessierte!

Das Free21-Aktiv-Abo

- ✓ **10er Pack** Free21-Magazine
- ✓ Das Magazin **erscheint 6 Mal** im Jahr
- ✓ **Bequeme Lieferung** nach Hause

Erhalten Sie das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Aktiv-Abonnement. Die Bezugsgebühren innerhalb Deutschlands (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen pro Ausgabe 10,– EUR, innerhalb der EU-Länder 15,– EUR. Sie erhalten 10 Exemplare pro Ausgabe zum Selberlesen und Weiterverteilen.

Abo Free21

free21abo.de

Zum Abo: Die Druck- und Versandkosten für je 10 Exemplare gelten im Voraus und werden zum Erscheinungstermin fällig. Beim Abschluss des Abonnements mittels SEPA-Lastschriftverfahren wird der Betrag Anfang jedes geraden Monats (ca. 25 Tage vor Erscheinungstermin) eingezogen. Der neue Turnus beginnt nach dem Versand der neuesten Ausgabe. Beim Abschluss mittels PayPal wird der Betrag direkt bezahlt. Die Abbuchungen für die weiteren Ausgaben erfolgen dann alle 2 Monate. Beim Abschluss mittels Vorab-Banküberweisung/Dauerauftrag erhalten Sie nach der Bestellung eine E-Mail mit den Kontodaten, auf das Sie den Betrag überweisen müssen. Bitte nutzen Sie die Bestellnummer als Verwendungszweck. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der nächsten Ausgabe, ab dem Zeitpunkt der Bestellung online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post).

Kündigung: Das Aktiv-Abonnement ist jederzeit zum Monatsende kündbar. Die Kündigung kann per E-Mail an info@free21abo.de, online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) erfolgen.

Einzugsermächtigung/Zahlung per SEPA-Lastschrift: Free21Abo, Björn Gschwendtner, Kiebitzpfad 20, 65933 Frankfurt (Gläubiger-ID: DE67ZZZ00002387388) wird ermächtigt, Zahlungen vom Konto des Abonnenten mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich wird das Kreditinstitut des Abonnenten angewiesen, die Lastschriften einzulösen. Es gelten die Bedingungen des jeweiligen Kreditinstituts. Innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, kann die Erstattung des belasteten Betrages seitens des Abonnenten gefordert werden.

Widerrufsbelehrung: Sie haben das Recht, binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt 14 Tage ab dem Tag, an dem Sie das Abonnement online auf www.free21abo.de oder schriftlich (per Post) rechtsverbindlich abschließen. Um Ihr Widerrufsrecht auszuüben, müssen Sie online auf www.free-21abo.de oder schriftlich (per Post) Ihren Widerruf eindeutig erklären. Die Widerrufsfrist ist gewahrt, wenn die Widerrufserklärung vor Ablauf der Widerrufsfrist abgesendet wird. (Es gilt das Datum des Poststempels.)

Abonnement-Bestellschein

Jeder Abonnent erhält alle 2 Monate je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare. Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen (solange der Vorrat reicht).

BUCHTIPP

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie NICHT Ihren Arzt oder Apotheker!

Dieses Buch möchte von impfkritischen Menschen gekauft werden, für jene in ihrem Umfeld, die sich nicht im Internet über Impf-Risiken informieren.
Dieses Buch ist für alle, die auf Risiken und Nebenwirkungen hinweisen wollen.

Dieses Buch will als Warnung verstanden werden.

Entscheiden darf jeder selbst.

JETZT BESTELLEN

das-impfbuch.eu

Der gesamte Ertrag dieses Buches kommt zu 100% der Friedensbrücke - Kriegsopferhilfe e.V., www.fbko.org zugute, die sich unermüdlich für Menschen in Kriegsgebieten einsetzt.

Free21 Researcher/in

Du bist kritisch, skeptisch, sattelfest in Rechtschreibung und dazu noch misstrauisch? Dann unterstütze uns mit Deinem Recherche-Talent! Bevor wir Artikel layouten und veröffentlichen, prüfen und korrigieren unsere Researcher die Texte unserer Autoren sowie die Links und Quellen auf Verfügbarkeit und sachliche Richtigkeit.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **research@free21.org**

Free21 Layouter/in

Wir freuen uns über Layouter/-innen mit Adobe Indesign ab Vers. CS4 und gestalterischem Geschick. Unsere Vision ist ein ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen. Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestalten kann, können wir gemeinsam einiges bewegen!

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **layout@free21.org**

Free21 Übersetzer/in

Free21 wird international!
Unser Team übersetzt international relevante Artikel aus dem Englischen ins Deutsche und Dänische sowie umgekehrt. Bist Du in zwei der drei Sprachen zuhause und in beiden stilistisch und orthografisch sicher? Dann freuen wir uns über Deine Hilfe beim Übersetzen bzw. Korrekturlesen.

Wenn Du uns ehrenamtlich unterstützen möchtest, schreib uns an **translate@free21.org**